

Karl-Heinz Ohlig

Eine Wende zum Besseren?

Zum Schlussdokument der Trierer
Diözesansynode

Zweieinhalb Jahre trafen sich immer wieder die 280 Mitglieder der Synode, um nötige Reformen für das Bistum Trier zu diskutieren. In einem „Schlussdokument“ von 47 Seiten (26 Seiten Text, es folgen Anhänge) werden die Ergebnisse zusammengefasst, die in den kommenden fünf Jahren umgesetzt werden sollen.

Wer das Dokument zu lesen beginnt, muss zuerst eine Frustration überwinden: Was soll man von einem Inhaltsverzeichnis halten, das die beiden ersten Abschnitte folgendermaßen ordnet:

1. „Suchet zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit“ (Mk 6,33)
2. Perspektivwechsel
 - 2.1. Perspektivwechsel *Vom Einzelnen her denken*
 - 2.1.1. Bedeutung
 - 2.1.2. Spannung
 - 2.1.3. Abschied
 - 2.1.4. Konsequenz
 - 2.2. Perspektivwechsel *Charismen vor Aufgaben in den Blick nehmen*
 - 2.2.1. Bedeutung
 - 2.2.2. Spannung
 - 2.2.3. Abschied
 - 2.2.4. Konsequenz
 - 2.3. Perspektivwechsel *Weite pastorale Räume einrichten und netzwerkartige Kooperationsformen*
 - 2.3.1. Bedeutung
 - 2.3.2. Spannung
 - 2.3.3. Abschied
 - 2.3.4. Konsequenz (usw.)

Hier waren wohl keine „normalen“ Synodalen am Werk, sondern langweilige Systematiker.

Leider gilt dies auch weithin für die Sprache des Papiers. Sie entspricht beinahe dem Jargon römischer Verlautbarungen, ist recht binnenkirchlich fromm formuliert und bietet überflüssige ‚Richtigkeiten‘, wo man sich fragt: was soll das? So z.B. der zweite Abschnitt des ersten Kapitels:

„Die Synode ist überzeugt: Gott hat einen Plan für die Welt, für alle Menschen unserer Zeit und auch für die Kirche von Trier. Gott hat den Menschen als sein Ebenbild, als Mann und Frau, geschaffen. Er hat jedem Menschen eine unantastbare Würde verliehen. Gott will das Heil der Menschen. Er will Lebensfülle für alle. Denn er, der wie Vater und Mutter aller ist, hat sich anrühren lassen von dem Schrei seines versklavten Volkes und ist herabgestiegen, um sein Volk zu befreien (Ex 3). Gott hat Jesus in die Welt gesandt, damit er Gottes Reich verkündet und es durch seinen Weg, durch Kreuz und Auferstehung, zum Durchbruch bringt. Er hat Jesus in die Welt gesandt, damit Menschen Gottes Heil erfahren, vor allem die Menschen, die es am nötigsten brauchen: die in bedrängenden, gewaltsamen, verarmten, unmenschlichen und wie auch immer leidvollen Situationen leben (vgl. Lk 4).“

In den Texten werden allerdings auch, wenn man sich überwindet und sie gründlich liest, Wünsche der Synodalen erkennbar, die humanere und der neuen Zeit angepasste Formen von Leitungsstrukturen, Miteinander und Seelsorgsgestaltung zum Thema haben. Ein kleines Beispiel: „Wenn die Kirche von Trier vom Einzelnen her denken will, wird sie besonders die Begegnung mit den verwundeten, an den Rand gedrängten, armen, benachteiligten Menschen suchen. Was braucht es, damit sie Lebensfülle erfahren? Wie können Vergemeinschaftungsformen aussehen, die Solidarität stiften? Wie kann die Kirche solidarisch Anwaltschaft für sie übernehmen?“ (S.6). Im Folgenden werden eine Reihe von Gesichtspunkten vorgeschlagen, die insgesamt fromme Wünsche sind, die in der Praxis wohl scheitern werden. Aber immerhin: sie können vielleicht als Zielvorgaben eine Langzeitwirkung entfalten.

Darüber hinaus aber hat die Synode auch konkrete Vorschläge gemacht, die anscheinend die Billigung auch der Bistumsleitung – die ja Passagen, die ihr nicht gefielen,

gestrichen hat – gefunden haben. Hier ist an erster Stelle die Neustrukturierung der Pfarrstruktur zu nennen, wie es in der Presse hieß: eine Revolution. Die bisher rund 900 Pfarreien im Bistum sollen auf 60 reduziert werden. Dies bedeutet, bei etwa 1,4 Millionen Katholiken, eine Durchschnittszahl von Pfarrmitgliedern von mehr als 23.000. Weil dies in dörflichen Regionen sicher nicht machbar ist und eine kleinere Zahl zugrunde gelegt werden muss, werden dann Stadtpfarreien wohl mehr als 30.000 Katholiken umfassen.

Diese radikale Reform ist konsequent, wenn man als grundlegendes und nicht in Frage zu stellendes Dogma akzeptiert, dass eine Pfarrei nur von einem geweihten Priester geleitet werden kann; die Zahl sechzig wird wohl ungefähr stimmen. Zumindest für einige Jahre wird das auf diese Weise gehen. Da aber viele Priester den älteren Jahrgängen angehören, pro Jahr allenfalls mit einem einzigen Neupriester zu rechnen ist, wird auch dieses System nach 10 oder 15 Jahren nicht mehr funktionieren, es sei denn, man rekrutiert Priester aus Regionen, in denen es zur Zeit noch welche gibt: aus Schwarzafrika, Indien oder Polen. Auf die Idee, noch eine größere Vielzahl von Pfarreien, also eine lokal präsente Seelsorge, zu erhalten, indem man „Laien“ die Gemeindeleitung überträgt, kam man nicht – oder durfte man nicht kommen.

Dabei hat die Synode dann doch ein wenig in diese Richtung gedacht, indem für die Gemeindeleitung eine Art von Team gewünscht wird:

- „Unbeschadet der besonderen Verantwortung des Pfarrers, die ihm aufgrund von Weihe und Beauftragung durch den Bischof zukommt, wird die Leitung der Pfarrei einem Team anvertraut, das in kollegialer Gesinnung zusammenarbeitet. Dieses Team besteht aus dem Pfarrer und mindestens zwei weiteren Hauptamtlichen. Es kann um ehrenamtliche Mitglieder erweitert werden. Die Verwaltung ist im Leitungsteam mit ausreichender eigener Kompetenz vertreten.
- Der Pfarrer ist verantwortlich für die rechte Form der Feier der Sakramente, ist Fachvorgesetzter des Seelsorgepersonals und hat den Vorsitz im Leitungsgremium. Die Mitglieder im Leitungsgremium haben jeweils eigene Ressortzuständigkeiten und

arbeiten auf der Grundlage einer Geschäftsordnung zusammen. Für alle in der Leitung verantwortlich Handelnden wird ein verbindlicher Führungskodex eingeführt und auf seine Einhaltung geachtet“ (S. 19).

Immerhin – wenn dabei auch die dominierende Stellung des Priesters gewahrt bleibt und die Reibungen und Streitigkeiten schon vorhersehbar sind. Vielleicht aber führt dieses Modell mit der Zeit dazu, auch gänzlich auf Priester verzichten zu können. Dann aber ist die wohnortsferne Pfarrstruktur, von der das Schlussdokument beinahe schwärmt, weiterhin vorgegeben, und viele Chancen, die die bisherige Struktur geboten hat, können nicht mehr so einfach aufgebaut werden. Die Richtung scheint jedenfalls klar zu sein: trotz aller angedachten missionarischen und spezifischen Gremien wird der Boden, der alles trägt – eine wohnortnahe Präsenz der Kirche – in Frage gestellt.

Darüber hinaus werden viele schöne Aussagen getroffen, wie z.B. „Eine Kirche, die charismenorientiert denkt, muss sich verabschieden von der Vorstellung,

- dass alle kirchlichen Aufgaben wie bisher weitergeführt werden müssten.
- dass zukünftig Pastoral ohne eine Reduzierung auf die notwendigen Aufgaben und ohne die Entwicklung entsprechender Aufgabenkriterien auskommen könnte.
- dass kirchliches Handeln nur dort geschähe, wo ein kirchlicher Amtsträger handelt bzw. anwesend ist.
- dass Gottesdienste nur dann ordnungsgemäße und gute Gottesdienste wären, wenn ihnen ein Priester oder Diakon vorsteht“ (S.9).

Oder: „Eine Kirche, die das synodale Prinzip leben will, muss sich verabschieden von der Vorstellung,

- dass kirchliches Leben in allem zentral gesteuert werden müsste.
- dass in der Kirche nur hauptamtlich Tätige verantwortlich entscheiden könnten und wollten“ (S.11.12).

Oder:

- „Die gemeinsame Würde der Getauften prägt das Zueinander und Miteinander von Geweihten, von haupt- und ehren-

amtlich tätigen Laien. Sie ist im alltäglichen Umgang wie in der Wahrnehmung von Leitung, Aufgaben und Funktionen ernst zu nehmen.

- Entdeckung und Förderung der durch den Heiligen Geist geschenkten Charismen sind eine gemeinsame Aufgabe und geschehen in vielfältiger Form, etwa bei der Gewinnung, bei der Ausbildung, beim Einsatz sowie in der Begleitung von Priestern, Diakonen und haupt- und ehrenamtlich tätigen Laien“ (S13).

Das alles sind keine Strukturvorgaben, sondern edle Formulierungen und ehrenwerte Wünsche, die an der Realität scheitern werden. Jedenfalls so lange, wie die klerikale Hauptverantwortung bleibt.

Die Synodalen könnten dies selbst verifizieren, wenn sie sich die Mühe machen würden, eine aufwändig gestaltete Broschüre zu lesen, die gleichzeitig mit ihrem Schlussdokument auf Kosten der Bischöflichen Behörde (und wohl auch mit Billigung des Bischofs) zum Lob der Beichte und der Ablässe an den Trierer Klerus verschickt wurde: „Himmel muss aus Erde werden. Geistliche Betrachtungen“ von Weihbischof Dr. Helmut Dieser „zum Erlösungsgeschehen in Christus und zum Geschenk des Bußsakramentes und des Ablasses im Jahr des Außerordentlichen Jubiläums der Barmherzigkeit“. Hier scheint die Zeit stehen geblieben zu sein. Was zu Beichte, Fegefeuer, ewigen und zeitlichen Sündenstrafen und Teil- und Vollablässen aus dem „Kirchenschatz“ ausgeführt wird oder über unsere Möglichkeiten, durch Ablässe auch alle möglichen Leute aus dem Fegefeuer zu holen oder immerhin ihren dortigen Aufenthalt zu verkürzen, ist zwar nicht neu, aber seit längerer Zeit so nicht mehr vernommen; es scheint keine Schamgrenze zu geben. Und auch keine kritische Theologie: Das christliche Gebot zur immer neuen Umkehr (Buße) sowie die Pflicht zur Vergebung wird nicht unterschieden vom späteren Bußsakrament, ebenso wenig von der noch späteren Beichte. Alles ist eins, nämlich Beichte. Dabei ist der Verfasser Mitglied der Glaubens- und der Pastoralkommission der Deutschen Bischofskonferenz und zugleich Vorsitzender der Ökumene-Kommission (!) des Bistums Trier.

Nach dieser Lektüre ist man geneigt, alle Hoffnung aufzugeben. Auf welche Weise soll

da was veränderbar sein, wie sollen die schönen Wünsche der Synodalen eine Chance haben? Es steht zu befürchten, dass alles, was von ihren Vorschlägen übrig bleibt, die radikale Reduktion der Pfarreien sein wird.

Rudolf Lill

Zwischen Renaissance, Reformation und Kirchenreform

Das römische Papsttum im 16. Jahrhundert¹

Das römische Papsttum verkörpert eine in Europa singuläre Kontinuität.² Aber längst nicht in allen Epochen seiner langen Geschichte hat es als jene oberste und moralische Autorität gewirkt, welche es für sich beansprucht. Um 1500, d.h. zu Beginn des hier zu behandelnden Zeitraums, war es ebenso eine durch den Kirchenstaat konditionierte politische wie eine kirchliche Institution, zudem infolge kompletter Aneignung des Lebensstils der Renaissance radikal verweltlicht. Der Tod des durch Skandale diskreditierten Alexanders VI. (1503) brachte keineswegs die Rückkehr zur Kirchlichkeit, welche eine reformerische Minderheit von dem dann sehr bald gestor-

¹ Erstmals veröffentlicht in: G. Frank/A. Käuflein/ T. Licht (Hg.), Von der Reformation zur Reform. Neue Zugänge zum Konzil von Trient, Herder 2015, 160-178.

² Diese lässt sich zwar, streng genommen, nicht auf die Zeit der Apostel zurückführen, wohl aber auf die Kaiser seit Konstantin d. Gr. (305-331). Er und seine direkten Nachfolger haben die römischen Bischöfe mit jenen primatialen und politischen Rechten ausgestattet, welche deren langsam wachsende Macht begründet und gerade auch das Papsttum der an die Antike anknüpfenden Renaissance-Zeit beeinflusst haben. Klaus Ganzer, Das römischen Kaiserrecht und der päpstliche Primat, Stuttgart 2012

benen Pius III. (Piccolomini) erhoffte, sondern nur eine allerdings gewichtige Akzentverschiebung von der hemmungslosen Familienpolitik Alexanders VI. zur konsequenten Staatspolitik Julius' II. (Della Rovere, 1503-1513), zudem zu dessen grandioser Kunst- und Kulturpolitik: Die größten Werke Bramantes, Raffaels und Michelangelos, welche die Besucher Roms bis heute faszinieren, werden seinen Aufträgen und denen einiger seiner Nachfolger (so Pauls III., Farnese, 1534-1549) verdankt. Auf die Reformation reagierte das Papsttum, mit Kunst und Politik beschäftigt, aber zögerlich, entschieden und konkret erst seit Paul III. Aber gegen Ende des 16. Jahrhunderts repräsentierte es die Gegenreformation³; und künstlerisch führte der Weg dorthin, seit ca., 1550/60, von der antikisch fundierten Renaissance in den wieder ganz kirchlich bestimmten Barock. Es war also ein spannungsreicher, dabei weitaus mehr von politischen Motiven als von der biblischen Botschaft inspirierter Abschnitt der Papstgeschichte, der hier skizziert werden soll.

Nach einem langen Jahrhundert des Exils und des Schismas hatte das Konzil von Konstanz 1414-1418 die Einheit der abendländischen Kirche wiederhergestellt und die Rückkehr des in Konstanz gewählten Martin V. (1417-1431) nach Rom ermöglicht, für die Konzilien jedoch die oberste Autorität in der Kirche postuliert und darum deren Periodizität (alle 10 Jahre) angeordnet.⁴ Die Päpste haben sich aber kon-

³ Grundlegend für die damalige Papstgeschichte: Leopold (v.) Ranke, *Die römischen Päpste. Ihre Kirche und ihr Staat im 16. und 17. Jahrhundert*, 1. Auflage Berlin 1834-1836 (bei späteren Auflagen wurde der Titel leicht verändert). Ludwig (v.) Pastor, *Geschichte des Papsttums seit dem Ausgang des Mittelalters*, 16 Bände, Freiburg i.Br. 1886-1934. Vgl. die großenteils von Klaus Ganzer und Heribert Müller geschriebenen Artikel über die hier erwähnten Päpste in: *Lexikon der Päpste und des Papsttums*, Freiburg i.B. 2001 (LPP). Zur ersten Information s. auch Georg Denzler, *Das Papsttum: Geschichte und Gegenwart*, München 1997. Josef Gelmi, *Die Päpste in Kurzbiographien*, Kevelaer 2009, ³2013. Rudolf Lill, *Die Macht der Päpste*, Kevelaer 2011, Kap. II. Über die Beziehungen der damaligen Päpste zu den Künstlern der Zeit s. die berühmten Künstlerbiographien von Giorgio Vasari (Florenz 1550, 1568), Neuausgabe in deutscher Sprache seit 2004.

⁴ Auf diese Konstanzer Dekrete haben sich bis zum 1. Vatikanischen Konzil alle historisch denkenden Gegner der weiteren Zentralisierung der Kirche

sequent bemüht, diese Konzilsidee abzu- drängen und ihre Autorität in der ganzen Kirche durchzusetzen. Ihre Macht war ihnen wichtiger als die von den Vertretern der Konzilsidee geforderte Reform der weltlichten und zu reich gewordenen Kirche! Zunächst konzentrierten sie sich jedoch auf die Wiederherstellung ihres Staates und den Wiederaufbau ihrer Hauptstadt. Beides gelang ihnen im Laufe eines Jahrhunderts.

Von den acht weiteren Päpsten des 15. Jahrhunderts (Quattrocento) sind hier zu erwähnen:

Eugen IV.⁵ (Gabriel Condulmer aus Venedig, 1431-1447), der mit dem 1431 in der Nachfolge von Konstanz nach Basel berufenen Konzil gestritten und dessen Verlegung nach Florenz erreicht hat⁶, wo er (nach einem römischen Aufstand) seit 1434 unter dem Schutz der Medici residierte. In Florenz kam 1439 eine Union der griechischen mit der lateinischen Kirche zustande, die jedoch nicht lange gedauert hat.

Die beiden Humanisten Nikolas V. (Tommaso Parentucelli, 1447-1455) und Pius II. (Enea Silvio Piccolomini, 1458-1464)⁷ wirkten für eine Synthese von antiker und christlicher Kultur und damit für eine moderate Modernisierung, wie sie Papsttum und Kirche immer wieder brauchen. Dabei engagierte Nikolas V. sich sehr für den schon erwähnten Wiederaufbau Roms und besonders des Vatikans⁸; er stiftete die Vatikanische Bibliothek, welche als Zentrum wissenschaftlicher Sammlung und Forschung der Medici-Bibliothek in Florenz bald gleichrangig zur Seite trat. Pius II.,

berufen. Hubert Jedin, *Kleine Konziliengeschichte*, Freiburg i.Br. 1959, ⁵1962, 61-72

⁵ Ludwig Vones, LPP, 86ff.

⁶ Die in Basel verbliebenen Prälaten wählten 1434 zum letzten Mal einen „Gegenpapst“, den verwitweten Herzog Amadeus VIII. von Savoyen: Felix V., der sich 1449 mit dem römischen Papst versöhnt hat. Heribert Müller, LPP, 94f.

⁷ H. Müller, LPP, 263-266; Johannes Helmrath, LPP, 311-314

⁸ Dort, d.h. bei der Peterskirche, residieren die Päpste erst seit 1420. Nikolaus V. wollte die konstantinische Basilika restaurieren, Julius II. hat einen vollständigen Neubau begonnen. Georg Denzler, Clemens Jöckle, *Der Vatikan, Geschichte, Kunst, Bedeutung, Utting 2007*. Anton Henze, *Rom und Latium*. (Reclams Kunstführer Italien V) 4. Aufl. Stuttgart 1981, 363-437.

selbst Autor von hohem Rang, bemühte sich beharrlich, aber wenig erfolgreich um eine gemeinsame europäische Abwehr der türkischen Expansion. Beide Päpste wirkten zudem für die Integration ihres langsam wieder zusammenwachsenden Staates in das mit dem Frieden von Lodi (1454) entstehende italienischen Staatensystem⁹, aber auch für die Überwindung der immer noch starken konziliaren Tendenzen. Um die damit verbundene innerkirchliche Opposition abzuwehren, machten sie – wie schon Eugen IV. – den Fürsten kirchenpolitische Konzessionen, so z. B. hinsichtlich der Ernennung der Bischöfe, welche bis zum Sturz der Monarchen gewirkt haben. Doch es blieb nicht bei solchen vernünftigen Kompromissen und Synthesen. Sixtus IV.¹⁰ (Francesco Della Rovere, 1471-1484, Franziskaner und Theologieprofessor) begann mit der radikalen Verweltlichung der römischen Kurie und mit der noch gefährlicheren Tendenz, das Papsttum zu benutzen, um der eigenen Familie fürstliche Macht zu verschaffen. Er ernannte mehrere seiner Neffen (darunter den späteren Julius II.) zu Kardinälen und beteiligte sich indirekt an der mörderischen Pazzi-Verschworung gegen die Medici (Florenz 1478). Er verdoppelte die käuflichen Stellen in der kirchlichen Verwaltung und vermehrte die Ablässe, um an viel Geld zu kommen, welches er freilich großzügig in Kunst und Kultur investierte. Zum „Heiligen Jahr“ 1475 ließ er epochale Bauten (darunter eine bis heute nach ihm benannte Brücke über den Tiber) errichten, im Vatikan ließ er die ebenfalls nach ihm benannte Palastkapelle (in den Maßen des salomonischen Tempels!) bauen und durch erstklassige Maler ausstatten. Aber Nepotismus und Fiskalismus bestimmten sein Pontifikat; von einem Reformkonzil, wie viele es forderten, wollte auch er nichts wissen.

Auf den oft beschriebenen Tiefstand sank das Papsttum unter dem Spanier Alexander VI. (Rodrigo de Borga/Borgia, 1492-1503) herab, welcher in das 16. Jahrhundert

(Cinquecento) hinübergeführt hat.¹¹ Aus katalanischem Adel stammend, war er 1456, 25-jährig, durch seinen Onkel Calixtus III. (1455-1458) Vizekanzler der römischen Kirche geworden und als solcher zuständig für die oft einträgliche Ausfertigung aller päpstlichen Urkunden. Im Kirchenrecht qualifiziert, erwies er sich als kluger Administrator und sammelte in fünf Pontifikaten „Macht, Geschäftskennntnisse und Reichtümer“ (Ranke). Auch liebte er die Frauen noch mehr als andere Kardinäle seiner Zeit. Seine intensivste, eheähnliche Beziehung war die zu der Römerin Vanozza de Cattaneis, von der er vier Kinder hatte: Juan (geb. 1474), Cesare (1475), Lucrezia (1480), Jofré (1481). Außerdem hatte Borgia zwei Kinder von anderen Frauen. Eine weitere Freundin Borgias war die ob ihrer Schönheit gerühmte Giulia Farnese, deren jüngeren Bruder Alessandro (geb. 1468) er 1493 zum Kardinal ernannte: der spätere Paul III., der in den 1530er Jahren einen ganz anderen, reformistischen Stil eingeführt hat.

Borgia tat 1484 alles, um selbst Papst zu werden, versprach den Wählern „Geld, Güter und Benefizien“, doch Kardinal Giuliano Della Rovere durchkreuzte seine Pläne, weil er deren Gefährlichkeit für den Kirchenstaat und für Italien insgesamt durchschaute: Auf Kosten des Ersteren wollten die Borgia sich einen eigenen Staat schaffen und auf Kosten des italienischen Gleichgewichts mit jedem paktieren, der ihnen dabei half. Aber 1492 ist Borgia Papst geworden, u.a. dank politischer Unterstützung aus Mailand und Florenz wie durch immense Bestechungen. Alexander VI. begann als Friedensvermittler und entschied 1493/94 die Aufteilung der südamerikanischen Kolonien, verbündete sich mit dem Hause Aragon in Neapel, ging aber 1494/95 auf die Seite der Franzosen, die unter König Karl VIII. Neapel eroberten und damit den Konflikt um Italien begannen - zwischen Frankreich und Spanien Habsburg -, der ein halbes Jahrhundert gedauert hat. Alexander VI. wirkte auf die Dauer politisch nur noch für seine Familie!

⁹ Über dies seitherige Geschichte Italiens: Heinrich Lutz, in : Handbuch der europäischen Geschichte, hg. Von Theodor Schieder, Bd. 3 (1971), ab S. 851. Wolfgang Altgeld, Rudolf Lill, Kleine italienische Geschichte, Stuttgart 2004, 123-174.

¹⁰ Heribert Müller, LPP, 362-365

¹¹ Winfried Eberhard, LPP. 12f. Volker Reinhardt, Der unheimliche Papst. Alexander VI. Borgia (1431-1503), München 2005. Alois Uhl, Papstkin-der. Lebensbilder aus der Zeit der Renaissance, Düsseldorf u.a. 2003.

Seinen hochbegabten Sohn Cesare hatte er schon 1493 (18-jährig!) zum Kardinal ernannt, seinem älteren Sohn Juan wollte er 1497 das zum Kirchenstaat gehörende Benevent als eigenen Staat übertragen, doch Juan wurde ermordet. Der Papst war erschüttert und machte gute Vorsätze, tat auch einiges für die Orden und Missionen. Gegenüber den Juden war er tolerant und förderte die römische Universität. Politisch setzte er nun aber ganz auf Cesare und ermächtigte ihn zur Wiedereroberung der Romagna, die sich als Rekuperation päpstlicher Rechte präsentieren ließ, aber als Grundlage für einen eigenen Borgia-Staat gedacht war. Der Krieg wurde seit 1500 grausam geführt und vom Papst mitfinanziert. Cesare, nach Ranke ein „Virtuose des Verbrechens“, wollte schnell vollendete Tatsachen schaffen, weil er fürchten musste, dass sein inzwischen 70-jähriger Vater, von dessen Schutz alles abhing, nicht mehr lange leben würde.

Dass die Wiederherstellung des Kirchenstaates unter den damaligen Verhältnissen notwendig war, weil die Päpste nur darüber ihre politische Unabhängigkeit behaupten konnten, ist auch von kritischen Papsthistorikern wie dem großen Leopold Ranke anerkannt worden. Er hat allerdings nüchtern konstatiert: „Es geschah, dass das geistliche Oberhaupt vor allem und entschiedener als jemals bisher die Zwecke seines weltlichen Fürstentums verfolgte und ihnen seine ganze Tätigkeit zuwendete.“ Der Papst „fühlte sich zunächst als italienischer Fürst“, so war es jedenfalls seit Sixtus IV. Und darüber wurden die Päpste involviert in die Kriege in und um Italien, welche letztlich erst 1559 (Friede von Cateau-Carnbrésis) endeten. In diesen Kämpfen standen die Päpste nicht über den Parteien, sondern waren selbst Partei: im Interesse ihres Staates, aber auch im Interesse ihrer eigenen Familien. Auf einen Beistand des Heiligen Geistes wird sich darum für diese Epoche der Papstgeschichte niemand berufen können. Sie erweist vielmehr einen der Irrwege, welche die Institution Kirche infolge ihres postkonstantinischen Anspruchs auf politische und gesellschaftliche Macht gegangen ist.

Auch Giuliano Della Rovere, der (60-jährig) 1503 zum Papst gewählt wurde – nach Pastor „unzweifelhaft die bedeutendste Per-

sönlichkeit im Kardinalskollegium“ -, war „stark verweltlicht“; auch er hatte drei Töchter. „Doch hatte er sich [...] stets einen gewissen Ernst, einen besseren Kern bewahrt.“ Es handelt sich um Julius II. (1503-1513)¹⁸. Seine Familie war erst durch seinen Onkel Sixtus IV. aufgestiegen; wie jener hatte er seine geistliche Laufbahn bei den Franziskanern begonnen. Seit 1471 Kardinal, war er stets der Kunst und den Künstlern zugetan. Vor allem politisch engagiert und willensstark, war er stets Feind der Borgia gewesen. Auch um sich ihrer erwehren zu können, hatte er die bis heute erhaltenen Kastelle in Grottaferrata und in Ostia erbaut, außerdem seine Titelkirche S. Pietro in Vincoli befestigt. Seine erste Tat als Papst war die Ausschaltung Cesare Borgias, denn Julius II. verfolgt zwei große Ziele: den Kirchenstaat insgesamt wiederherzustellen und dadurch die päpstliche Macht dauerhaft zu stabilisieren; sodann, so weit wie möglich, die fremden Herrscher aus Italien hinauszudrängen („Fuori i barbari dall' Italia“). Der Papst trat durchaus mit imperialem Anspruch auf: „Julius Caesar secundus“ stand auf manchen seiner Medaillen.

Julius II., der selbst an die Spitze seiner Truppen trat, hat mehrere Bündnisse geschlossen, darunter 1511 die „Heilige Liga“ mit Spanien und Venedig; auch die Unterstützung der damals militärisch starken Schweiz wusste er sich zu verschaffen. Darüber hat er sein erstes Ziel im Wesentlichen erreicht; auch Parma, Piacenza und Reggio wurden für den Kirchenstaat zurückgewonnen, die Franzosen aus Italien vertrieben. König Ludwig XII. reagierte mit einer Verschärfung des französischen Staatskirchentums, welche die kirchliche Macht des Papstes einschränkte, und französische Prälaten organisierten seit 1511 in Pisa ein antipäpstliches Konzil. Darauf hat Julius selbst eine Konzilsinitiative ergriffen. Von 1512 bis 1517 hat in Rom das

¹⁸ Klaus Ganzer, LPP, 212ff. Jochen Sander (Hg.), Raffael und das Portrait Julius' II., Petersberg 2013. Nach dem Tod Alexanders VI. war zunächst der reformistische, aber kranke Kardinal Francesco Piccolomini gewählt worden: Pius III., der schon nach vier Wochen starb. Alle drei Päpste des Jahres 1503 verkörperten, als Neffen Calixtus' III., Pius' II. und Sixtus' IV., den damaligen römischen Nepotismus. Vgl. die entsprechenden Artikel in LPP.

5. Laterankonzil getagt, welches zwar einige nützliche Beschlüsse, so z.B. im Hinblick auf die kurialen Finanzen und die Auswahl der Bischöfe, fasste, aber gegenüber den großen Problemen der Ämterhäufung und der Vernachlässigung bischöflicher Residenzpflichten, ja der generellen Verweltlichung versagt hat.¹³

Julius II., der, wie eingangs gesagt, mit Bramente, Raffael und Michelangelo die größten Werke der römischen Renaissance konzipierte, war eine große Figur der italienischen Geschichte und der die Kultur der europäischen Neuzeit begründenden Renaissance, aber keine kirchliche oder religiöse Führungspersönlichkeit. Und sein Nachfolger Leo X. (Medici, 1513-1521), der sich um das Konzil nur noch wenig kümmerte, war erst recht kein Reformpapst, sondern ein hochgebildeter Freund der Wissenschaft und der Künste, aber den religiösen Herausforderungen seiner Zeit in keiner Weise gewachsen. Die Herrschaft seiner Familie über Florenz interessierte ihn mehr, und das galt erst recht für den zweiten Medici-Papst, Leos Vetter Giulio: Clemens VII. (1523-1534).¹⁴ Obwohl als Kandidat der kaiserlichen Partei gewählt, verbündete er sich sogleich mit Frankreich und provozierte dadurch indirekt die Verwüstung Roms durch den „Sacco di Roma“ (1527). Danach ging er zu Karl V. über, wich aber dessen Forderung nach einem Konzil zur Auseinandersetzung mit Luther stets aus. Nach Ranke war er „wohl der unheilvollste aller Päpste“. Überhaupt war es bis zu den 1530er Jahren nur der Kaiser und nicht das päpstliche Rom, welcher sich energisch gegen die Reformation wandte. Zu diesem Zweck hatte er nach dem Tode Leos X. zunächst die Wahl eines Vertrauten, des streng reformistischen Kardinals Adrian Florensz aus Utrecht bewirkt (Hadrian VI., 1522-1523)¹⁵, der sich aber in dem ihm fremden Rom nicht durchsetzen konnte.

Die Päpste haben im letzten Drittel des Quattrocento und im ersten Drittel des

Cinquecento, wie bereits gesagt, große kulturelle Leistungen hervorgebracht oder begleitet. Aber für die Kirchengeschichte bedeutete die Zeit zwischen ca. 1470 und ca. 1530 durchaus keine Glanzperiode, eher das Gegenteil. Denn die damaligen Päpste haben nicht mehr wie Nikolaus V. und Pius II. die befreiende humanistische Synthese von Religion und Kultur gelebt, sondern sich mit der weltlichen Dimension der Renaissance begnügt und ganz vornehmlich als Fürsten und Mäzene gedacht und gehandelt. Um ihre kirchlichen Aufgaben haben sie sich zu wenig gekümmert, schon weil der weitverzweigte Reformismus weiterhin eng verbunden blieb mit dem Konziliarismus, welcher nicht den Papst, sondern das allgemeine Konzil als oberste kirchliche Instanz betrachtete. Die damalige Reform-Unfähigkeit der römischen Kurie hat den reformatorischen Protest erheblich verstärkt.

Dem weltlichen Charakter der damaligen Päpste entsprach der des Kardinalskollegiums. Es war eine sehr begrenzte Oligarchie aus 30 - 40 Prälaten, in der sich meistens eine kaiserliche und eine französische Partei gegenüberstanden. Theologen waren nur sehr wenige darunter, meist die aus den Orden, so damals der Dominikaner Cajetan de Vio, der 1518/19 Legat in Deutschland war und als erster und etliche Zeit als einziger Exponent der römischen Kurie das Problem Luther erkannt hat. Am Konklave nach dem Tode Leos X. (1522) nahmen 39 Kardinäle teil, darunter drei Nichtitaliener, zwei Spanier und ein Schweizer. Unter den übrigen neuen Ausländern war der Niederländer Florensz, der dann gewählt wurde. Im nächsten Konklave (1523) saßen wiederum nur 39 Wähler. Die Parteiungen waren dieselben wie zuvor, nur wollte die Mehrheit nun weder einen Ausländer noch einen nicht anwesenden Kardinal; und so setzte sich Giulio de' Medici durch, der wegen seines großzügigen Auftretens im Gegensatz zu seinem Vorgänger dem Geschmack der Römer entsprach.

Schon im Konklave des Jahres 1523 war der 1468 geborene Fürst Alessandro Farnese ein ernsthafter Konkurrent gewesen, 1524 wurde er Dekan des Kardinalkollegiums. Zehn Jahre später ist er Papst gewor-

¹³ Jedin (wie Anm. 3), 78f.

¹⁴ Über die beiden Medici Päpste: Georg Schwaiger, LPP, 60f., 203ff.; Leonida Pandimiglio in: Die großen Familien Italiens (hg. V. Volker Reinhardt), Stuttgart 1992, 348.

¹⁵ G. Schwaiger, LPP, 140f.; Karl Mittermaier, Die deutschen Päpste, Graz 1991.

den: Paul III. (1534-1549).¹⁶ Obwohl er aufgrund seines Lebensstils und seiner Karriere ganz ein Mann der Renaissance war, hat er endlich grundlegende Veränderungen herbeigeführt. Er verstand es, konsequente Kirchen- und Staatspolitik mit ebenso effizienter Familien- und Kunstpolitik zu verbinden. Er hielt strikte Neutralität zwischen Frankreich und Kaiser Karl V. und unterstützte ihn nach Kräften im Kampf gegen den auch politisch erstarken Protestantismus. Sogleich berief er ausgewiesene Reformer zu Kardinälen, darunter so gegensätzliche Männer wie den streng traditionalistischen Neapolitaner Giampiero Carafa und den im biblischen Humanismus verwurzelten Venezianer Gasparo Contarini, der sich am Ideal der Urkirche orientierte. Carafa wollte nur die Unterdrückung von Missbräuchen, Contarini den Dialog mit den Neuerern unter Rekurs auf die Bibel. Eine von Contarini geleitete Kommission erarbeitete 1535 das Programm der Reform „an Haupt und Gliedern“: die Grundzüge des Tridentinischen Konzils, welches nach etlichen gescheiterten Ansätzen 1545 begann (erste Periode bis 1547).¹⁷ Trient war mehrheitlich italienisch, gehörte aber zum Römisch-Deutschen Reich und war daher grundsätzlich auch für deutsche Protestanten annehmbar. 1542 begründete Paul III., darin leider stark von Carafa beeinflusst, die römische Inquisition, welche das Vordringen protestantischer Ideen in Italien unterbinden sollte. Obwohl weniger hart als die königlich-spanische Inquisition, hat auch die römische viel Unheil angerichtet (s.u.). Andererseits wurden nun die neuen reformistischen Orden sehr gefördert, vor allem die Gesellschaft Jesu (1540 bestätigt) und die von Carafa mitgegründeten Theatiner, zu denen ein Jahrzehnt später noch das Oratorium des Filippo Neri trat. Die großen, künstlerisch den Übergang zum Barock markierenden Kirchen Il Gesù (seit

1568), Sant' Andrea della Valle und Chiesa Nuova (ganz auf den Vollzug der Messliturgie ausgerichtete Saalbauten, von Reihen von Kapellen begleitet und von Kuppeln bekrönt) erinnern an diese Neugründungen.

Die Konsequenz der päpstlichen Politik kam auch der eigenen Familie zugute. Mit Zustimmung des Kaisers konnte Paul III. 1545 seinem Sohn Pier Luigi Parma und Piacenza als eigenes Herzogtum übertragen, wo die Familie Farnese, trotz anfänglicher Aufstände, bis zu ihrem Aussterben 1731 regierte. Parma wurde eine der schönsten kleineren Residenzen der späten Renaissance!

Engster Mitarbeiter Pauls III. wurde in den 1540er Jahren sein Enkel, Kardinal Alessandro Farnese, der nach dem Tod seines Großvaters noch mehr als drei Jahrzehnte lang für kirchen- und kunstpolitische Kontinuität sorgte. Denn auch Paul III. und sein Nepot waren Mäzene in großem Stil. Michelangelo wurde leitender Architekt für Rom und St. Peter (dessen Kuppel er ganz neu und gigantisch konzipierte), baute den Palazzo Farnese zu Ende und gab dem Kapitol seine bis heute erhaltene Form; Jacopo Barozzi (Vignola) baute Schloss Caprarola und die schon erwähnte Kirche Il Gesù (den eigentlichen Gründungsbau des Barock). Ebenfalls für Paul III. schuf Michelangelo das (schon von Clemens VII. in Auftrag gegebene) Weltgericht in der Sixtina und die Fresken in der Cappella Paolina im Vatikan; Tizian malte die psychologisch vertieften Porträts des Papstes und seiner Nepoten. Giacomo Della Porta und Domenico Fontana haben dann Michelangelos Pläne für St. Peter weitergeführt und im Sinne des Frühbarocks modifiziert.

Bei den beiden folgenden Papstwahlen hat die reformistische Grundlinie Pauls III. sich voll ausgewirkt. 1550 wurde Kardinal Giovanni Maria del Monte gewählt (geb. 1487, aus römischem Kleinadel), seit Julius II. (dessen Namen er darum annahm) in der römischen Kurie, seit 1536 Kardinal und am Konzil beteiligt: Julius III. (1550-1555).¹⁸ Er setzte den Kurs seines Vorgängers fort, sowohl durch die Fortsetzung des Konzils (1551/52, dann Suspension wegen des kriegerischen Aufstands deutscher

¹⁶ Klaus Ganzer, LPP, 275-279. Roberto Zapperi, Die vier Frauen des Papstes: Das Leben Pauls III. zwischen Legende und Zensur, München 1997.

¹⁷ Jedin (wie Anm. 3), 80-102. S. für die Gesamtanalyse und für alle Einzelheiten Jedin's Hauptwerk: Geschichte des Konzils von Trient, 4 Bände, Freiburg i.Br. 1949-1975; Klaus Ganzer, Aspekte der katholischen Reformbewegung im 16. Jahrhundert, Stuttgart 1991; Ders., Die religiösen Bewegungen in Italien des 16. Jahrhunderts, Münster 2003.

¹⁸ Klaus Ganzer, LPP, 214ff.

evangelischer Fürsten gegen den Kaiser) wie durch die Gründung römischer Kollegien zur Ausbildung von Geistlichen für die von der Reformation bedrohten Länder (als erstes das Collegium Germanicum, 1552). Eine Reformbulle, die er als Ersatz für das suspendierte Konzil ausarbeiten ließ, blieb infolge seines Todes unausgeführt. 1555 folgte Kardinal Marcello Cervini nach (geb. 1501, aus Kleinadel der humanistisch geprägten Stadt Montepulciano/Toskana stammend), der u.a. Lehrer von Alessandro Farnese und ebenfalls seit 1536 Kardinal war sowie Legat in Trient: Marcellus II.¹⁹, ein Protagonist der Reform, dem Palestrina, der Erfinder der polyphonen Kirchenmusik, seine berühmt gebliebene „Missa Papae Marcelli“ widmete. Aber er starb schon wenige Wochen nach seiner Wahl. „Ecclesiae monstratus, non donatus“ steht auf seinem Grab in den Grotten unter St. Peter (ihm gegenüber hat man im Herbst 1978 Johannes Paul I. beigesetzt, der bekanntlich ebenfalls knapp einen Monat nach seiner Wahl gestorben war).

Die zweite Papstwahl des Jahres 1555 fiel indessen auf den Fanatiker unter den „Kreaturen“ Pauls III., Gianpiero Fürst Carafa aus Neapel: Paul IV. (1555-1559).²⁰ Er regierte fast nur mit der Inquisition und setzte sie selbst gegen gemäßigt reformistische Kardinäle wie den berühmten Giovanni Morone ein, welcher von seinem Nachfolger sogleich rehabilitiert wurde. Der Humanismus wurde völlig abgedrängt und selbst die Bibelübersetzung des Erasmus von Rotterdam, die Leo X. approbiert hatte, wurde auf den „Index der verbotenen Bücher“ gesetzt, den der Carafa-Papst zum ersten Mal veröffentlichen ließ: Denkverbot! Das Konzil hielt Paul nicht für nötig. Dadurch wie durch seinen geradezu pathologischen Hass gegen das Haus Habsburg und dessen wachsende Macht in Italien sowie durch die Rückkehr zu maßlosem Nepotismus hat er sich selbst diskreditiert. In seinem letzten Jahr musste er noch erleben, dass das habsburgische Spanien durch den Frieden von Cateau-Cambrésie die Hegemonialmacht in Italien wurde, welche auch auf die folgenden Konklaven erheblichen Einfluss gewonnen hat.

¹⁹ Georg Schwaiger, LPP, 248.

²⁰ Klaus Ganzer, LPP, 279ff.

Nach viermonatigem Konklave wurde zu Weihnachten 1559 noch einmal ein Papst gewählt, welcher Renaissance und Reform miteinander verband und ebenfalls von Paul III. sehr gefördert worden war: Giovanni Angelo dei Medici aus Mailänder Patriziat, der ebenfalls Kinder hatte: Pius IV. (1559-1565).²¹ Er hat die Tyrannei seines Vorgängers sofort beendet, die dafür Mitverantwortlichen aufs härteste bestraft, doch im Übrigen konzilient regiert. Er hat 1562/63 die dritte Session des Trienter Konzils veranstaltet und 1564 alle Dekrete des Konzils bestätigt. Hier ist festzuhalten, dass darin die katholische Lehre gegenüber den Positionen der Reformatoren scharf herausgestellt wurde²², durchaus mit Selbstreflexion, aber stets in strenger Abgrenzung von den Gegnern. Biblisch-patristische Kompromissvorschläge, die erst der moderne Ökumenismus wieder voll würdigt, wurden beiseite geschoben. Insgesamt wurde die hierarchische Struktur der katholischen Kirche unter dem Papst bekräftigt, dessen Verhältnis zu den Bischöfen jedoch nicht geklärt. Die wichtigsten der Reformdekrete betrafen die Residenzpflicht der Bischöfe und der Pfarrer, die Abhaltung von Synoden und die Einrichtung von Seminaren; ihre Ausführung zog sich vielerorts in die Länge. Aber mit praktischen Reformen wurde noch unter Pius IV. begonnen.

1564 wurden gemäß der tridentinischen Normen der Index der verbotenen Bücher und das Glaubensbekenntnis neu formuliert, für Deutschland/Österreich sowie für Böhmen und Ungarn wurde zur Milderung der konfessionellen Spannungen die Kommunikation unter beiden Gestalten gestattet.

Der Nepotismus hat, ähnlich wie unter Paul III., auch unter Pius IV. durchaus positiv gewirkt. Sein Neffe Carlo Borromeo, den er, erst 22-jährig, zu seinem Sekretär

²¹ Klaus Ganzer, LPP, 315ff. Die beiden für die Unterdrückung der römischen Bevölkerung verantwortlichen Carafa-Neffen wurden vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und hingerichtet!

²² Gute Gesamtwürdigung: Klaus Ganzer, Lexikon der Kirchengeschichte, Bd. 2, Freiburg i.Br. 2001, 164ff. Paolo Prodi/Wolfgang Reinhard (Hg.), Das Konzil von Trient und die Moderne, Berlin 2001 (zuvor: Bologna 1997). Siehe zu den bis heute aktuellen Diskussionen des Trienter Konzils über Ehe, Scheidung und Wiederverheiratung jetzt: Klaus Ganzer, Absolute Unauflöslichkeit der Ehe auf dem Konzil von Trient?, 2015.

und zum Kardinal ernannte, unterstützte ihn zunächst beim Abschluss des Konzils und wirkte dann über zwei Jahrzehnte lang in Mailand als Prototyp des tridentinischen Reformbischofs (und des strengen lombardischen Arbeitsethos).²³

Im Konklave des Jahres 1566 hatte Borromeo die Wahl des frommen und asketischen Dominikaners und Großinquisitors Michele Ghislieri erreicht: Pius V. (1566-1572).²⁴ Mit ihm (bis 1954 dem einzigen Papst der Neuzeit, der heilig gesprochen wurde) begann ein gut 25-jähriger Abschnitt der Papstgeschichte, der sich kontrapunktisch von der Renaissance unterschieden hat.

Durchsetzung der Trienter Dekrete unter direkter Leitung Roms resp. seiner inzwischen in alle von der Reformation betroffenen Länder entsandten Nuntien (in Deutschland Wien, Graz und Köln, dazu Luzern), Ernennung theologisch gebildeter und reformistischer, dabei Rom-naher Bischöfe, Ausbildung einer neuen Kleriker-genera-tion, zunächst in den schon seit den 1550er Jahren in Rom gegründeten Kollegien, sodann mehr und mehr in neuen diözesanen Seminaren, die oft den Jesuiten anvertraut wurden, waren die strikt eingehaltenen Leitlinien Pius' V. und seiner beiden Nachfolger. Unter Pius V. handelte aber die Inquisition nicht so streng wie unter Paul IV.; auch er „verkörperte in ausgeprägter Weise den intransigenten Typ des katholischen Reformers des 16. Jahrhunderts“ (Ganzer), der vom Humanismus nichts mehr wissen wollte. Er veröffentlichte den Römischen Katechismus²⁵, das Brevier und das Messbuch (d.h. die bis zum 2. Vatikanischen Konzil gültig gebliebene Liturgie). Auch hat er die Liga mit Spanien und Venedig organisiert, welche 1571 bei Lepanto (Nanpaktos) den großen, allerdings mit schweren Opfern erkauften Ab-

wehrsieg gegen die Europa bedrohenden Türken errang.²⁶

Gregor XIII. (Ugo Boncompagni aus Bologna, 1572-1585) war kirchenpolitisch nachgiebiger als sein Vorgänger, setzte aber die Kirchenreform durch die Entsendung von Nuntien und die Förderung von Seminaren und Kollegien energisch fort. In Rom hat er das „Collegium Romanum“ von 1551 zur Voll-Universität für alle Bereiche der Theologie erweitert (mit dem in Rom üblich gebliebenen Vorrang der systematischen vor den historischen Fächern). Die „Universitas Gregoriana“ ist bis heute den Jesuiten verblieben. Auch die wissenschaftlich exakte Reform des Julianischen Kalenders trägt bis heute seinen Namen. Dass er aus Anlass der Pariser Bartholomäusnacht (1572, mit der Ermordung vieler Hugenotten) das Te Deum singen ließ, zeigt die unmenschlich gesteigerte Härte der damaligen konfessionellen Kontraste. Um den eigenen Staat kümmerte Gregor sich weniger, die Plage der „Banditen“ breitete sich aus.

Sixtus V. (Felice Peretti, 1585-1590)²⁷, Franziskaner, wie Pius V. von einfacher Herkunft, hat mit großer Härte die weithin zerrüttete Ordnung im Kirchenstaat wiederhergestellt und für die Sanierung der Finanzen und die soziale Verbesserung der einfachen Leute gesorgt. Die römische Kurie hat er durch die Errichtung von 15 Kardinalskongregationen (kollegiale Fachministerien) effizient neu organisiert und die Höchstzahl der Kardinäle auf siebenzig festgelegt (bis 1959!). – Wie seine Vorgänger war er von der Superiorität der geistlichen über die weltliche Gewalt überzeugt, konnte dieses Postulat aber nicht mehr durchsetzen, auch und gerade nicht gegenüber dem unbedingt katholischen Philipp II. von Spanien, der vielmehr seinerseits den Kurs in Rom mitzubestimmen verstand.

Abgesehen vom „Glaubenskrieger“ Paul IV. und dem asketischen Pius V. haben sich auch die Päpste der zweiten Hälfte des Cinquecento für Kunst und Wissenschaft engagiert, jedoch anders als die Renaissance-Vorgänger nun konzentriert auf Dogma und Liturgie, dazu auf die Repräsentation des sich reformistisch erneuernden und

²³ Ders., LPP, 317-320.

²⁴ Neuere Biographien von Cesare Orsenigo (Milano 1929, dt. 1937) und Frederico Rossi di Marignano (Milano 2010).

²⁵ Die beiden großen Katechismen auf der Grundlage der Trienter Kirchenkonzeption hat dann 1597 und 1598 der bekannte Kontroverstheologe Roberto Bellarmino (SJ., Kardinal), ein Neffe Marcellus' II., veröffentlicht.

²⁶ Georg Schwaiger, LPP, 124-127.

²⁷ Klaus Ganzer, LPP, 365ff.

mit gesteigertem Führungsanspruch auftretenden Papsttums. Von der antikisch begründeten Kultur der Humanisten wurden nur noch jene Elemente weitergepflegt, die sich in den Dienst der neuen Verkirklichung nehmen ließen.

Für Pius IV. hatte Pietro Ligorio im vatikanischen Garten eine zusätzliche „Palazzina“ im Stil des Manierismus gebaut, der alte Michelangelo in die Diokletiansthermen die diesen an Größe gleichkommende Kirche S. Maria degli Angeli. Gregor XIII. ließ den Quirinalpalast (als Sommerresidenz und Ort der Konklaven) errichten, er förderte den Bau der Barockkirchen Il Gesù und Chiesa Nuova. Sixtus V. ließ die großen, auf die Hauptkirchen ausgerichteten Straßenachsen ziehen und an ihren Schnittpunkten die kaiserlichen Obelisken wieder aufrichten. Damit gab er der barocken Stadt ihre Maße und kehrte zugleich zu den imperialen Attitüden Julius' II. und Pauls III. zurück. Nun wurden sie vollends in den Dienst des Papsttums und eines neuen Triumphalismus gestellt. Die Ehrensäulen der Kaiser Trajan und Marc Aurel wurden mit den Figuren der Apostel Petrus und Paulus geschmückt; der vor St. Peter wiederaufgestellte Obelisk aus dem Zirkus des Nero trägt die stolze Inschrift „Vicit Leo de Tribu Juda“!

Gegen Ende des 16. Jahrhundert wurden also im Zentrum der nun (so in Bellarminos Katechismen) mit der Kirche Christi gleichgesetzten lateinischen Christenheit gegenreformatorische Kirchlichkeit und römischer Zentralismus durchgesetzt und zur Schau gestellt – im Glanze des Barocks.²⁸ Dieser wurde vermenschlicht durch freundliche Seelsorger aus dem „Oratorium“, so Filippo Neri (1515-1595), den „humoristischen Heiligen“ (so Goethe in der „Italienischen Reise“), oder dessen Schüler, den Historiker und versöhnlichen Papstberater Cesare Baronio (1538-1607), dessen Wahl zum Papst 1605 am spanischen Veto scheiterte. Aber die neuartig strenge Gesamtstimmung, man denke an Paul IV., brachte auch Schattenseiten hervor.

²⁸ Gute Einführung: Josef Weingartner, Römische Barockkirchen, o.J. München; Anton Henze, Rom und Latium, Stuttgart 1981 (Reclams Kunstführer Italien V), 16ff. u.ö.

Die dunkelsten waren die der Inquisition, deren prominentestes Opfer z.B. der schließlich pantheistisch denkende Philosoph Giordano Bruno, ursprünglich Dominikaner, geworden ist. Im „Heiligen Jahr“ 1600 wurde er als Ketzer öffentlich verbrannt, in der Nähe einiger der schönsten neuen Barockkirchen.²⁹ Papst Clemens VIII. (Ippolito Aldobrandini, 1592-1605), eigentlich ein verständiger Regent, hatte für ihn bis zuletzt gebetet, aber ihn nicht begnadigt. Italiens Freidenker, die erst nach dem Ende der päpstlichen Herrschaft 1870 die öffentliche Meinung in Rom mitbestimmen konnten, haben Bruno 1889 am Ort seiner Hinrichtung auf dem Campo dei Fiori ein Denkmal errichtet, verständlicherweise mit „antikirchlicher Stoßrichtung“³⁰ (Bauer).

Die Macht der Päpste war aber um 1600 nicht mehr so groß, wie die offizielle Repräsentation vorgab. Obwohl der Kirchenstaat damals infolge des Rückerwerbs der Lehen Ferrara (1598) und Urbino (1630) noch größer geworden war, nahm sie aufgrund der Säkularisierung der europäischen Politik wie des Staatskirchentums der katholischen Monarchen kontinuierlich ab. Der von den damaligen Päpsten noch oft erhobene Anspruch auf die Superiorität der geistlichen gegenüber der weltlichen Macht wurde allenthalben zurückgewiesen; oft provozierte er heftige Gegenmaßnahmen, welche Rom hätte vermeiden können. Der trotzdem nur sehr langsam erfolgten und bis heute nicht abgeschlossenen Reflexion über Papsttum und Kirche hat dieser Machtverlust aber insgesamt nur genutzt. Auf die fürstlich/feudalen Attitüden, welche die Renaissance-Päpste im Vatikan etabliert hatten, haben aber erst Johannes XXIII.,

²⁹ Giordano Bruno, Tragik eines Unzeitgemäßen, hg. von Willy Hirdt, Tübingen 1993. Über das römische Denkmal für Bruno: Franz J. Bauer, Rom im 19. und 20. Jahrhundert, Regensburg 2009, 145. Über Clemens VIII.: Roberto Zapperi, Der Neid und die Macht. Die Farnese und die Aldobrandini im barocken Rom, München 1994; Gregor Schwaiger, LPP, 61f.

³⁰ Zur folgenden Epoche der Papstgeschichte: Wolfgang Reinhard, Paul V. Borghese 1605-1621, Stuttgart 2009; Arne Karsten, Künstler und Kardinal. Vom Mäzenatentum römischer Kardinalnepoten im 17. Jahrhundert, Köln 2003; ders. (Hg.), Jagd nach dem roten Hut, Kardinalskarrieren im barocken Rom, Göttingen 2004.

Johannes Paul I. und Franziskus verzichtet!

Zum „postsynodalen“ Schreiben von Papst Franziskus „Amoris laetitia“

Es folgen zwei Kommentare, die sich von unterschiedlichen Gesichtspunkten mit dem Schreiben Amoris laetitia auseinandersetzen (Red.).

I. Jean-Pierre Wils

„amoris laetitia“ – (k) ein Grund zur Freude?

Zwischen Euphorie und Enttäuschung bewegten sich die Reaktionen, als vor einigen Wochen das „nachsynodale apostolische Schreiben“ *amoris laetitia* von Papst Franziskus veröffentlicht wurde. Aber auch Stillschweigen – innerkirchlich wie auch außerhalb – prägte die Wahrnehmung des Dokuments. Und gelesen oder ungelesen forderte der Text Stellungnahmen heraus, die in aller Regel die bereits vorgefassten Eigenpositionen widerspiegeln.

Diese eigentümliche Rezeption bzw. Nicht-Rezeption sind auf zwei Gründe zurückzuführen: Zum einen hat das Schreiben eine politische Funktionsstelle. Es ist ein Positionspapier, das die Spannungen im Gefüge der Institution reduzieren soll, Spannungen, die den Pontifikat begleiten oder gar von diesem ausgelöst werden. Denn das Programm des Papstes, wenn man es so nennen will, ist eigentümlich unscharf. Handelt es sich im Falle dieses Oberhauptes um einen Reformator oder um einen sanften Rückwärtsgewandten? Vielleicht benötigt eine solche Führungsposition ein gerütteltes Maß an Unschärfe, damit die Gesprächsfäden innerhalb der steil-hierar-

chisch verfassten Struktur der römischen Kirche nicht vollends reißen.

Im Ungefähren lässt sich die Gefahr der Kollision jedenfalls eine Zeit lang besser reduzieren als in dem transparenten Raum der offenen Auseinandersetzung. Aber unter der undurchsichtigen wolkigen Schicht des „sowohl als auch“ kann die Atmosphäre sich elektrisch aufladen, bis das Gewitter sich entlädt und Chaos um sich greift.

Denn mit Händen zu greifen sind die innerkirchlichen Zerwürfnisse, die Streitigkeiten über den künftigen Kurs des klerikal dominierten Großdampfers. Franziskus ist Stein des Anstoßes und Hoffnungssikone zugleich. Auf diesem Hintergrund hat das Dokument die Funktion der Konfliktentschärfung. Und in der Tat wird jeder fündig.

Ein zweiter Grund für die diffuse Rezeption hat mit der Verfasstheit des Textes zu tun: *amoris laetitia* ist ein Amalgam, ein Kessel Buntes, in dem wilde Exegese, Einsprengsel sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse, eine Bulimie-artige Zitationswut aus eigenen, also kirchlichen Dokumenten, kulturpessimistische Diagnosen, moraltheologische Kleintraktate und beherrschende Pädagogik sich abwechseln, zusammengehalten durch einen Ton predigerhaften Besserwissens. Erneut: da stößt jedermann auf ihn ansprechende Fundstücke, weshalb der gleiche Jedermann auf Stücke stößt, die er lieber nicht gefunden hätte. Wäre das Dokument eine Diplomarbeit, müsste sich ein Hochschullehrer genötigt fühlen, sie in den Orkus des Vergessens zu verbannen. Lasst uns ehrlich sein – dieser Text ist unlesbar, eine literarische Zumutung ersten Grades, ein wackeliges Hochhaus sprachlich unfest geschichteter Stockwerke.

Das Schreiben will alle – fast alle – ansprechen, und das in der richtigen Reihenfolge, kirchenhierarchisch top-down entlang dem Merkmal geweihter Positionen mit letztem Übertritt zu den „Eheleuten“ und sogenannten „Laien“. Um die es doch eigentlich geht, so würde man meinen. Aber da mag man sich täuschen. Nicht zufällig ist das Merkmal, das den Text durchgängig bestimmt, das der Selbstreferenz: Die Kirche spricht zu den „Eheleuten“ und „Laien“, indem sie *von* und *zu* sich selber spricht. Das Amalgam macht es möglich: Es stärkt die Illusion, die Welt da draußen zu erreichen, ohne dass man Gefahr läuft, den eigenen Hof zu verlassen. Rhetorisch wagt

man den Weg nach Außerhalb, das heißt ohne das Risiko, dort in der Wirklichkeit anzukommen.

Aber nun zu meiner Lektüre, zu einer Lektüre, die mich irritiert, teils auch deshalb, weil sie meine Irritationen irritiert. Am Anfang ist alles simpel. Alleine schon das Inhaltsverzeichnis lässt einen verzweifeln, vor allem die Weise, in der der Leser angegangen wird, denn es handelt sich um einen Leser, nicht um eine Leserin. „Du und deine Frau“ lautet nämlich die erste Überschrift im ersten Kapitel „Im Licht des Wortes“. Spätestens hier – und „spät“ ist noch sehr, sehr früh – möchte man den Text weglegen. Käme mittlerweile nun wirklich niemand unter den Schreiberlingen auf die Idee „Du und dein Mann“ zu sagen? Hat man sich von dieser Anhängsel-sprache immer noch nicht verabschieden können? Aber auch das „Du“ empfand ich als Aufdringlichkeit. Ich lasse mich (und meine Frau) so nicht ansprechen, jedenfalls nicht von jedermann und schon gar nicht in der ehedoktrinären Absicht, uns das rechte Verhalten aufzuzeigen.

Übergriffiges kennzeichnet die Eröffnung und stößt auf. „Deine Kinder wie junge Ölbäume“ lautet die nächste Überschrift – eine verunglückte Metapher mit hohem Kitschwert. Die dritte Überschrift übertrifft alle Befürchtungen: „Ein blutbefleckter Weg des Leidens“ führt ein in die biblischen Ehetexte. Geht es noch? Sind das die ersten Stimuli auf dem Weg zur Freude an der Liebe? Wäre eine vorsichtige Abrüstung in sprachlicher und moralischer Absicht nicht spätestens jetzt angesagt?

Keineswegs, denn der biblisch-theologische Einstieg geht in die Totale. Ich möchte lediglich wenige Sätze zitieren, die illustrieren sollten, wie weit der Text sich versteigt in ein religiöses Phantasma über die Liebe. Im Abschnitt 11 heißt es: „Das liebende Paar, das Leben zeugt, ist [...] imstande, den Gott, der Schöpfer und Erlöser ist, *darzustellen* [...], denn die Zeugungsfähigkeit des menschlichen Paares ist der Weg, auf dem sich die Heilsgeschichte entwickelt. [...] Der dreieinige Gott ist Gemeinschaft der Liebe, und die Familie ist sein lebendiger Abglanz.“ Es handelt sich hier um nichts weniger als um eine gefährliche religiöse Totalisierung der Liebe. Auf diesem Wege bemächtigt sich eine Instanz, die sich als die Repräsentantin jener Trinität auf

Erde betrachtet, einer menschlichen Institution – die der Familie –, um sie mit einer ebenso totalen Deutung zu überziehen. Wäre dies bloß religiöser Kitsch, könnte man über jene Sätze hinweglesen, aber sie stellen (neben zahllosen anderen Beispielen) völlig überhitzte sprachliche Übergriffe dar, welche Zuständigkeiten und Interpretationsmonopole beschwören. Denn weshalb wird „Adam“ „der Mann aller Zeiten und aller Religionen“ (13) genannt, wenn nicht um die christlich-maskuline Hoheit über den zeitlich und räumlich totalisierten Bereich der Liebe abzustecken?

Da nutzt es wenig, wenn wenig später von dem „unerschöpflichen Mysterium der Ehe und der Familie“ (31) die Rede ist. Denn dieses (angebliche) Mysterium stellt keineswegs einen Anreiz zu Demut und Bescheidenheit, zu Vorsichtsmaßnahmen spiritueller oder gar moralischer Natur dar. Im Gegenteil, das Mysterium will gehütet werden, und je unerschöpflicher ein solches Mysterium ist, um so gehüteter will es sein. Vor allem dann, wenn die Kultur des Westens – so scheint es – sich restlos verbraucht hat. Die „verfallende Welt“ (38), die „Kultur des Provisorischen“ (39) – solche Formulierungen eröffnen ein ganzes Panorama, wo man inmitten von „Drogenabhängigkeit“, „Suizid“, „Alkoholismus“ und „Spielsucht“ (50) nach Licht in der Finsternis des Zeitalters fahnden muss. Nun fragt man sich, weshalb diese Themen einen *speziellen* Fokus auf die Situation von Ehe und Familien werfen. Vermutlich benötigen wir diese düstere Kulisse, damit wir das Licht der Wahrheit, wie es die ermüdenden Endlosseiten der nun folgenden Ehe- und Familien-theologie zu verkündigen versuchen, auch angemessen würdigen können. Nein, Einzelheiten jener Kulturdiagnostik sind mit Sicherheit nicht verkehrt, aber sie dienen der Verdichtung eines tiefen Pessimismus, der angesichts der Lage der Dinge offenbar angebracht sei.

Umso kontrastreicher fällt die Konfrontation mit der erhabenen Ehetheologie aus, die im dritten Kapitel folgt, das übertitelt ist mit „Auf Jesus schauen – die Berufung der Familie“. Jesus ist offenbar der große Freund der Familie, ein Familienmensch reinsten Charakters. Aber lässt sich das wirklich behaupten angesichts folgender zwei Bibelstellen, die ob ihres harschen Tons vermutlich einen hohen Authentizitäts-

tätswert besitzen? So heißt es doch Matthäus 19, 29: „Jeder, der Häuser oder Brüder oder Schwestern oder Vater oder Mutter oder Äcker verlässt um meines Namens willens, der wird's hundertfältig empfangen und das ewige Leben ererben“. Und härter noch Lukas 14, 25f.: „Wenn einer zu mir kommt und hasst nicht seinen Vater, Mutter, Frau, Kinder, Brüder, Schwestern, und dazu noch sein eigenes Leben, der kann nicht mein Jünger sein.“ Dass angesichts dieser Jesus-Worte Zweifel darüber entstehen, dass das katholische Familienideal wirklich über ein jesuanisches Fundament verfüge, ist wenig überraschend. Der Hinweis darauf, Jesus habe sein öffentliches Wirken auf der Hochzeit zu Kana begonnen (64), mutet da hilflos und auch irgendwie niedlich an. Nein, das Neue Testament lässt sich zu einer Fundgrube für Ehespiritualität nicht umbiegen.

Biblische Angemessenheit wird allerdings auch nicht bezweckt. Die Ehe-Theologie und die in den folgenden Kapiteln in die Breite ausgetretene Ehe-Doktrin haben eine andere Funktion. Sie signalisieren *innerkirchlich* das feste und unverbrüchliche Traditionsband dieses Schreibens. Man kann sich auch nur schwer vorstellen, dass diese Textbestände von den Leuten, *die es offenbar betrifft*, den Ehepaaren und Familien nämlich, auch tatsächlich gelesen werden. Meine Irritationen wurden – bis zu diesem Zeitpunkt der Lektüre – dann auch ganz und gar bestätigt. Der Text ist gewissermaßen aus der Welt herausgefallen. Ton, Stil und Botschaft, vor allem die wirklich völlig aufgeblähte Theologie, die selbstverliebte Eigenzitation und die penetrante Neigung, keinerlei Details des Ehe- und Familienlebens auszulassen, schwächen das Schreiben ungemein. Wäre da nicht das achte Kapitel, das die Irritationen irritiert. Wenn die (vermutliche) Handschrift des Papstes irgendwo zu finden ist, dann auf den Seiten, die nun folgen. Die Gedanken über Barmherzigkeit (291) und die „Gradualität der Seelsorge“ (293f.) vermögen zu überzeugen. Der Aufruf, nicht zu katalogisieren und sich in „allzu starren Aussagen“ (298) einzuschließen, lässt frische Luft in die miefige Atmosphäre der vorangegangenen, weitschweifenden Gedankenkonstruktionen einströmen. Das Plädoyer für einen „differenzierten Blick für unterschiedliche Situationen“ durchbricht das starre und

monotone Schauen auf ein Familienmodell, das manchmal schwer von einem puren Klischee zu unterscheiden ist. Nun darf die (katholische) Tradition der Epikie, der „Billigkeit“ des Urteils als Gegenstück zur unheiligen Einfalt des Verurteilens, zur Geltung kommen. Auch hier ist die Angst manchmal mit Händen zu greifen, der Kirche könnte eine Doppelmoral vorgeworfen werden, falls der Eindruck entstünde, die absolute Wahrheit ihrer (Ehe-)Gesetze stehe *neben* ihrer Relativierung in der pastoralen Milde. Das Gesetz kenne nämlich *keine* Gradualität (300). Die Fallhöhe in die Pastoral ist deshalb beträchtlich. Eine interessante (und vermutlich auch aussichtslose) Diskussion finge hier im Grunde erst an. Dennoch – die besseren Elemente der moraltheologischen Tradition kommen zum Tragen: Das negative Urteil über eine „objektive“ Situation müssen *nicht* zu einem „Urteil über die Anrechenbarkeit und die Schuldhaftigkeit der betreffenden Person“ (302) führen. Nicht eine Logik der Exklusion, sondern „die Logik der Integration“ (229) solle vorherrschen und „das Gewissen“ der Menschen sei einzubeziehen. (303)

Unschwer lässt sich an dieser Stelle monieren, dass die Berufung auf Barmherzigkeit und Billigkeit nur deshalb so nötig ist, weil das Ehemodell zeitenfremd und in seiner Alternativlosigkeit einschnürend wirke. Vielleicht ist der ganze Text auch nicht „revolutionär“, wie Hubert Wolf meint, sondern lediglich eine Zusammenführung unterschiedlicher, längst bestehender Auffassungen und Praktiken, wobei er für *alle* Entscheidungs- und Würdeträger in der Kirche, also für Gegner und Befürworter einer Liberalisierung, argumentatives Potential enthält. Das mag Alles sein. Von einem neuen Wind zu sprechen wäre auch wirklich verfrüht. Von einer Brise kann die Rede sein. Man ist ja bescheiden geworden.

Prof. Dr. Jean-Pierre Wils, Ordinarius für philosophische Ethik und Kulturphilosophie an der Radboud Universität Nijmegen, Niederlande.

II. Norbert Scholl

„Amoris laetitia“ und der mündige Glaube

Das *Zweite Vatikanische Konzil* (1962-1965) fordert von den „Laien“ einen „reineren und reiferen Glauben“ (GS 62). Dazu sollen sie gelangen, indem „nicht nur die theologischen Prinzipien, sondern auch die Ergebnisse der profanen Wissenschaften, vor allem der Psychologie und der Soziologie, wirklich beachtet und angewendet werden“ (ebd.). Warum dieser Glaube ausdrücklich nur von den „Laien“, nicht aber auch von den Klerikern verlangt wird, bleibt ein Geheimnis. Immerhin: Im gleichen Absatz wird von „Klerikern wie Laien“ verlangt, dass ihnen „die entsprechende Freiheit des Forschens, des Denkens sowie der demütigen und entschiedenen Meinungsäußerung zuerkannt werden (muss) in allen Bereichen ihrer Zuständigkeit“ (ebd.). Konsequenterweise werden als „Heilmittel gegen den Atheismus“ nicht Abkapselung oder Einigelung genannt, sondern „das Zeugnis eines lebendigen und gereiften Glaubens, der so weit herangebildet ist, dass er die Schwierigkeiten klar zu durchschauen und sie zu überwinden vermag“ (GS 21).

Mit seinem Handeln und mit seinem „post-synodalen“ Schreiben „*Amoris laetitia*“ (Al) hat *Papst Franziskus* den Gläubigen diesen „reineren, lebendigen und reiferen Glauben“ zugemutet. Er hat nicht, wie manche von ihm erwartet hatten, endlich genau gesagt, „wo es lang geht“, sondern hat vieles offen gelassen und an das Gewissen seiner „Kleriker und Laien“ appelliert.

„Erinnerung“, nicht Anordnung

Zuerst bringt *Franziskus* „ein allgemeines Prinzip in Erinnerung“: „Die Hirten (= Bischöfe, Pfarrer, N.S.) mögen beherzigen, dass sie um der Liebe willen zur Wahrheit verpflichtet sind, die verschiedenen Situationen gut zu unterscheiden“ (*Familiaris consortio*, 84). Der Grad der Verantwortung ist nicht in allen Fällen gleich, und es kann Faktoren geben, die die Entscheidungsfähigkeit begrenzen. Daher sind, während die Lehre klar zum Ausdruck gebracht wird, Urteile zu vermeiden, welche die Komplexität der verschiedenen Situationen nicht berücksichtigen. Es ist erforderlich, auf die Art und Weise zu achten, in der die Menschen leben und aufgrund ihres Zustands leiden“ (Al 79). Merkwürdigerweise ruft *Franziskus* nur

bescheiden „in Erinnerung“; er ordnet nicht an. Er weist sogar ausdrücklich auf Ausnahmefälle hin (Al 247). *Franziskus* ist der festen Überzeugung, „dass Jesus Christus eine Kirche möchte, die achtsam ist gegenüber dem Guten ... eine Mutter, die klar ihre objektive Lehre zum Ausdruck bringt und zugleich nicht auf das mögliche Gute verzichtet, auch wenn sie Gefahr läuft, sich mit dem Schlamm der Straße zu beschmutzen“ (Al 308).

Es ist bezeichnend für das in der römischen Kurie noch immer verbreitete engstirnige Denken, dass der deutsche Kurienkardinal *Walter Brandmüller* sich sofort aufgerufen fühlte, „vor einer Aufweichung katholischer Grundsätze beim Umgang mit wiederverheirateten Geschiedenen“ zu warnen und „dem vermeintlichen Ausweg eine Absage (zu erteilen), Gläubige, die in einer kirchenrechtlich ungültigen zweiten Ehe leben, auf der Grundlage einer Ausnahmeregelung zur Kommunion zuzulassen. ... Auch der ‚Ausweg‘, in Einzelfällen Ausnahmen zuzulassen, ist eine Sackgasse. Was aus Glaubensgründen grundsätzlich unmöglich ist, ist es auch im Einzelfall“ (KNA 7.4.2016). Der von *Franziskus* aus dem Vatikan beförderte *Kardinal Burke* sieht in Al nichts anderes als „personal reflections, not meant to be taken as official Church teaching“ (Interview am 12.4.16; <http://www.churchmilitant.com/news/article/cdl-burke-amoris-laetitia-not-part-of-the-magisterium>). *Helmut Hoping*, Dogmatikprofessor in Freiburg, meint: „Man sollte eigentlich erwarten können, dass Papst Franziskus deutlich zu erkennen gibt, ob er in der Frage der Kommunion für wieder-verheiratete Geschiedene nun eine Korrektur von „*Familiaris consortio*“ vornehmen will oder nicht. Die Ausführungen des Pontifex sind aber sehr ambivalent und werden daher auch ganz unterschiedlich interpretiert. Vielleicht ist das ja beabsichtigt – eine Art jesuitischer Dialektik. Ich halte dieses Vorgehen für nicht seriös“ (Interview 13.4.2016; www.domradio.de/themen/papst-franziskus/2016-04-13/dogmatiker-hoping-ueber-amoris-laetitia). Die *Piusbrüder* bezeichnen Al gar als „katastrophal. Noch katastrophaler ist, dass es vom Stellvertreter Christi unterzeichnet ist.“ Und sie fragen sich: „Welche Seelenhirten werden es aber noch wagen, den Zugang zur Eucharistie zu verweigern, wenn ‚das Evange-

lium selbst von uns verlangt, weder zu richten, noch zu verurteilen' (Al 308), und man ‚alle einzugliedern‘ (Al 297) und ‚die konstitutiven Elemente in jenen Situatio-
Wie anders klingen da die Worte des Papstes: „Wir sind berufen, die Gewissen zu bilden, nicht aber dazu, den Anspruch zu erheben, sie zu ersetzen“ (Al 37). Und er fährt fort: „Wenn man die zahllosen Unterschiede der konkreten Situationen berücksichtigt, kann man verstehen, dass man von diesem Schreiben keine neue, auf alle Fälle anzuwendende generelle gesetzliche Regelung kanonischer Art erwarten durfte. Es ist nur möglich, eine neue Ermutigung auszudrücken zu einer verantwortungsvollen persönlichen und pastoralen Unterscheidung der je spezifischen Fälle. Und da der Grad der Verantwortung nicht in allen Fällen gleich ist, müsste diese Unterscheidung anerkennen, dass die Konsequenzen oder Wirkungen einer Norm nicht notwendig immer dieselben sein müssen“ (Al 300). Der Wiener *Kardinal Schönborn* brachte bei der Vorstellung von Al die Intention des Papstes auf den Punkt: „Das erste sind nicht die Normen, die zwar wichtig sind, an erster Stelle steht aber die Ausrichtung auf die Liebe“ (<http://www.kathpress.at/goto/meldung/1364385/schoenborn-ausrichtung-auf-die-liebe-ist-wichtiger-als-normen>).

Mündiger Glaube

Christlicher Glaube muss mündig sein. Mündig ist ein Mensch, der gelernt hat, sich selbstverantwortlich seines Verstandes zu bedienen. Das bedeutet – nach *Immanuel Kant*: „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen.“

Wer nicht den Philosophen, sondern lieber der Etymologie folgen möchte, erfährt, dass „mündig“ abgeleitet ist von dem mittel- und althochdeutschen Wort „munt“, das so viel bedeutet wie „(Rechts-)Schutz, Schirm“. Das Wort hat allerdings bald seine Bedeutung zu „Macht“ gewandelt. „Bevormunden“ heißt dann soviel wie „jemanden an der freien Willensentscheidung hindern,

nen zu würdigen‘ hat, ‚die noch nicht oder nicht mehr in Übereinstimmung mit ihrer Lehre von der Ehe sind‘“ (Al 292) (<http://www.fsspx.at/de/amoris-laetitia-haeretisch>). gängeln.“¹ Mündigkeit besagt demnach: sich von niemand (mehr) bevormunden lassen und sich seines Verstandes „ohne Leitung eines anderen“ bedienen.

Es ließe sich noch ein drittes Verständnis von Mündigkeit nennen, das etymologisch zwar nicht korrekt, aber vom Wortklang her eingänglich und für die Praxis durchaus wichtig ist. Mündigkeit heißt: den Mund gebrauchen können, sich zu Wort melden, nicht alles schweigend hinnehmen.

Nicht „es“ wird geglaubt, sondern „ich“ glaube.

Risikobereitschaft, Mut zum Wagnis und zur Übernahme von Verantwortung, offenes, weites Denken und Bereitschaft zum Aufbruch an neue Ufer kennzeichnen einen psychisch gesunden, reifen Glaubensvollzug. Nicht „es“ glaubt, auch nicht nur „wir“ glauben, sondern „ich“ glaube.

Das freie Wort, die offene Rede, Ehrlichkeit und Offenheit im Umgang miteinander haben der Christenheit noch nie geschadet, sondern sich stets als hilfreich und heilsam erwiesen. Schon *Paulus* rühmt sich, er sei „mit großem, Freimut“ aufgetreten (1 Thess 2,2; 2 Kor 3,12) und der Epheserbrief verlangt diesen Freimut auch von allen Verkündern des Evangeliums (Eph 6,19). Dialogfähigkeit nimmt den Gesprächspartner ernst, geht auf ihn zu, hört seine Argumente an, prüft sie unvoreingenommen. So kann sich eine vorurteilsfreie Beziehung aufbauen und es können für beide Seiten befriedigende und konstruktive Lösungen miteinander ausgehandelt werden. „Niemand hat das Recht, die Autorität der Kirche ausschließlich für sich und seine eigene Meinung in Anspruch zu nehmen. Immer sollen sie in einem offenen Dialog sich gegenseitig zur Klärung der Frage helfen; dabei sollen sie die gegenseitige Liebe bewahren und vor allem auf das Gemeinwohl bedacht sein“ (GS 43).

Die Kirchenleitungen täten gut daran, von erwachsenen Menschen, Klerikern wie

¹ Der Große Duden. Bd.7 Etymologie, Mannheim 1963, 748.

„Laien“, nicht „Gehorsam des Willens und des Verstandes“² zu *fordern*, sondern das Zeugnis eines reifen und reflektierten Glaubens zu *fördern*. Christlicher Glaubensgehorsam setzt den Menschen in seine eigentliche Freiheit und Mündigkeit ein, weil er ihn dazu anleitet, auf die Stimme des eigenen Gewissens mehr zu hören als auf Worte und Weisungen von Menschen. Genau diese Richtung verfolgt das Schreiben des Papstes. Es engt nicht ein, sondern öffnet die Türen und zeigt Perspektiven auf. Es markiert keine Grenzen, sondern weitet den Horizont. Es ergeht sich nicht in Warnungen und Verboten, sondern appelliert an die Freiheit eines Christenmenschen und an die eigenverantwortete Gewissensentscheidung jedes einzelnen.

Irmgard Rech

Das definitive Verbot priesterlicher Leitungstätigkeit für Frauen

Ein Stück Scharia im katholischen
Kirchenrecht

So schockierend die kriminellen Überfälle auf Frauen durch Männer mit Migrationshintergrund in Köln während der Silvesternacht 2015 auch waren, so hat der aufgeregte Diskurs danach doch ein erfreuliches Ergebnis hervorgebracht: Die westliche moderne Gesellschaft ist sich bewusst geworden, dass die Würde der Frau und der Schutz ihrer Freiheitsrechte zu den fundamentalen und damit unaufgebbaren Errungenschaften der europäischen Kultur gehört. Deutlich wurde aber auch, wie breit der Graben ist zwischen den noch tief im

² Vgl. Kongregation für die Glaubenslehre, Instruktion über die kirchliche Berufung des Theologen. Verlautbarungen des Apostolischen Stuhles 98 (24.5.1990), Nr. 25. 30. 32. 34. Hg. Dt. Bischofskonferenz, Bonn.

patriarchalen Denk- und Rechtssystem steckenden arabischen Ländern, aus dem die geflüchteten Männer kommen, und unserer Demokratie mit der rechtlichen Gleichstellung der Frau. Bisher hatten wir die kritischen Stimmen von Kultur- und Sozialwissenschaftlern aus beiden Kulturbereichen allzu gerne überhört, die uns auf dieses schwerwiegende Problem bei der Integration hingewiesen haben. Mit unüberhörbarer Deutlichkeit tat das jüngst im Feuilleton der FAZ (v. 18. Febr. 2016) der arabische Autor und Journalist Kamel Daoud in seinem Artikel „Das sexuelle Elend der arabischen Welt“: *„Es gilt nicht nur dem Körper (des Flüchtlings) Asyl zu gewähren, sondern auch die Seele von der Notwendigkeit einer Veränderung zu überzeugen. Der Andere kommt aus jenem riesigen schmerzvollen und grauenhaften Universum, welche das sexuelle Elend in der arabisch-muslimischen Welt darstellt, mit ihrem kranken Verhältnis zur Frau, zum Körper und zum Begehren. Ihn aufzunehmen heißt noch nicht, ihn zu heilen.“*

Heilung von Frauenverachtung

Wir, die zuvorderst an den Schutz unserer eigenen Freiheitswerte denken, werden hier auf die seelische Notlage vor allem der muslimischen Männer aufmerksam gemacht, die Heilung brauchen. Damit stellt sich für uns in Deutschland und den andern westlichen Ländern, wie es in seinem Schlusssatz heißt, „das Problem der Verantwortung nach der Aufnahme“. Und Kamel Daoud fordert, dieses Problem müsse angepackt werden. Um uns davor zu bewahren dieses Problem zu naiv anzugehen, beschreibt er das verbrecherische Ausmaß der Frauenverachtung, mit der die Immigranten aufgewachsen sind, in eindeutig klaren Worten: *Die Frauen werden verleugnet, abgewiesen, getötet, vergewaltigt, eingeschlossen oder besessen.*

So erschreckend dieser Befund klingt, so erinnert er uns doch auch an die eigene Vergangenheit. Müssen wir nicht ehrlicherweise sagen, dass es noch gar nicht so lange her ist, dass auch im christlich geprägten Abendland die Frauen in leidvoller Abhängigkeit von den Männern leben mussten und es zu Beginn der Neuzeit die allerabscheulichste Form der Frauenverachtung gegeben hat, die vom Teufelsglau-

ben der Kirche angefachten Hexenverbrennungen. Einen Grund zur Überheblichkeit gibt es also nicht. Erst in der Zeit der jüngsten Moderne konnte nach harten Kämpfen die volle rechtliche Gleichstellung der Frau durchgesetzt werden. Auf die aktive Mithilfe der Kirchen und Religionen konnten die um ihre Rechte kämpfenden Frauen dabei nicht setzen, waren sie doch alle männerdominant geprägt und lehrten die Unterordnung der Frau als zweitrangiges Wesen. Auch heute treten Religionen meist männlich auf. Als es neulich in Lebach, am Ort der Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge, zu einem Gebet der „Religionen für den Frieden“ gekommen war, hatten die Kirchen und Religionsgemeinschaften, ob evangelisch, katholisch, rumänisch-orthodox, jüdisch, türkisch-islamisch oder alevitisch, nur Männer gesandt. Man betete für „ein respektvolles Miteinander“. Aber es gab eine Schirmherrin, die Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer. Als ihr Unterschriften zur „Lebacher Erklärung“ für Solidarität und Integration von Flüchtlingen überreicht wurden, sprach sie von einem besonderen Signal, das von Lebach ausgehen müsste. Ein besonderes Signal für ein respektvolles Miteinander von Männern und Frauen in den Religionen war das wohl nicht! Vielmehr wurde deutlich, wie weit die Religionen zurückliegen bei der Verwirklichung der Gleichberechtigung. Das heißt zugleich, wie weit sie von der gesellschaftlichen Wirklichkeit entfernt sind, in der Frauen höchste politische Ämter einnehmen und Beeindruckendes für die Gesellschaft leisten. Welchen Beitrag sollten männergelenkte religiöse Institutionen bei der Flüchtlingshilfe leisten können, wenn es gilt, Männer und Frauen aus ihrem sexuellen Elend zu befreien, in das die patriarchalen Systeme sie hineingerissen haben!

Das patriarchale Frauenabwehrsystem im katholischen Strafrecht

Das ist eine Frage, die man der katholischen Kirche stellen muss und die sie sich selber stellen müsste. Sie hat ihren auf dem männlichen Priestertum aufgebauten Machtapparat so abgesichert, dass sie Frauen unter Androhung schlimmster Strafen davor warnt, je die Priesterweihe anstreben zu wollen. Zwar heißt es im Kir-

chenrecht: „Die Taufe ist die Eingangspforte zu den Sakramenten“ (c. 849 CIC). Zu den Sakramenten gehört auch die Priesterweihe. Doch da wird dekretiert: „Die heilige Weihe empfängt gültig nur ein getaufter Mann“ (c. 1024 CIC). Papst Johannes Paul II. hat daraus eine definitive Lehrentscheidung gemacht, sogar verbunden mit dem Verbot, überhaupt darüber zu diskutieren (Ordinatio sacerdotalis 1994). Vielleicht ausgelöst durch diesen päpstlichen Kraftakt, entdeckten Frauen ihre Berufung, die sie vor ihrem Gewissen nicht mehr unterdrücken wollten. Am 29. Juni (Fest des Hl. Petrus und Paulus) 2002 ließen sich sieben Frauen in Österreich von einem Bischof contra legem zu katholischen Priesterinnen ordinieren unter Berufung auf Apg 5, 29: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ und auf die Handlungsweise Jesu: „Der Sabbat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Sabbat willen“ (Mk 2, 27). Prompt beschuldigte sie die Glaubenskongregation unter J. Ratzinger am 10. Juli, in schwerwiegender Weise gegen „die göttliche Verfassung der Kirche“ verstoßen und die „endgültige Lehre der Kirche“ missachtet zu haben. Noch fehlte ein Kirchengesetz, um die Priesterinnen mit der Exkommunikation zu bestrafen. Diese wurde im Januar 2003 ausgesprochen. Als es trotzdem zu weiteren Frauenordinationen in mehreren Ländern (Europa, USA, Kanada) kam, erscheint am 29. Mai 2008 ein allgemeines Dekret über „Das schwerwiegende Delikt der versuchten Priesterweihe einer Frau“. Der Weihende wie die Frau ziehen sich die Exkommunikation „*latae sententiae*“ (Tatstrafe) zu. Das Delikt erscheint in einer Reihe mit dem durch Kleriker begangenen Missbrauch an Minderjährigen. Die Strafe ereilt auch die, welche die Ordination öffentlich gutheißen (Informationen entnommen aus: Ida Raming, Römisch-katholische Priesterinnen, LIT Verlag Berlin 2013).

Wie passt der Frauenausschluss zur grenzenlosen göttlichen Barmherzigkeit?

Nun feiert die katholische Kirche schon seit dem 8. Dezember (Fest der Unbefleckten Empfängnis Mariens) das außerordentliche Heilige Jahr der Barmherzigkeit mit der Absicht, der Welt in Jesus Christus das

Antlitz der Barmherzigkeit Gottes zu zeigen. Das Motto heißt „Barmherzig wie der Vater“, Papst Franziskus schreibt ein Buch „Der Name Gottes ist Barmherzigkeit“ und predigt gerne über Gottes grenzenlose Barmherzigkeit. Am Aschermittwoch hat er 1071 Missionare der Barmherzigkeit ausgesandt. Es sind Priester, die auf Wunsch des Papstes die Menschen wieder verstärkt zu Vergebung und Versöhnung in der Beichte einladen sollen. Sie sind besonders bevollmächtigt, jene Tatstrafen aufzuheben, die nur der Heilige Stuhl aufheben kann. Seit der Erweiterung der Strafbestimmungen im Codex von 2010 zieht jeder Versuch, einer Frau das Weihesakrament zu spenden, die sofortige Exkommunikation, auch ohne ausdrückliche Verhängung wie bei der Abtreibung, nach sich. Zum Bekenntnis der Schuld und zur Umkehr ist jeder einzelne Gläubige aufgerufen, nicht aber die klerikalen Machttäger, die für das frauenausschließende System verantwortlich sind, das selbstherrlich als „göttlich“ ausgegeben wird. Wie passt der Frauenausschluss zu Gottes grenzenloser Barmherzigkeit? Wird nicht auf diese Weise Gottes Barmherzigkeit blasphemisch minimiert?

Wie widersinnig es ist, wenn die göttliche Barmherzigkeit allein durch ein Männerpriestertum sichtbar gemacht wird, zeigt das biblische Wort für Barmherzigkeit, das mit Erbarmen gleichgesetzt wird. In der hebräischen Sprache enthält es die Bedeutung „Mutterschoß“, aus dem das stärkste Mitgefühl für das Leben hervorkommt. Und dann darf es dort, wo Gottes Liebe und Barmherzigkeit gefeiert und gegenwärtig wird, keine Mutter geben, die vielleicht sogar mit ihrem Kind auf dem Arm das Liebesmahl der Eucharistie leitet, da soll es keine Beichtmutter und keine Missionarinnen der Liebe geben!

Es gibt keinen größeren Widerspruch zwischen einem System, das auf Strafe und Gehorsam basiert, und der Barmherzigkeit. Sollte das so aufwändig proklamierte Heilige Jahr der Barmherzigkeit in der Kirche zu Ende gehen ohne Versöhnung mit den katholischen Priesterinnen und ohne die angesichts des Fehlens zölibatärer Priester dringend notwendig gewordene strukturelle Öffnung des Priesteramtes für Frauen wie Männer, auch für Verheiratete, dann wäre das der Sieg des Machtapparates über die Barmherzigkeit. Und gnadenlos festge-

schrieben in den Verbots- und Strafparagrafen des Kirchenrechts und für alle Welt sichtbar im pomphaften Erscheinungsbild der kirchlichen Amtsträger bliebe die Vorrangigkeit des Mannes in der katholischen Kirche.

Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung stellt fest, dass autoritäre Systeme, die von religiösen Dogmen bestimmt werden, weltweit zunehmen. Die große Aufgabe der Integration von Flüchtlingen, die aus diktatorisch gelenkten patriarchalen Staaten kommen, wo Frauen unterdrückt werden, muss in uns die Verantwortung wachrufen, die Welt ein Stück weiter zu bringen in der Geschlechtergerechtigkeit und im Geschlechterfrieden.

Maria Hollering-Hamers

Die Frauen der Reformation

Eine Wanderausstellung erzählt aus schweren Zeiten

Lutherdekade, Reformationsjubiläum, Reformationsgedenken, Christusfest, Lutherjahr, viele Namen und Begriffe für nur ein Ereignis: 2017 ist es 500 Jahre her, dass Martin Luther (angeblich) seine 95 Thesen an die Kirchentür zu Wittenberg schlug. Selbstverständlich ist das ein Grund zum Feiern! Das finden die Lutheraner/innen. Die römisch-katholische Kirche ist sich da nicht so sicher: was soll es da zu FEIERN geben? Fakt ist aber, dass die Reformation auch die römische Kirche verändert hat und auch an ihr nicht spurlos vorbeiging. War es nicht eigentlich so, dass die Reformation ihre Wurzeln mitten im 16. Jahrhundert und mitten in der römisch-katholischen Kirche hatte - mit ihren Abweichungen von der Nachfolge Christi, mit ihren Auswüchsen in Form von bezahlten Ablässen, die die Leute, die ohnehin schon nicht viel besaßen, zwangen, ihr letztes

Geld auszugeben, um die Seelen ihrer Verstorbenen aus dem Fegefeuer frei zu kaufen, und letztlich auch Martin Luther veranlassten, seine Thesen zu formulieren und die Leute seiner Zeit zur Umkehr zu bewegen?

Wenn im Schulunterricht über die Reformationsgeschichte im Christentum gesprochen wird, lernen die Schüler die wichtigsten Namen der großen Reformatoren und ihrer Widersacher. Sie erfahren, wie Martin Luther vor dem Reichstag in Worms erscheinen musste und den berühmten Satz sagte: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders....“.

Gebildete Menschen wissen, dass er vogelfrei erklärt wurde, dass er flüchtete und sich auf der Wartburg versteckte. Sie wissen, dass er dort die Bibel aus dem Hebräischen und dem Griechischen ins Deutsche übersetzte.

Wir erinnern uns in diesem Zusammenhang, dass Geschichte fast immer nur „HIS“-Story war - die Erzählung von großen und wichtigen Männern, die Kriege führten, sich gegenseitig die Köpfe einschlugen und so die Welt veränderten. Sie machten sich einen Namen, sehr oft auf Kosten von Frauen und Kindern, von Armen und Alten. Ihre Namen sind in marmornen Wandplatten eingemeißelt, ihre Büsten und Statuen stehen auf Marktplätzen und in Kirchen. Groß und wuchtig tun sie sich hervor, auch noch hunderte Jahre nach ihrem Tod. Das Kriterium dafür ist nicht, wie gut oder großzügig sie gewesen sind, sondern wie reich und mächtig sie waren und wie viele Menschen sie unter ihre Herrschaft gezwungen hatten, wie groß und weitläufig ihre Länder und Besitztümer waren und wie viele sie noch hinzufügen konnten.

Von den Frauen ist da selten die Rede, allenfalls werden sie mal als Gattin oder Mutter erwähnt. So, als ob sie kein eigenes Leben lebten, keine eigenständigen Persönlichkeiten mit einer eigenen Geschichte gewesen wären. Es hat den Anschein, dass Frauen nichts zum Aufbau und zur Gestaltung der Gesellschaft beitrugen, dass alles, was sie dachten und taten, keinen Wert hatte und dass es nicht wichtig genug war, um für nachkommende Generationen festgehalten zu werden.

Umso spannender ist es, dass die Evangelischen Frauen in Mitteldeutschland (EFiM) die Idee hatten, sich auf die Suche nach den Frauen der Reformation zu begeben. Und sie wurden fündig, denn es gab viele Frauen, die sich für die neue Richtung im Glauben interessierten und die sich der Lehre Martin Luthers zuwandten. Da findet sich nicht nur eine Katharina von Bora, Ehefrau Luthers und erste Pfarrfrau. An der Seite von und im Schatten des großen Reformators brachte sie es zu einer gewissen „Berühmtheit“! Als „entlaufene Nonne“ wurde sie bekannt, und im beengten katholischen Milieu meiner Kindheit war das kein Kompliment, sondern ein Makel! Sie blieb keine brave und gehorsame Klosterschwester, bescheiden, unsichtbar und demütig, wie die Männer es gerne sahen. Sie fing ein neues Leben an der Seite eines berühmten Mannes an und konnte zeigen, wie vielfältig ihr Können, wie vielseitig ihre Talente waren. Bewusst haben die mittel-deutschen evangelischen Schwestern gerade diese Frau nicht in ihre Wanderausstellung mit aufgenommen. Sie ist ja schon bekannt. Sie aber suchten nach Frauen, die in den Wirren der Reformation und der weiterführenden Geschichte verschwunden waren, deren Namen niemandem mehr geläufig waren. Und auch solche wurden gefunden. Zwölf „Frauen der Reformation“ stellt die Ausstellung in den Mittelpunkt und holt sie aus der Vergessenheit der Geschichte ans heutige Tageslicht. Es sind allesamt Frauen, die im 16. Jahrhundert in Mitteldeutschland lebten und die dort die reformatorischen Gedanken verbreiteten. Aus unterschiedlichen Milieus kommen sie: aus dem Hochadel, dem einfachen Landadel, Bürgersfrauen sind dabei und natürlich auch Klosterfrauen, entlaufene Nonnen sozusagen ... Es wurde darauf geachtet, dass die vorgestellten Frauen verschiedene Wirkungskreise hatten: sie lehrten und schrieben, sie erzogen ihre Kinder und sprangen in Kriegszeiten für ihre Männer ein. Es handelt sich um mutige Frauen, die gebildet waren, die eigenständig die Bibel lasen und interpretierten, Frauen die der Meinung waren, dass Bildung ein wichtiges Gut für ALLE Menschen ist und die somit an Mädchenschulen lehrten. Diese Frauen meinten, dass jeder Mensch selber sein Leben vor Gott verantworten sollte. Das klang vor 500 Jahren sicherlich ziemlich aufrüh-

rerisch. Manche dieser Gedanken erlaubt die römische Kirche ihren Mitgliedern erst seit 50 Jahren, seit dem Ende des II. Vatikanischen Konzils.

Interessant ist die Verknüpfung von Frauengedanken damals und heute durch die Methode der „Patinen“. Frauen von heute stellen in dieser Wanderausstellung die Frauen von damals vor. Ein Zeichen dafür, dass Reformation nicht nur etwas ist, was vor 500 Jahren hier in unserem Land stattgefunden hat, sondern dass Reformation ein dynamischer Prozess ist: „Ecclesia semper reformanda“: die Kirche, die Kirchen brauchen immer und immer wieder die Erneuerung, damit sie nicht erstarren, sondern auch für heutige Menschen ihre Botschaft von Liebe, Friede und Gerechtigkeit noch entfalten können. Jede „Patin“ (und ein „Pate“) ist wieder genau so unterschiedlich in Alter, Beruf und sozialem Status wie ihre Schwestern aus dem 16. Jahrhundert. Junge Studentinnen, eine Bischöfin, eine Hausfrau und eine Professorin, eine Schriftstellerin, usw. kommen mit ihnen ins Gespräch und erzählen, was sie so interessant und erzählenswert an ihrem Leben finden. So entstand auf großen, schön und stilvoll gestalteten Roll-Ups eine lesens- und beachtenswerte HER-Story, eine spannende Frauengeschichte der Reformationszeit. Es wird aufgezeigt, wie diese Frauen sich damals eingemischt haben, wie sie Flugschriften und Briefe geschrieben haben, wie sie sich aktiv und durch eindeutige Gesten der neuen Lehre zugewandt haben. Zum Beispiel empfing Felicitas von Selmnitz, eine Beispielfrau aus dem Landadel, schon 1522 das Abendmahl unter beiderlei Gestalt aus den Händen von Thomas Müntzer. Damit machte sie schon sehr früh deutlich, auf welcher Seite sie stand, denn ihre Heimatstadt Halle konvertierte erst 20 Jahre später zur lutherischen Lehre. Die Reformationszeit war eine wirre Zeit des Umbruchs und auch der Unruhen. Menschen standen vor wichtigen Gewissensentscheidungen und dazu war es notwendig, sich ernsthaft mit der Materie auseinanderzusetzen.

Ein Beispiel von einer Frau aus dem Bürgertum ist Catarina Moosbach. Bei ihrem Namen liest man, dass sie die Ehefrau eines Sangerhäuser Superintendenten war. Sie war also eine der ersten Pfarrfrauen. Und so hat sie vielen Menschen, besonders

Frauen, Rat gegeben, sie getröstet, Almosen verteilt, weil die Frauen lieber ihren Kummer bei der Frau des Superintendenten abladen als bei dem gestrengen Herrn in seinem Amtszimmer ...! Aber schon nach 3 Jahren stirbt ihr Mann, und Catharina ist Witwe. Sie steht ohne Einkünfte und ohne Wohnung da! Sie heiratet wieder, einen wohlhabenden Geschäftsmann, leider aber einen Mann, der sie nicht liebt. In der Chronik liest man: „Der hat sie aber übel gehalten“. Catharina war also eine misshandelte Frau. Ein Thema, das es damals gab und heute noch genau so, in allen Schichten und Milieus gibt und gab es Gewalt an Frauen. Damals wurde das für völlig normal gehalten. Er war das Familienoberhaupt und ihm stand das Züchtigungsrecht zu!

Interessant sind auch die Tafeln, mit einem andersfarbigen Lay-out. Sie informieren über die Zeitthemen der Reformation, also sie bieten allgemein Wissenswertes.

Einige dieser Themen sind: Ehefrau und Mutter: das war das Ideale Frauenbild damals, das von Luther sehr propagiert wurde. Nonnen und Klöster, das Alternativmodell für Frauen, die keine Ehe eingehen wollten. Die Klöster waren Bildungsorte für Frauen und Refugien, in denen sie nicht „am laufenden Band Kinder bekommen mussten und dabei in Gefahr waren, jung im Kindbett zu sterben. Sie waren auch nicht von einem Mann abhängig“.

Erziehung und Bildung: ein besonders wichtiges reformatorisches Anliegen. Denn Luther und die Reformatoren legten großen Wert darauf, dass die Menschen lesen und schreiben konnten, damit sie die Bibel eigenständig lesen und sich selber ein Urteil bilden konnten. Auch für die Verbreitung ihrer Schriften war eine lesende Bevölkerung wichtig. Also: Bildung als Thema für alle Menschen, auch für Frauen! Das war ganz neu, bis dahin wurden höchstens die Jungen unterrichtet, und auch nur die von einem gewissen bürgerlichen Stand und aus dem Adel. Auch die Reformatoren achteten für Mädchen nur eine Stunde Unterricht am Tag für ausreichend: lesen, schreiben, rechnen und fundierte Kenntnisse des Katechismus waren genug. Sonst war es wichtig, dass die Mädchen befähigt wurden, die künftigen Aufgaben als Ehefrau und Hausmutter zu meistern.

Das „Priestertum aller Getauften“ war damals in der Reformationszeit schon ein wichtiges Thema, auch für die gebildeten Frauen. Leider wurden sie dann später wieder zurückgedrängt, eine „weibliche Einmischung“ in religiöse Dinge war nicht mehr erwünscht. Die Männer beriefen sich natürlich auf Paulus, der den Frauen gebot, in der Gemeindeversammlung zu schweigen.

Diplomatie und Krieg spielten auch eine Rolle. Die Männer zogen in den Krieg, von den Frauen wurde erwartet, dass sie ihre Männer unterstützten und zu Hause deren Aufgaben übernahmen. Es waren unruhige Umbruchzeiten, in denen viele Frauen um Haus und Hof und um das tägliche Brot zu kämpfen hatten.

Die letzte Tafel mit Allgemeinwissen erzählt vom „Alltagsbegleiter Tod“: Krankheiten, Seuchen, fehlende Hygiene, Mangelernährung, Armut, Missernten, fehlende medizinische Kenntnisse konnten jederzeit zu einem frühen Tod führen. Verständlicherweise wurden die Menschen damals nicht alt. Die meisten starben schon zwischen 30 und 40 Jahren. Besonders die Frauen waren durch häufige Schwangerschaften bedroht. Und viele kleine Kinder starben als Baby oder vor ihrem 5. Lebensjahr. Witwen hatten ein schweres Los: sie hatten ihren Ernährer verloren, und damit sank meistens auch ihr sozialer Status. Sie waren von Armut bedroht und wurden verachtet. Deshalb bemühten sich junge Witwen um eine schnelle Wiederverheiratung.

Für uns in Oberfranken war es eine Besonderheit, dass die Ausstellung aus Mitteldeutschland zum ersten Mal in unserer Region gezeigt wurde.

Als ich beim Evangelischen Kirchentag in Hamburg 2013, die Ausstellung „Frauen der Reformation“ kennen lernte, kam mir schon bald der Gedanke, dass auch eine Frau wie Caritas Pirckheimer eine „Frau der Reformation“ war und dass sie doch eigentlich auch dazu gehören könnte.

Und als dann deutlich wurde, dass diese Ausstellung auch zu uns nach Lichtenfels kommen würde, ließ mich dieser Gedanke nicht los. Als Frauenbundsfrau (langjähriges Mitglied im Katholischen Deutschen Frauenbund) war ich ja des öfteren im Caritas Pirckheimer-Haus in Nürnberg, auch in der Klarakirche und am Grab der

Caritas. Ich kannte ihre Geschichte und sie hat mich fasziniert: eine intelligente und gebildete Frau, eine Klosterfrau, die offen war für so manchen reformatorischen Gedanken: nach ihrer Meinung war Bildung ein wichtiges Gut für alle Menschen. Heute wissen wir, wie wahr das ist. Vor 500 Jahren waren das eher rebellische Ideen. Nur Jungen und Männer von einem gewissen Stand empfangen Bildung. Frauen und Mädchen aber kaum. Nicht umsonst war Barbara Pirckheimer aus Eichstätt ins Kloster gegangen: einen Ort der Bildung für Frauen. Als Äbtissin hatte sie die Möglichkeit, mit den gebildeten Männern ihrer Zeit in Kontakt, ja ins Gespräch zu kommen. Sie lebte in einem unruhigen Jahrhundert, in einer Zeit des Umbruchs. Menschen mussten sich entscheiden: wollten sie ihren alten, vertrauten Glauben bewahren? Oder konnten sie sich auf die neuen Gedanken, auf eine neue Lehre einlassen. Caritas machte es sich nicht einfach. Sie dachte nach, studierte eigenständig die Bibel und war der Meinung, dass jeder Mensch Gott gegenüber selber für sein Leben verantwortlich ist. Die Äbtissin Caritas hatte auch mehrmals Kontakt zu Philipp Melanchthon, einem der engsten Mitarbeiter Martin Luthers. Es kam dann sogar zu einem längeren Gespräch zwischen den beiden. Danach schreibt Caritas, dass man über vieles gesprochen hätte und dass sie sich in allem einig waren. Nur ein Punkt blieb kontrovers zwischen ihnen: Caritas und ihre Klaraschwester wollten ihr klösterliches Leben nicht aufgeben, wie die reformatorische Lehre es von den Frauen verlangte. Der Nürnberger Stadtrat hob sogar ihr Kloster auf. Durch die Gespräche mit Melanchthon erreichte Caritas Pirckheimer aber, dass sie und ihre Mitschwester bis zu ihrem Tod in ihrem Kloster bleiben konnten.

Ich suche oft in der Geschichte nach Mutmachenden Vorbildfrauen, nicht um nachzuzahlen, was sie getan haben, sondern eher um mich von ihnen inspirieren und ermutigen zu lassen. So eine Frau ist Caritas Pirckheimer für mich! Deshalb möchte ich mich bei den Evangelischen Frauen in Mitteldeutschland sehr herzlich bedanken. Sie haben durch ihre Initiative der Reformation ein auch weibliches Gesicht gegeben und ließen es großzügig geschehen, dass ihre Wanderausstellung um eine dreizehnte

Frau ergänzt wurde, um die Nürnberger Äbtissin Caritas Pirckheimer.

Sie ist für mich eine große Vorreiterin der Ökumene, intelligent und klug, eine Frau, die ihren eigenen Weg ging, die ihre Meinung vertrat und die ihre Argumente überzeugend vorbrachte. So erreichte sie ihr Ziel und blieb was sie war: eine katholische Nonne. Sie kämpfte für sich und für ihre Mitschwestern um Freiheit, um die Freiheit, die Lebensform beizubehalten, für die sie sich einmal entschieden hatten. Deshalb finde ich, dass das Zitat aus dem 2. Korintherbrief, das ich auch auf dem neuen Roll-Up habe anbringen lassen, sehr gut zu ihrem Leben und Handeln passt:

„Gott ist Geistkraft. Und wo die Geistkraft Gottes ist, da ist Freiheit!“

Horst Hohmann

Raffinierte Verpackung

Millionen von Schaulustigen pilgerten im Frühjahr 1995 zum Berliner Reichstag, um das größte „Verhüllungswerk aller Zeiten“ zu besichtigen. Alle wollten beim Anblick des sorgfältig verpackten Parlaments natürlich wissen, was sich der weltbekannte rumänische Aktionskünstler Christo bei seiner „aufwändigen Spielerei“ wohl gedacht haben könnte?!

Mit Sicherheit wollte er uns auf ein paar naheliegende Fragen bringen: Was passiert eigentlich hinter den Kulissen des „Hohen Hauses“, wenn die Bühnenscheinwerfer erloschen sind? Wo wird über politische Seilschaften verhandelt? Durch welche Eingänge werden die Interessenvertreter der Wirtschaft und des Bankenwesens in die Fraktionsräume gebeten? Wie unabhängig ist eine Untersuchungskommission, die über Waffen-Deals der Regierung aufklären soll? Wie souverän sind unsere Volkvertreter? Wo werden die Belohnungen für „ausgeliehene Stimmen“ abgeholt? Wo steht geschrieben, dass unter Politikern „keine Krähe der anderen ein Auge aushacken“

darf? Und wie ist´s ganz generell um die „Transparenz“ des politischen Geschäfts bestellt?

Und während wir beginnen, plausible Antworten auf die vorliegenden Fragen zu formulieren, könnten wir vorab schon mal freimütig bekennen, dass wir ja alle weiß Gott keine Unschuldslämmer sind. Dass wir es alle faustdick hinter den Ohren haben und es immer wieder bestens verstehen, unsere wahren Absichten zu verschleiern.

Eingedenk des in der Werbung geltenden ehernen Gesetzes, dass eine raffinierte Verpackung die „halbe Miete“ ist und dem Kunden suggeriert, dass auch die Inhalte vom Besten sind, haben wir aus der „Hülle“ längst einen „Kultgegenstand“ gemacht – wenn wir zum Beispiel unsere lieben Mitmenschen mit schönen Worten hinter das Licht führen. Wenn wir uns auf Kosten von Arbeitskollegen mit unlauteren Mitteln in Szene setzen. Wenn wir Interesse heucheln, weil wir unsere Ruhe haben möchten. Wenn wir mit unseren „Kleidern“ den Eindruck erwecken, dass wir einer gehobenen Schicht angehören, über ein dickes Bankkonto verfügen und auf Grund dessen über „beste Beziehungen“ zu einflussreichen Kreisen in Gesellschaft und Kirche!

Wer hat beim „Auspacken“ dann aber nicht schon einen „Offenbarungseid“ leisten müssen, weil der Inhalt nicht hält, was die Hülle verspricht, und wir mit unserer „Mogelpackung“ sozusagen in flagranti erwischte wurden, als wir mit unseren Lügengeschichten auf „Kundenfang“ waren und glaubten, mit ein paar leeren Versprechen bei den nächsten Wahlen punkten zu können?!

„Mogelpackungen“ werden uns übrigens heutzutage in jeder erdenklichen Größe, in jeder erdenklichen Form und leider auch unter fast allen erdenklichen Umständen „angedreht“:

Man verkauft todkranken Menschen Medizin, die keine ist. Man verscherbelt Grundstücke mit gefälschten Besitzurkunden. Man bietet indigenen Völkern „Schutzverträge“ an, um in ihren Reservaten ungestört nach Gold schürfen zu können. Man tritt mit Treueschwüren an den Altar, will aber in Wahrheit nur die drohende Abschiebung aus Deutschland verhindern. Man lässt sich vom Internationalen Wäh-

rungsfond (IWF) zu einer Kreditvereinbarung überreden, merkt aber erst später, dass man einen Knebelvertrag unterschrieben hat. Man akzeptiert hübsch verpackte Wahlgeschenke, merkt aber schon bald man auf raffinierte Verbrecher reingefallen ist.

Natürlich haben wir nicht vergessen, wie uns vor dem Ersten (1990-1991 mit den sodann folgenden jahrelangen Wirtschafts-sanktionen) und dem Zweiten Irak-Krieg (2003-2011) oder auch vor dem sogenannten Kosovo-Krieg (1998-1999 „Als die Menschenrechte schießen lernten“) unter Mithilfe renommierter PR-Agenturen (wie z.B. „Hill & Knowlton“) unverschämte Lügen aufgetischt wurden, um die Waffengänge inhaltlich zu rechtfertigen.

Fast jedesmal wenn uns Politiker in den vergangenen Jahrzehnten die weltweit angeordneten militärischen Interventionen als „Humanitäre Einsätze“ verkauft, haben sie ihre wahren, macht-strategischen Absichten verschleiert. Sie unterscheiden sich dabei nicht von den deklarierten „Ordnungshütern“ in der katholischen Kirche, welche uns seit ewigen Zeiten glauben machen wollen, dass bei ihrem harten Durchgreifen gegen „Glaubensfeinde“ angebliche „Menschenrechtsverletzungen“ unvermeidlich seien, weil ja die Rechte „einfacher Christen“ geschützt werden müssten.

Es ist darum immer gut, auf der Hut zu sein. Daran werden wir uns bei „imprimatur“ auch künftig halten und mit kritischen Analysen überprüfen, ob der Inhalt hält, was die „Hülle“ verspricht.

Genaugenommen hätte es der kostspieligen „Verhüllungskünste“ von Christo nicht bedurft. Würden wir nämlich die beiden häufigen Alltags-Warnungen - „Täusch dich nicht!“ und „Lass dich nicht täuschen!“ – etwas ernster nehmen, tappten wir vermutlich nicht mehr ganz so oft in die Fallen von Abzockern und Schwindlern.

nach der Wahl, dass man sich zum Komplizen eines korrupten Politikers gemacht hat. Man kauft ein Bündel von Wertpapieren und erfährt noch vor Jahresfrist, dass

Theo Mechtenberg

Streit in der polnischen Kirche um eine Inthronisation Jesu Christi

Am 19. November, am Vorabend des Christkönigsfestes und zum Ausklang des Jahrs der Barmherzigkeit sowie im Rahmen der Festlichkeiten zum 1050. Jubiläum der „Taufe Polens“, werden Polens Bischöfe im Krakauer Sanktuarium der Göttlichen Barmherzigkeit in einem feierlichen Akt die Inthronisation Jesu Christi verkünden. Was auf den ersten Blick wie eine theologisch etwas merkwürdige paraliturgische Handlung anmutet, erweist sich bei näherem Hinsehen als ein Vorgang von höchster Brisanz.

Jesus Christus – König Polens?

2006, zu einem Zeitpunkt, als Jarosław Kaczyński von der nationalkonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, stellte eine Gruppe von 43 national-katholischen Sejmabgeordneten den Antrag, durch einen Parlamentsbeschluss Jesus Christus zum König Polens auszurufen. Zur Begründung berief sie sich auf die „Taufe Polens“ im Jahr 966, wodurch Land und Leute „der Herrschaft Christi unterworfen“ und Polen zu einem „christlichen Staat“ geworden sei. Somit sei die „Identität“ der polnischen Nation „unlösbar mit dem katholischen Glauben verbunden.“¹

¹ Marek Zając, Jezus nie chce być władzą (Jesus will kein Herrscher sein), Tygodnik Powszechny v. 31. Dezember 2006.



Diese Initiative fand jedoch keine Mehrheit. Abgesehen von seiner theologischen Fragwürdigkeit und seiner mit einem pluralistischen Demokratieverständnis unvereinbaren Nähe zur Vorstellung eines katholischen Bekenntnisstaates, stellte dieser Vorstoß eine Kompetenzüberschreitung und Einmischung in die kirchliche Zuständigkeit dar. Er stieß daher nicht nur auf den Widerstand breiter, liberal gesinnter gesellschaftlicher Kreise, sondern gleichfalls auf den Widerspruch von Bischöfen – wofür diese sich den Vorwurf einhandelten, den katholischen Glauben und die nationale Tradition zu verraten. Durch Demonstrationen sowie durch Sammlung von Unterschriften versuchten dennoch Befürworter dieser Initiative außerparlamentarisch, ihrem Anliegen Gewicht zu verleihen – eine Bemühung, die bis heute anhält. Wenngleich es damals nicht zu der geforderten Inthronisation kam, so trugen und tragen doch diese Aktivitäten zu einer verschärften Polarisierung in Gesellschaft und Kirche bei.

Berufung auf die Privatoffenbarung einer Mystikerin

Grundlage der verlangten Inthronisation bilden die Privatoffenbarungen der Mystikerin Rozalia Celakówna (1901–1944), deren Seligsprechungsprozess unlängst auf diözesaner Ebene zum Abschluss kam, ohne dass dieser Akt eine kirchliche Anerkennung ihrer Privatoffenbarungen einschließen würde, von denen sie ihrem Beichtvater in den Jahren vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wiederholt berichtet hat. In ihnen heißt es – wohl unter dem Eindruck des 1925 eingeführten Christkönigsfestes - Jesus habe ihr die Mission seiner Inthronisation als König aller Völker, beginnend mit Polen, anvertraut. Diese sei für die gesamte Nation gemeinsam von Staat und Kirche zu vollziehen. Nur so könne Polen vor einem nahenden Krieg gerettet werden; anderenfalls drohe ein göttliches Strafgericht, weil Staat und Kirche es versäumt hätten, durch eine Inthronisation Christi einen Weltkrieg mit seinen verheerenden Folgen für Polen und die Welt abzuwehren.

Bildung einer Arbeitsgruppe zu den gesellschaftlichen Aspekten

einer Inthronisation Jesu Christi als König Polens

Was vor dem Zweiten Weltkrieg versäumt worden war, das wollten jene 43 national-katholischen Sejmabgeordneten 2006 mit ihrem Antrag, Jesus Christus als König Polens auszurufen, nunmehr nachholen. Die Bischofskonferenz reagierte auf diese Initiative mit der Bildung einer Arbeitsgruppe, die sich mit den gesellschaftlichen Aspekten der geforderten Inthronisation befassen sollte. Den Vorsitz übernahm bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2013 der Breslauer Erzbischof Marian Gołębiewski.

Dass es die vorrangige Aufgabe dieser Arbeitsgruppe sein sollte, die gesellschaftlichen Auswirkungen einer etwaigen Inthronisation zu untersuchen und zu beurteilen, erklärt sich aus der berechtigten Sorge ihrer politischen Instrumentalisierung. Würde man Jesus Christus zum König Polens ausrufen, so die Vermutung, dann sei es naheliegend, christlichen Werten und Wertvorstellungen Gesetzeskraft zu verleihen, wie dies in der Vergangenheit von national-katholischen Politikern im Einklang mit dem Episkopat versucht worden war, doch dies letztlich zum Schaden der Kirche.

Zur Erinnerung: Polens Kirche, die zu kommunistischen Zeiten als Sprecherin der Nation in hohem Ansehen stand, erlitt nach der politischen Wende 1989/90 in wenigen Jahren einen beachtlichen Autoritätsverlust. Durch die Art und Weise, wie sie damals an den politischen Instanzen vorbei die Einführung eines schulischen Religionsunterrichts betrieb, in der Abtreibungsfrage kompromisslos Stellung bezog, in den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen öffentlich Partei ergriff und sich für die Aufnahme „christlicher Werte“ in Gesetzestexten aussprach, setzte sich Polens Kirche dem Verdacht aus, einen katholischen Bekenntnisstaat anzustreben – und provozierte damit eine lange währende gesellschaftspolitische Polarisierung sowie einen innerkirchlichen Konflikt.

Diese von Polens Kirche im Verhältnis zum nunmehr demokratischen Staat und zu einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft verfolgte Strategie hat sich für sie nicht ausgezahlt; dieser Weg mündete in eine Sackgasse. Polens Hierarchie musste

erleben, dass ihr die ihrer Meinung nach katholische Gesellschaft in ihrer Mehrheit auf dem eingeschlagenen Weg nicht folgte. Sie selbst wurde nun zum Gegenstand, aber auch zum Akteur öffentlicher Polemik und geriet im Zuge ihrer Politisierung wiederholt in die Gefahr einer politisch bedingten tief greifenden Spaltung.

Mit der Bildung der Arbeitsgruppe wollte Polens Kirchenführung offenbar einer erneuten Gefahr ihrer Politisierung und inneren Spaltung zuvorkommen. Aufgabe der Arbeitsgruppe sollte es sein, zu den Befürwortern einer Inthronisation Kontakt aufzunehmen und sie von ihrer Idee abzubringen. Dabei war man bemüht zu verdeutlichen, dass der Seligsprechungsprozess der Mystikerin Rozalia Celakowna keine kirchliche Anerkennung ihrer Privatoffenbarungen besagt. Zudem müsse der historische Kontext berücksichtigt werden, der auf die gegenwärtige gesellschaftspolitische Situation nicht einfach übertragbar sei, was einer Relativierung jener Aussagen gleichkomme. Im Übrigen begehe ja die Kirche längst das Christkönigsfest, so dass für eine Inthronisation kein Anlass bestehe. Doch die seitens der Arbeitsgruppe vorgebrachten Argumente überzeugten die Anhänger einer speziellen Inthronisation nicht. Im Gegenteil: Erzbischof Gołębiewski bekam mit zahlreichen Protestbriefen deren Unmut zu spüren, und die Inthronisationsbewegung breitete sich weiter aus.

Die Inthronisation Jesus Christi – Rettung vor einer drohenden Apokalypse

Die Befürworter einer Inthronisation verbreiten unter Berufung auf die Privatoffenbarungen von Rozalia Celakówna ein Angst erregendes endzeitliches Szenarium, bei dem bezüglich der Vergangenheit neben Faschismus und Kommunismus für die Jetztzeit „Liberalismus“ und „Globalisierung“ als apokalyptische Reiter auftreten. Und auch die Flugzeugkatastrophe vom 10. April, bei der knapp hundert hochrangige polnische Persönlichkeiten, unter ihnen Präsident Lech Kaczyński, ums Leben kamen, spielt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle; sie sei ein warnendes Signal, Polen durch die Inthronisation vor neuem Unheil zu bewahren.

Inzwischen haben sich in Polen verschiedene Gruppierungen gebildet, deren Ziel es ist, die in den Privatoffenbarungen von Rozalia Celakówna enthaltene Forderung nach einer Inthronisation Jesu Christi als König Polens in die Tat umzusetzen. Eine besondere Betrachtung verdienen in diesem Kontext die Aktivitäten des Priesters und habilitierten Theologen Piotr Natanek. Er unterhält ein eigenes religiöses Zentrum. Wer möchte, kann sich seine zahlreichen Predigten und Aufrufe in deutscher Synchronisation im Internet anhören. Sie haben gleichfalls einen starken endzeitlichen, apokalyptischen Charakter. So sieht Natanek beispielsweise in den USA, dem westlichen Europa und dem reichen Japan das Babylon der Apokalypse unserer Tage verwirklicht. Die dunklen Mächte würden „triumphieren“, und es werde „eine große Strafe geben“, so dass „nur wenige treu bleiben.“ Dennoch sei „die Rettung unserer Zivilisation möglich“, wenn wir uns bekehren und dem Auftrag entsprechen, Jesus Christus als König Polens und der Welt zu inthronisieren.

2010 richtete Natanek einen „Offenen Brief an die polnischen Bischöfe, an den Präsidenten sowie an den Premier“, in dem er die Inthronisation einforderte und neben einer umfassenden Bekehrung den Vorrang des göttlichen Rechts gegenüber staatlicher Gesetzgebung verlangte – was praktisch bedeuten würde, mühsam erreichte politische Kompromisse, wie etwa in der Abtreibungsfrage, aufzukündigen und eine erneute Polarisierung der keineswegs durchgängig katholischen Gesellschaft Polens in Kauf zu nehmen.

2009 sah sich Kardinal Stanisław Dziwisz, Nataneks Ordinarius, veranlasst, eine Kommission einzuberufen, um dessen Aussagen und Aktivitäten auf ihre Rechtgläubigkeit zu überprüfen. Diese kam zu einer negativen Einschätzung der Tätigkeit von Natanek, woraufhin ihm der Kardinal jede weitere Aktivität in dessen religiösem Zentrum untersagte. Als Natanek diesem Verbot nicht nachkam und den Kardinal zudem der Freimaurerei beschuldigte, wurde er 2011 suspendiert.

Natanek hat in seinem in den Beskiden gelegenen Zentrum weiterhin großen Zulauf. In besonderer Treue zu ihm steht die von ihm gegründete „Ritterschaft“. Ihre Mit-

glieder, Männer wie Frauen, sind an ihrer roten Umwandlung mit Kreuz und Jesusbild sowie mit dem Abbild des weißen Adlers als Zeichen ihres Patriotismus zu erkennen. Zu den Verpflichtungen dieser „Ritter“ zählen das tägliche Gebet um die Inthronisation sowie die wöchentliche Begehung des Kreuzweges. Sie grüßen einander mit „Herrsche über uns, Christus“ und der Erwidern „Immer und überall“. Über 3000 solcher „Ritter“ soll es bereits geben, davon auch etliche im Ausland. In einem Brief zur feierlichen Einkleidung von „Rittern“ aus dem Jahr 2010 äußerte sich Nataneck wie folgt: „Die Inthronisation ist eine politische, soziale und ökonomische Revolution. Sie ist eine totale Erneuerung in Jesus Christus sowie die Unterwerfung unter ihn als König sowie unter sein Gesetz gemäß Gottes Plänen.“

Nataneck schwört seine „Ritter“ auf Leid und Verfolgung ein. Am Christkönigsfest, dem Tag ihres Treueschwurs, rief er seine „Ritter“ dazu auf, „sich von Gott in einen Krieg gegen die ganze Welt führen“ zu lassen. Einen ersten „Märtyrer“ habe die „Ritterschaft“ bereits, einen der Ihren, der vom Ortspfarrer der Kirche verwiesen wurde, dadurch einen Herzinfarkt erlitt und verstarb.

Natanecks „Ritter“ erregen in der Öffentlichkeit durch Manifestationen und Märsche immer wieder Aufmerksamkeit. So etwa 2011 beim Deutschlandbesuch von Papst Benedikt XVI., als ihn eine größere Gruppe von Polen in ihren roten Umhängen vor den Toren des Berliner Olympiastadions erwartete und bei seinem Eintreffen laut rief, Johannes Paul II. habe die Kirche verraten, weil er sich weigerte, Christus als König Polens zu inthronisieren.

Hirtenbrief des polnischen Episkopats „zur Königsherrschaft Jesu Christi“

Als Reaktion auf die zunehmenden Bemühungen national-katholischer Gruppierungen innerhalb der Kirche, eine Inthronisation Jesu Christi als König Polens zu erzwingen, erließ der Episkopat zum Christkönigsfest 2012 einen Hirtenbrief. Einleitend bemängelt er, dass es „leider von Beginn an an einem tiefen Verständnis der königlichen Würde Christi mangelt“. Ange-

sichts der mit einer Inthronisation verbundenen Gefahr einer politischen Instrumentalisierung des Königtums Christi verweisen die Bischöfe auf den Versuch der Israeliten, Jesus nach der Brotvermehrung in ihre Gewalt zu bringen und zum König zu machen – ein Versuch, dem Jesus sich entzog (Joh 6, 14f.). Zudem berufen sie sich auf die Aussage Jesu vor Pilatus „mein Reich ist nicht von dieser Welt“ (Joh 18,36). Nach einer ausführlichen Darlegung der alttestamentlichen und neutestamentlichen Grundlagen der Königsherrschaft Gottes und des von Jesus verkündeten Reiches Gottes endet der Brief mit „pastoralen Schlussfolgerungen“: „Seit dem Moment der Ankunft Christi verwirklicht sich in der Welt das Reich Gottes. Dieses hat nichts gemein mit irgendwelchen Formen menschlicher Herrschaft in der Welt. [...] Zu denken, es genüge, Christus als den König Polens auszurufen, und alles wendet sich zum Besseren, muss man für das Verständnis und die Verwirklichung der Erlösung Christi in der Welt für illusorisch, ja geradezu für schädlich erachten.“ [...]

Die Bischöfe betonen, dass es vielmehr darauf ankomme, Jesus in seiner Liebe nachzufolgen und „denen Gehorsam zu leisten, die er als Hirten eingesetzt hat.“ Und sie bekräftigen nochmals ihre negative Einstellung zu einer speziellen Inthronisation: „Es ist somit nicht erforderlich, Christus als König auszurufen, ihn zu inthronisieren.“ Deutlicher lässt sich wohl kaum ihre Ablehnung formulieren.

Kurswechsel des Episkopats

Polens Bischöfe sind nicht dafür bekannt, einmal getroffene Entscheidungen wieder rückgängig zu machen. Im Falle der Inthronisation taten sie es. Dass sie es taten, dafür musste es triftige Gründe geben. So verweist der Opperener Bischof Andrzej Czaja auf die erwähnte Aktion der „Ritter“ vor den Toren des Berliner Olympiastadions. Ihm sei dadurch klar geworden, dass die Inthronisations-Bewegung der Kirche zu entgleiten drohe, so dass er sich entschlossen habe, den Dialog mit ihren verschiedenen Gruppierungen zu suchen. Andernfalls würde man in große Schwierigkeiten geraten.

Dem erklärten Ziel, über die sich ausbreitende Inthronisations-Bewegung die Kon-

trolle zu gewinnen, diente die 2013 vorgenommene Neufassung der Arbeitsgruppe. In ihrem Titel wurde ihre Ausrichtung auf die gesellschaftlichen Aspekte einer Inthronisation gestrichen. Den Vorsitz übernahm Bischof Czaja. Zu ihren Mitgliedern zählen weitere Bischöfe, in der Mehrzahl solche, in deren Bistümern die Inthronisations-Bewegung aktiv ist. Einige von ihnen – wie Erzbischof Andrzej Dzięga – stehen einer Inthronisation durchaus positiv gegenüber. So hatte der Bürgermeister der zur Diözese von Erzbischof Dzięga gehörenden Ortschaft Goleniów einen feierlichen Akt der Inthronisation vollzogen und „Stadt und Gemeinde Jesus Christus, dem König des Weltalls“ anvertraut. Während sich der Stadtrat jeder Stellungnahme enthielt, protestierte die lokale Opposition und sah in dieser Handlung eine Überschreitung der Amtskompetenz des Bürgermeisters. Erzbischof Dzięga stellte sich seinerseits ausdrücklich hinter ihn: „Er hat das Recht, seinen Glauben auch in Verbindung mit dem zu bekennen, wofür er täglich lebt, was er täglich wirkt und was er täglich verantwortet.“

Letztlich dürfte es Polens Kirche durch ihr Entgegenkommen darum gehen, ein drohendes Schisma abzuwenden, das ja im Kern bereits durch Nataneks Aktivitäten besteht. So pflegt denn besagte Arbeitsgruppe einen engen Kontakt mit sieben unterschiedlichen Inthronisations-Bewegungen, nicht aber mit Natanek und seinen „Rittern“. In diesem Rahmen fand im Oktober 2015 im Paulinerkloster auf der Jasna Góra ein gemeinsames Symposium statt, auf dem die Vertreter der Inthronisations-Bewegung ihren Standpunkt darlegen konnten. Zur Eröffnung verlas einer ihrer Vertreter einen vorbereiteten Text, in dem es u. a. heißt: „Wenn der Mensch vergisst, wer der Gesetzgeber ist, dann beginnt er, Gottes Gesetze auszuhebeln und sie durch eigene zu ersetzen. Wir leben in Zeiten der Demokratie, in der man meint, dass der Mensch Gesetzgeber ist, dass der Mensch das Recht besitzt, Gottes Gesetze zu verändern. Das ist nichts anderes als ein Ausdruck von Auflehnung und Kampf gegen Gott, eine Auflehnung, die sich ständig ereignet und in unseren Zeiten ein entsetzliches Ausmaß angenommen hat, ein globales Handeln des massenhaft Bösen, das sämtliche christli-

chen Werte vernichtet.“² Diese Aussagen, die im Kern auf eine Überprüfung des Verhältnisses von Kirche und Demokratie zielen und zu einer Neuauflage der gesellschaftspolitischen wie innerkirchlichen Auseinandersetzungen der 1990er Jahre führen könnten, wurden von den Vertretern der Inthronisations-Bewegung mit Beifall bedacht.

Angesichts der Einstellung und der Aktivitäten der Inthronisations-Bewegung fragt man sich, ob und wie ein Kompromiss zwischen ihr und der Auffassung des Episkopats möglich ist. Polens Bischöfe zeigen sich zwar bereit zu einem speziellen Akt der Inthronisation Jesu Christi, nicht aber zu seiner Ausrufung als König Polens. Sie möchten unter allen Umständen eine politische Deutung und Instrumentalisierung des geplanten Aktes vermeiden. Man wird gespannt sein dürfen, ob der Versuch gelingt, mit der Inthronisation in Wahrung einer goldenen Mitte einerseits den Anspruch auf einen katholischen Bekenntnisstaat zu vermeiden, andererseits gegen die Auffassung von einem laizistischen, die Religion in die Privatsphäre verbannenden Staatswesens auf der gesellschaftlichen Relevanz der christlichen Botschaft zu bestehen. Man wird gespannt sein dürfen, ob sich die Vertreter der Inthronisations-Bewegung mit diesem Entgegenkommen des Episkopats zufrieden geben oder ob der Streit um die Inthronisation nach vollzogenem Akt weiter geht.

² Artur Sporniak, Pprzesłuchanie w sprawie Chrystusa króla (Anhörung in der Sache Christus König), Tygodnik Powszechny v. 7./14. Februar 2015, S. 31-33. Der Artikel von A. Sporniak bildet in weiten Teilen die Grundlage meiner Ausführungen.

Claude Pantaleoni

Luxemburg: Neues Fach an Stelle des Religionsunterrichtes

Einbruch der ideologischen Wirklichkeit

Im Februar hat das Erziehungsministerium den Rahmenlehrplan des neuen Faches "Leben und Gesellschaft / Vie et société" ins Internet gesetzt. Er soll, ab September 2016, die Lehrpläne des Religionsunterrichts und der Laienmoral in den postprimären Schulen Luxemburgs ersetzen und zu einer «laïcité à la luxembourgeoise» führen. Ob dies genauso für die katholischen Privatschulen gilt, ist im Moment noch nicht sicher. Als Religionslehrer will ich das Zustandekommen und den Inhalt dieses Lehrplans kritisch hinterfragen und aufzeigen, wieso er keine Alternative zu den bisherigen zwei Fächern darstellt. In Nummer 2 (2015) von imprimatur hatte ich versucht aufzuzeigen, wieso der Luxemburger Erzbischof Jean-Claude Hollerich, mit der Unterschrift der neuen Konvention, falsch gehandelt hat, den Religionsunterricht in der schulischen Bildung fallen zu lassen.

Die frühere sozialistische Erziehungsministerin Mady Delvaux-Stehres hatte im Jahre 2012 eine Arbeitsgruppe (AG) bilden lassen, bestehend aus vier Religionslehrern (den beiden Präsidenten der Programmkommissionen des klassischen und technischen Gymnasiums sowie zwei weiteren Religionslehrern) und vier Vertretern des Fachs Laienmoral, die nach denselben Kriterien wie die Religionslehrer ausgewählt wurden. Diese AG sollte ein Pilotprojekt ausarbeiten, das an einem Gymnasium ausprobiert werden sollte und das später, falls es sich als erfolgreich herausstellen würde, auf die anderen Gymnasien übertragen worden wäre.

Vor den Neuwahlen vom Herbst 2013 konnte ein vorläufiges Fazit jener AG auf-

gestellt werden. Die Lehrer beider Fächer konnten sich nur auf zwei Drittel der Themen einigen. Nicht konsensfähig waren vor allem Glaubensfragen, die Thematisierung des jüdisch-christlichen Glaubens und dessen religiös-historische Verwirklichungen in Vergangenheit und Gegenwart.

Das Zürcher Vorbild ist anders

Die jetzige Regierung und ihr Erziehungsminister Claude Meisch haben die Schlussfolgerungen dieser AG nicht weiter berücksichtigt, ihr aber den Auftrag erteilt, einen Rahmenlehrplan für einen neutralen Wertunterricht auszuarbeiten. Als von allen Seiten kritisiert wurde, dass der neutrale Staat nicht das Recht habe, Werte zu lehren, wurde das Fach in "Leben und Gesellschaft" umbenannt. Der deutsche Experte, Herr Oetkers, der für den Kanton Zürich den Rahmenlehrplan für das Einheitsfach "Religion und Kultur" erstellt hat, sollte Expertenhilfe leisten, um dieses Ziel zu erreichen. Er selbst hatte in einer öffentlichen Konferenz in Luxemburg (23. März 2015) auf die Wichtigkeit der Religionen in einem solchen Fach hingewiesen. In Luxemburg sollte er jetzt eine laizistische Variante des Zürcher Rahmenlehrplans aufstellen. In diesem geht es nämlich um das multireligiöse Zusammenleben im Zürcher Kanton. Die Basis des Lehrplanes ist religionswissenschaftlich fundiert und sieht für alle Schüler das Kennenlernen der verschiedenen Religionen und Weltanschauungen in einem gemeinsamen Fach vor. Das Fach wird von den anerkannten Religionsgemeinschaften des Kantons als allgemein bildendes Fach mitgetragen. Die Vertreter dieser Religionsgemeinschaften haben im Auftrag der bildungsrätlichen Kommission «Religion und Kultur» bedeutende sachliche Inhalte der Religionen formuliert, die dem Unterricht aus Sicht der jeweiligen Religionsgemeinschaften als didaktisches Lehrmaterial zugrunde liegen sollen.³ Genau das Gegenteil verlangt aber die Zielsetzung des Luxemburger Erziehungsministeriums in Bezug auf das Fach «Leben und Gesellschaft». Hier sollen die

³ Siehe Lehrplanbroschüre «Religion und Kultur» in: http://www.vsa.zh.ch/internet/bildungsdirektion/vsa/de/schulbetrieb_und_unterricht/lehrplaene.html Sowie: http://www.primarschule-bonstetten.ch/dl.php/de/Ocv94-2ilpfl/VSA_Elterninfo_Religion_und_Kultur.pdf

Religionen und die religiöse Wirklichkeit aus allen schulischen Programmen ausgeschlossen werden und nur Inhalte, die sich auf die materielle Welt beziehen, gelehrt werden. Man muss sich die Frage stellen, warum das Erziehungsministerium gerade auf das Zürcher Modell zurückgreift, wenn es darum geht, das Zürcher Fach «Religion und Kultur» ganz seines Inhalts zu entledigen. Es hätte besser getan, sich vom Zürcher Modell inspirieren zu lassen, anstatt es mit Hilfe des Experten Herrn Oetker total zu zweckentfremden.

Seit Februar 2016 liegt nun ein Rahmenlehrplan von «Leben und Gesellschaft» der Öffentlichkeit vor. Allerdings ist es nicht der Lehrplan, den die AG erarbeitet hat. Als dieser der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollte, wurde er im letzten Moment vom Erziehungsministerium durch den jetzt erschienenen ersetzt. Eine unehrliche Handlung, um ein Fach vorzustellen und zu fördern, das das gute Zusammenleben in Luxemburg thematisieren soll.

Ideologische Hexenjagd

Hauptaufgabe und -zweck des neuen Faches soll darin bestehen, “das Zusammenleben und den Zusammenhalt in einer multikulturellen Gesellschaft (zu) stärken”; so wird immer wieder als Leitmotiv in den einführenden Kapiteln betont. Ohne Zweifel ist dies ein richtiges und nobles Anliegen für unsere Luxemburger Schule, aber gleichzeitig eine riesige pädagogische Überforderung für ein einstündiges Wochenfach in der Oberstufe und ein zweistündiges in der Unterstufe. Die Wochenstundenzahl zeigt bereits, dass es um einen rein ideologischen Eingriff in den Fächerkanon unseres schulischen Bildungsangebots geht.

Dabei fehlt jede bildungstheoretische Argumentation für die Begründung des neuen Faches, genau wie dies für die Abschaffung der zwei bestehenden Fächer der Fall ist. Ideologisch ist auch die Behauptung, dass der Blick auf andere Bildungssysteme im Ausland zeige, dass zahlreiche Lehrpläne “das soziale Zusammenleben im Unterricht an öffentlichen Schulen in einem eigenen Fach thematisieren”. Die Erziehungsministerien aller Nachbarländer Luxemburgs,

Frankreich⁴ ausgenommen, erlauben den Schülern, zwischen dem Unterricht der großen Konfessionen und Religionen und den konfessionslosen Ethik- oder Moralfächern zu wählen. Auch wird verschwiegen, dass in manchen Ländern die neuen Einheitsfächer durchaus auch als Experimentierfächer gesehen werden (so z.B. Kanada mit dem Fach der „culture religieuse“). Oder es wird verkannt, dass bestimmte Länder ganz eigene geschichtliche Entwicklungen erlebt haben, wie die ostdeutschen Bundesländer mit ihrer, zu SED-Zeiten, ausschließlich kommunistisch-atheistischen Gesellschafts- und Bildungspolitik. Auch in den meisten Kantonen der Schweiz ist die Wahl zwischen einem neutralen Ethikfach und den katholischen und reformierten Religionsunterrichtsfächern zugelassen. Und im Kanton Zürich, auf den man sich in unserem Erziehungsministerium gerne beruft, heißt das Fach “Religion und Kultur” und beinhaltet ausschließlich religiöse Themen. Denn es geht, und da sehen die Zürcher Bildungsverantwortlichen richtig, heute auch sehr stark um Bildung für alle, was die Religionen anbelangt. Zusammen in Frieden leben verlangt verstärkt in den Schulen Bildungsangebote, die die Weltreligionen betreffen. Genau das Gegenteil strebt das Luxemburger Ministerium mit dem neuen Fach an. Verglichen mit dem, was im Kanton Zürich mit dem Fach «Religion und Kultur» angeboten wird, ist das Luxemburger Fach «Leben und Gesellschaft» ein an der heutigen Realität vorbeiprogrammiertes Fach. Und immer noch darf kein Wort darüber verloren werden, welchen langen und schwierigen, allerdings eher demokratischen Erarbeitungsprozess sowohl der Religionsunterricht wie die Laienmoral in Luxemburg in den letzten dreißig Jahren hinter sich haben. Kein Wort darüber, warum sie ausgedient haben; dabei gäbe es sicher Kritikpunkte zu erwähnen, neben den Verdiensten, die diesen Fächern zugute kommen. Auch wird zu keinem Moment mit den Vertretern beider Fächer nach einem Kompromiss gesucht. Allen Betroffenen ist klar, dass es hier um ein ideologisches Kalkül

⁴ Hier allerdings auch mit Ausnahme der Region Elsass und dem Département der Moselle, in denen auch Religionsunterricht an öffentlichen Schulen besteht.

auf dem Weg zu einer laizistischen Gesellschaftsform "à la luxembourgeoise" geht. Bildungspolitisch ist es eine dramatische und kafkaeske Situation, wenn man bedenkt, wie hier mit der Gewissens- und Bildungsfreiheit, die wir uns über Jahrzehnte errungen haben, umgegangen wird. Das Überstülpen dieses Einheitsfaches erinnert an die kommunistischen oder sozialistischen Bildungs- und Erziehungsmodelle des vergangenen Jahrhunderts. Mit der öffentlichen Abschaffung der Wahlfreiheit und der Religionen sollte dort der neue Mensch geschaffen werden. Und nicht alle scheinen bis heute, auch nicht in Luxemburg, gelernt zu haben, zu welchen Unrechtssystemen solche Bildungsmodelle geführt haben.

Europa ist Vielfalt

Das neue Fach «Leben und Gesellschaft» wird weder von den Religionslehrern noch von den meisten Laienmorallehrern Luxemburgs noch von den meisten Eltern (von denen 70% heute in der Grundschule für ihre Kinder den Religionsunterricht wählen) akzeptiert. Es fehlt auch an einer repräsentativen Umfrage bei den Schülern. Zudem ist kein Referendum vorgesehen, wovon diese Regierung (laut letztem Wahlprogramm) ja öfters Gebrauch machen wollte, um die Meinung des Volkes bei wichtigen Fragen zu erkunden. Und es wird verschwiegen, dass viele Schüler in Luxemburg aus katholischen Ausländerfamilien stammen, die nicht wahlberechtigt sind und die für die Beibehaltung eines Religionsunterrichtes sind.

In Österreich haben grundsätzlich alle staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften das Recht, an öffentlichen Schulen Religionsunterricht zu erteilen. Die Bezahlung erfolgt durch den Staat. Bei mindestens drei Schülern gibt es zumeist eine Wochenstunde, bei mindestens zehn Schülern zwei Wochenstunden. Kleinere Religionsgemeinschaften sammeln Schüler aus verschiedenen Klassen, manchmal (z.B. die Buddhisten) sogar aus verschiedenen Schulen und halten ihre Stunde dann in der Regel am Nachmittag ab, wenn alle können.⁵ So wird Minderheiten das Recht auf einen

staatlich anerkannten Religionsunterricht garantiert. Dies entspricht einem europäischen Verständnis von Menschenrechten. Nicht der Fall ist es bei unserer Regierung, die mit einer knappen Mehrheit der Wähler, aber nicht mit der Mehrheit aller Betroffenen, ihr laizistisches Weltbild aufdrängen will.

Im Rahmenlehrplan des neuen Faches heißt es: "Das Fach ‚Leben und Gesellschaft‘ muss also losgelöst werden von der konstitutiven Nähe zum Religionsunterricht und seiner Substitute. Ausgangspunkt und Grundlage sind lebensweltliche Erfahrungen ...". Soweit gehen aber die internationalen Lehrpläne nicht, auf die das Luxemburger Erziehungsministerium sich beruft, außer sie betreffen die (ex)sozialistischen Länder. Als Religionslehrer stelle ich fest, dass mit der Tabuisierung der religiösen Phänomene und der Weltreligionen, der Lehrplan dieses Faches jeglichen Kontakt zur realen Welt verloren hat. Europa zeichnet sich aus durch Vielfalt, sei es in der Kultur und der Kunst, sei es in der Politik, sei es im Religiösen, sei es im Wirtschaftlichen. Dass in der Bildung, gerade wo es um Ethik, Religion und sozialem Denken geht, dies nicht gelten soll, ist ein totalitärer Zug, der nicht zu einer Bildungspolitik gehört, wie wir sie nach dem Krieg in Europa zu entwickeln versucht haben.

Homo a-religiosus

Die sechs Lernfelder des Zusammenlebens, die im Fach "Leben und Gesellschaft" thematisiert werden, sind folgende: 1. Ich, 2. Ich und die Anderen, 3. Lebensformen, Welt und Gesellschaft, 4. Mensch, Natur und Technik, 5. Kultur und Kommunikation, 6. Große Fragen. Diese sechs Lernfelder sollen jedes Schuljahr neu behandelt werden. Dabei ist jedes dieser Lernfelder wieder in fünf weitere Lernfelder unterteilt, die für die fünf Jahrgangsstufen (von 7ième bis 3ième, dh. 1. bis 5. Gymnasialklasse) stehen. Keines der Lernfelder und keine ihrer Unterteilungen betreffen Fragen der Weltreligionen und der jüdischen und christlichen Glaubensgemeinschaften. Dieser Lehrplan vertritt damit eindeutig ein atheistisches, areligiöses Welt- und Menschenbild. Ich habe nichts gegen Atheisten und areligiöse Menschen, aber diese ideologische Einseitigkeit entspricht nicht der

⁵ <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009217&ShowPrintPreview=True>

Heterogenität der in Luxemburg lebenden Menschen. Damit wird auch mindestens der Hälfte der zukünftigen Lehrer, die von ihrer Ausbildung her Theologen und/oder Religionspädagogen sind, ein Rahmenlehrplan zugemutet, der nichts mit ihrem Wissen, ihrer ursprünglichen Anstellung und ihren in den letzten dreißig Jahren erworbenen Kompetenzen und Kenntnissen zu tun hat. Er entspricht auch keinesfalls der realen gesellschaftlichen Zusammensetzung in Luxemburg. Die Menschen und somit auch die Schüler, die hier leben, sind nicht alle areligiös oder nur vom atheistischen und materialistischen Menschen- und Weltbild geprägt. Die weltanschauliche Vielfältigkeit wird hier verworfen zugunsten eines einseitigen Weltbildes. Religiöse Aspekte unserer Gesellschaften werden nur nebenbei und nebensächlich als mögliche Erscheinungsformen erwähnt. Viele Eltern, die dies ahnen, haben sich in der Volksbewegung "Fir de Choix" zusammengefunden, die immerhin in kürzester Zeit, im Jahr 2015, mehr als 25.000 Unterschriften gegen die Abschaffung des Religionsunterrichts gesammelt hat. Für diese Volksinitiative hat unser Erziehungsminister kein Verständnis. Er muss, gleich einem gut bezahlten Hexenmeister, seinen magischen Trank weiter verabreichen, ungeachtet der Folgen für Lehrer und Schüler. Dieser neue Rahmenlehrplan verbietet nun den Schülern Luxemburgs das explizite Lernen der eigenen wie der fremden Religionen. Alles, was im entferntesten damit zu tun hat, ist zu vermeiden. Dabei versteht gerade die moderne Religionspädagogik die religiös-schulische Bildung des Jugendlichen als eine Hilfe, damit dieser die eigene und fremde Interpretation seiner Umwelt verstehen kann. Religionswissenschaftler und Theologen sind sich darüber einig, dass Religion den Menschen zuinnerst betrifft mit den Grundfragen, woher komme ich und woher kommt die Welt, wie soll ich (moralisch) leben, warum gibt es mich und meine Umwelt, was wird aus mir und der Welt. Alle Religionen bezeugen, dass ihr Glaube nur durch gutes Tun zu verstehen ist. Auch die emotionale, seelische Seite des Menschen (Sehnsüchte nach Liebe, Anerkennung, Gelingen und Sinn) sind für Religionen nicht einfache Produkte der materiellen Evolution, sondern von einer Schöpferintelligenz gewollt und in Verbindung

mit ihr zu verstehen. In allen Religionen hat die Frage des Leidens und der möglichen persönlichen und gemeinsamen Überwindung einen sehr großen Stellenwert. Wieso sollen diese wichtigen Fragen und Antworten aus den Weltreligionen unseren Schülern vorenthalten werden, wenn es sie zutiefst betrifft?

Zu behaupten - wie dies Erziehungsminister Claude Meisch tut -, dass dieses Fragen und Suchen allein dem Privatbereich zuzuordnen ist und nichts in der Bildung verloren hat, ist einfach falsch. Und dass diese Fragen mit dem rein auf das Menschliche und dessen materielle Umwelt bezogene Fach "Leben und Gesellschaft" zu beantworten sind, ist ebenso falsch. Die moderne (Religions)Pädagogik sieht auch richtig, wenn sie behauptet, dass dieses Wissen nicht jeden Schüler gleichermaßen interessiert und er seine Freiheit behalten soll, das Fach zu wählen oder abzuwählen.

Profil für katholische Privatschulen

Es sieht im Moment so aus, als ob die vier katholischen Privatschulen Luxemburgs ihren Religionsunterricht, neben dem neuen Fach «Leben und Gesellschaft» behalten dürfen, gerade wegen ihrer katholischen Identität. Ob die Warteschlangen in Zukunft nicht zu mehr Privatschulen führen werden, ist noch nicht abzusehen.

Der normale Bürger kann sich jetzt auch fragen, ob diese Regierung eine "laïcité luxembourgeoise à la carte" einführen will oder eine schleichende Privatisierung und Abwertung der staatlichen Schulen betreibt. Oder, was natürlich viel bedenklicher wäre, das Volk "spalten" möchte in Familien und Schüler, die in den Genuss einer religiösen Bildung kommen dürfen, und denen, denen es in den staatlichen Schulen verboten sein wird. Der Spalt innerhalb der Gesellschaft wird eindeutiger werden als in der jetzigen Situation, wo die Schüler in den staatlichen Schulen und in den Privatschulen ihren Religionsunterricht frei wählen. Das Zusammenleben aller, das unserem Erziehungsminister angeblich so wichtig ist ("die Schüler dürfen nicht getrennt werden"), ist somit im jetzigen Schulmodell eher gegeben.

Wird das Erziehungsministerium die Inhalte des Religionsunterrichts der Privatschu-

le überwachen und die Ausbildung der Religionslehrer, wie dies jetzt der Fall ist, übernehmen? Falls dies nicht der Fall sein sollte: wo und wie werden diese ihren "stage pédagogique" absolvieren? Wie wäre hier diese "laïcité à la luxembourgeoise" zu verstehen?

Ein Auslaufmodell

Es gibt viele BürgerInnen, die nicht auf eine (inter)religiöse Bildung für ihre Kinder verzichten möchten, vor allem im Gymnasialbereich, wo der Jugendliche eigenständig denken soll. Im Religionsunterricht, der heute immer auch ein Religionenunterricht ist und sein soll, hat der Schüler die Möglichkeit, jenen Fragen zu begegnen, die seine Existenz über diese materielle Welt hinweg und die seiner Mitmenschen direkt angehen. Das neue Fach "Leben und Gesellschaft" klammert diese bewusst aus, da es ja kein Religionsunterricht sein soll. Auch sind für dieses Fach im Moment weder methodische noch didaktische Modelle vorhanden. Spätestens hier merkt man, dass es der Regierung nicht um die Schüler geht, sondern um ihr politisch-ideologisches Ziel: "Hauptsache der Religionsunterricht ist abgeschafft, alles andere sehen wir später!" Dass keine zukünftigen Fachlehrer für das neue Fach vorgesehen sind, ist das zweite hölzerne Bein, auf dem das neue Fach steht. Kein Jugendlicher wird Lehrer sein wollen für ein Fach, für das keine spezifische oder sonstige universitäre Ausbildung vorgesehen ist.

Mit anderen Worten, es wird ein "Auffangfach" werden für Lehrer, denen ein paar Stunden fehlen, um eine hundertprozentige Anstellung an einer Schule zu bekommen. Mit dieser Sicht der Dinge ist der langsame Abschaffung Tür und Tor geöffnet. Das Fach bekommt die Struktur eines Übergangsfaches. In einer ersten Phase soll den Lehrern der beiden bestehenden Fächer bis zu ihrer Pensionierung oder sonstigen Ausscheidung eine Möglichkeit gegeben werden, ihr tägliches Brot zu verdienen. In einer zweiten Phase kann man sich vorstellen, dass die Stundenzahl des Faches allmählich abgebaut werden wird zugunsten von Basisfächern, die heute um eine höhere Stundenzahl bitten, um z.B. die Lernfähigkeit benachteiligter Schüler zu erhöhen. In einer dritten Phase wird dann die Ab-

schaffung eingeleitet werden zugunsten z.B. von Fächern, die eine bessere Vorbereitung auf die Arbeitswelt gewährleisten sollen.

Schülerumfragen helfen

In einer anonymen Umfrage, die ich bei meinen Schülern (182 an der Zahl, von 7ième bis 3ième) im Escher Lycée de Garçons im Februar dieses Jahres durchgeführt habe, gaben 74 % an, dass sie weiterhin einen christlichen Religionsunterricht in ihrer schulischen Bildung haben möchten.

Bei der Frage, ob das neue Fach "Leben und Gesellschaft" auch die Weltreligionen thematisch behandeln sollte, gaben sogar 82 % an, dies zu wünschen. Aber beide Fragen sind nicht als beliebige gesellschaftliche Nebensächlichkeiten zu verstehen, die keiner Vertiefung bedürfen, wie dies im neuen Fach zu verstehen ist. Unsere Schüler scheinen realitätsbezogener zu sein als unsere Regierung. Wer die Bedeutung religiöser Wirklichkeit und Vielfalt im Zusammenleben der Menschen so ausblendet, handelt nicht im Sinne eines besseren Zusammenlebens zwischen gläubigen, nicht-gläubigen und Sinn suchenden Menschen. Für die aktuellen Politiker scheinen die negativen Seiten der Religionsgeschichte die Abschaffung des Religionsunterrichts im Bildungsbereich zu rechtfertigen. Dabei zeigt uns die Geschichte zur Genüge, dass nur eine intensive, objektive und kompetente Beschäftigung mit vergangenen Traumata zu Heilung und Loslösung führen (können). Nicht, indem wir Hitler total aus unserem Bildungsbereich verdrängen, werden wir ihn los, sondern indem wir uns intensiv mit seiner Person und seinen Gräueltaten beschäftigen, werden wir ihn richtig verstehen und überwinden. Dies gilt auch für Religionskriege, Hexenverbrennungen usw.

Welche Reform ?

Hätte man sie gefragt, hätten die meisten Religionslehrer einer Reform des Religionsunterrichtes zugestimmt. Im Kontakt mit den Schülern und der Gesellschaft wäre die geeignete Richtung gewesen, die Konfessionalität des Religionsunterrichts an den staatlichen Schulen neu zu definieren. Die Öffnung hätte darin bestanden, dem

Fach eine interreligiöse Richtung zu geben und diese fächerübergreifend zu verankern. Auch wäre eine punktuelle Annäherung mit der Laienmoral denkbar gewesen. Auf beiden Seiten wären Partner zu finden gewesen. Wäre Herr Meisch einen solchen Weg der Reform, im Respekt und nach Anhörung der Lehrer gegangen, hätte er sich Freunde gemacht. Das wäre eine zeitgemäße Reform, die sich im In- und Ausland hätte zeigen können, mit Weitblick für alle Schüler. Mit dem neuen aufgedrängten Fach ist dies keineswegs der Fall.

Claude Pantaleoni ist Religionslehrer am Lycée de Garçons in Esch-sur-Alzette, Luxemburg

Theo Mechtenberg

Polen - erneute Auseinandersetzung um die Abtreibungsgesetzgebung

Am 3. April, am Sonntag der Göttlichen Barmherzigkeit, kam in den polnischen Kirchen eine Erklärung des Präsidiums der Bischofskonferenz zur Verlesung, die bei zahlreichen Gottesdienstbesuchern auf Unverständnis, ja auf Empörung stieß, und die selbst Bischöfe und Priester irritierte. In dem nur wenige Zeilen umfassenden Text bekräftigen die drei Unterzeichner, der Vorsitzende der Bischofskonferenz, sein Stellvertreter sowie der Sekretär der Bischofskonferenz, nicht nur den katholischen Standpunkt eines Lebensschutzes jedes einzelnen Menschen von der Empfängnis bis zu seinem Tod, sie stellen zudem das geltende Recht in Frage, indem sie betonen, es dürfe „nicht beim gegenwärtigen Kompromiss bleiben, wie er im Gesetz vom 7. Januar 1993 zum Ausdruck kommt, das in drei Fällen eine Abtreibung erlaubt.“ Sie fordern „Gläubige wie Ungläubige“ dazu auf, „sich für einen vollen rechtlichen Lebensschutz der Ungeborenen einzusetzen“ und wenden sich direkt an „die Parlamen-

tarier und Regierenden, entsprechende Gesetzesinitiativen zu ergreifen.“

Diese Erklärung gewinnt durch eine unmittelbar vorausgegangene Bürgerinitiative zusätzlich an politischer Brisanz. Diese fordert ein totales Verbot von Schwangerschaftsunterbrechungen, wobei Frauen wie Ärzte, die gegen ein solches Verbot verstoßen, mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden sollen. Aufgrund dieses zeitlichen Zusammentreffens wurde denn auch allgemein der Appell des Präsidiums als Unterstützung dieser Bürgerinitiative verstanden, wenngleich diese in der Erklärung unerwähnt bleibt. Doch ohne sie wäre die Bürgerinitiative wohl lediglich als ein weiterer Versuch der Bewegung "Pro Life" gewertet worden und hätte weit weniger Beachtung gefunden. So aber gewann jene Initiative aufgrund kirchlicher Autorität an Gewicht, zumal der Sejm, der sich mit ihr zu befassen hat, von der absoluten Mehrheit der Abgeordneten von „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) dominiert wird, also von der Partei, die der Amtskirche besonders nahe steht und die sich ihrerseits des Wohlwollens der Kirchenoberen erfreuen kann.

Ein Rückblick in die Vergangenheit

Um die Erklärung des Präsidiums richtig bewerten zu können, ist ein Rückblick in die Vergangenheit erforderlich. Mit dem Gesetz vom 27. April 1956, das vor allem dem Gesundheitsschutz der Schwangeren diene und den Schutz des ungeborenen Lebens gänzlich außer Acht ließ, waren Abtreibungen im kommunistischen Polen praktisch uneingeschränkt frei gegeben. Die Kirche hat dieses Gesetz wiederholt als Ausdruck eines atheistischen Systems scharf kritisiert, doch blieb ihr Protest folgenlos – bis in der Phase der Agonie des Systems 76 katholische Abgeordnete aller im Sejm vertretenen Parteien und Gruppierungen am 10. Mai 1989 eine Gesetzesvorlage „über den Rechtsschutz des ungeborenen Kindes“ einbrachten. Sie geht davon aus, „dass das menschliche Leben als höchstes Gut vom Augenblick der Empfängnis an zu schützen und zu achten ist.“ Aus dieser Prämisse wird die zivilrechtliche Feststellung abgeleitet, dass jeder Mensch vom Augenblick der Empfängnis an rechts-

fähig ist und Schädigungen einklagen kann, die er durch fremde Schuld während der Schwangerschaft davon getragen hat. Die Vorlage enthält zudem strafrechtliche Artikel, durch die Abtreibungen mit bis zu drei Jahren Freiheitsentzug bestraft werden sollen. Diese Bestimmungen vor allem waren es, welche die Öffentlichkeit erregten, so dass es bald gegen diese Gesetzesinitiative zu Protesten und Demonstrationen kam. In Polens Städten waren Plakate zu sehen, die darauf hinwiesen, dass jeder, der sie unterstützt, mitverantwortlich sei, wenn jährlich hunderttausende Frauen hinter Schloss und Riegel gebracht würden.

Trotz der Proteste stellte sich Polens Kirche hinter diese Initiative der 76 katholischen Sejmabgeordneten. So sprach ihnen die Bischöfliche Kommission für Familienfragen in einer Stellungnahme ausdrücklich ihren Dank aus, bescheinigte der öffentlichen Debatte ein niedriges, teilweise demagogisches Niveau und verlangte eine sachliche Diskussion auf der Grundlage von Wissenschaft und Gewissen. In scharfer Form verurteilte sie das Gesetz vom 27. April 1956 als ein „Produkt schlimmsten stalinistischen Geistes.“ Es untergrabe „die Grundprinzipien allgemein menschlicher Moral“, bedrohe „die Zukunft nationaler Existenz“ und sei „eine Schande polnischer Gesetzgebung.“ Eine Novellierung dieses Gesetzes sei ausgeschlossen, „da sich aus einer Guillotine keine Arznei machen lasse.“ Demgegenüber wurde der positive, auf die Erhaltung des Lebens ausgerichtete Charakter der Gesetzesinitiative hervorgehoben. Entgegenkommen signalisierte die Bischöfliche Kommission bezüglich der Strafbestimmungen, bei denen es sich für die Kirche um eine sekundäre Frage handle.

Die durch die Initiative der 76 Abgeordneten ausgelöste Diskussion bestimmte die ersten Jahre nach der politischen Wende. Polens Kirche, die sich nach dem Untergang des kommunistischen Systems als Sieger der Geschichte verstand, drängte darauf, in der Gesetzgebung des nunmehr demokratischen Staates die Prinzipien christlicher Ethik zu berücksichtigen, denen eine universale Geltung zukomme. Als „katholische Nation“ sei man – so die Logik der Bischöfe – auch eine „katholische Gesellschaft“, und dieser Tatbestand erfordere, dass das staatliche Recht den Grundsätzen kirchlicher Moral zu entsprechen habe.

Doch Polens Bischöfe mussten den Irrtum ihrer Logik schmerzlich erfahren, denn die ihrer Meinung nach „katholische Gesellschaft“ folgte ihr nicht auf dem ihr gewiesenen Weg.

Nach dreijährigen Auseinandersetzungen einigte man sich schließlich auf einen Kompromiss, Das am 7. Januar 1993 verabschiedete Gesetz „über Familienplanung, Schutz des menschlichen Fötus und Bedingungen für erlaubte Abtreibungen“ sieht in drei Fällen legale Schwangerschaftsunterbrechungen vor: bei Gefährdung der Gesundheit der Schwangeren, bei schweren Missbildungen der Leibesfrucht sowie bei Vergewaltigungen. Dieses Gesetz ist bis heute in Kraft, wenngleich es nicht an Versuchen gefehlt hat, es zu liberalisieren bzw. zu verschärfen. So scheiterte 1996 der Vorstoß der damaligen postkommunistischen Regierung, das Gesetz durch Einführung einer „sozialen Indikation“ aufzuweichen am Veto des Verfassungsgerichts. 2007 strebte dann eine Gruppe unter Führung des Parlamentspräsidenten Marek Jurek eine Änderung der Verfassung an, um in ihr das Lebensrecht der Ungeborenen zu verankern, was eine Verschärfung des geltenden Gesetzes ermöglicht hätte. Die Initiative fand allerdings keine Mehrheit, woraufhin Jurek von seinem Posten zurücktrat und die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), die ihm die erhoffte Unterstützung verweigert hatte, verließ.

Innerkirchliche Reaktionen auf die Erklärung des Präsidiums

Die Initiative der drei Präsidiumsmitglieder war offenbar innerhalb des Episkopats nicht abgesprochen. Dies erklärt, dass der Text nicht in allen Bistümern zur Verlesung kam. In manchen Diözesen war es den Priestern frei gestellt, ihn während des Gottesdienstes publik zu machen oder nicht. Andernorts wurde er nur in überwiegend von älteren Gemeindegliedern bevorzugten Gottesdiensten bekannt gemacht.

Im Kirchenvolk kam es an diesem Sonntag der Göttlichen Barmherzigkeit bei der Verlesung der Erklärung zu vereinzelt Protesten. In manchen Kirchen war ein Murren zu vernehmen, auch verließen Kirchgänger vereinzelt empört das Gotteshaus; so auch die Theologin und Publizistin Zuzanna Radzik: „Als ich die Tür hinter mir

schloss, hatte ich das gleiche Gefühl, das mich immer dann beschleicht, wenn der Ambo zum Machtmissbrauch genutzt wird: Ohnmacht, Scham, Verlegenheit und dazu ein Bewusstsein von Schuld. Hätte ich bleiben sollen? Aber ich war schließlich voller Bitterkeit, dass hier drei Bischöfe für uns alle entschieden haben, völlig überraschend das Land in einen Abtreibungskrieg zu stürzen. Und dass sie dies in einer legalistischen Sprache taten, ungeachtet der Konsequenzen.“⁶

Inzwischen hat sich die Gesamtheit der Bischöfe zu Wort gemeldet. Auf ihrer 372. Plenarversammlung betonten sie, dass „das Leben eines jeden Menschen einen fundamentalen und unantastbaren Wert besitzt. Sein Leben zu schützen, ist die Pflicht aller, unabhängig von der Weltanschauung.“ Die Bischöfe äußern ihren Dank gegenüber allen, die sich wie „Pro Life“ für das Leben der Ungeborenen einsetzen. Ohne die Bürgerinitiative sowie den Vorstoß ihres Präsidiums zu erwähnen, ruft die Bischofskonferenz „in dieser wichtigen Frage zu einer solidarischen Zusammenarbeit auf“, unterstreicht aber zugleich, dass sie eine gerichtliche Bestrafung von Frauen, die abgetrieben haben, nicht unterstützt. „Im Übrigen müsse allen Frauen, die eine Abtreibung erwägen, umfassende und wohlwollende Betreuung sowie medizinische, materielle, psychologische und rechtliche Hilfe gewährt werden.“ Diese Erklärung geht nicht über frühere Verlautbarungen hinaus und legt daher den Schluss nahe, dass Polens Bischöfe in ihrer Gesamtheit den Appell des Präsidiums nicht befürworten.

Wie zu Beginn der 1990er Jahre steht Polens Kirche erneut vor der Grundfrage des Verhältnisses von katholischer Moral und weltlichem Recht. Ihre vorrangige Aufgabe sollte die Gewissensbildung ihrer Gläubigen sein. Wenn die Kirche zur Unterstützung ihrer Moralvorschriften den weltlichen Arm zu Hilfe ruft, ist das immer auch ein Eingeständnis ihrer moralischen Schwäche. Und die Gewissensbildung in der Frage des Schutzes ungeborenen Lebens verlangt mehr als die ständige bloße Wiederholung dieses Lebensrechts. Dieser wichtige

⁶ Zuzanna Radzik, *Boję się mówiących w moim imieniu* (Ich fürchte mich vor denen, die in meinem Namen sprechen), *Tygodnik Powszechny* v. 16./17. April 2016, S. 29.

Aspekt fehlte in der Erklärung des Präsidiums, was denn auch der Dominikaner Ludwik Wiśniewski bemängelte.⁷ Er kommt auf die Ausnahmen im Gesetz von 1993 zu sprechen, deren Aufhebung offensichtlich das Präsidium im Einklang mit besagter Bürgerinitiative anstrebt. In der Erklärung habe er sich die Wertschätzung all jener Eltern gewünscht, die aufopferungsvoll und unter Verzicht auf Beruf und Karriere sich ihrer behinderten Kinder widmen, dazu eine Würdigung des Heroismus der Mütter, die bewusst die Bedrohung ihres Lebens in Kauf nehmen, um ihr Kind zur Welt zu bringen, sowie Verständnis für die schwierige Situation jener Eltern, die erfahren, dass die Leibesfrucht im Mutterschoß schwer geschädigt ist. Sie würden sich dadurch vor die Entscheidung gestellt sehen, das Kind dennoch anzunehmen oder es abzutreiben. Für diese Fälle sollten die Bischöfe klar zum Ausdruck bringen, dass das Austragen eines solchen Kindes und die mit seinem Weiterleben verbundenen Sorgen und Mühen Heroismus erfordern. Daher sollten sie demütig darum bitten, dass sie ihrem Gewissen folgen, das die Wertschätzung eines jeden Menschen, auch eines behinderten Lebens, gebiete. Wobei die Kirche alles in ihrer Macht liegende tun solle, dass sich Eltern behinderter Kinder nicht allein und von Kirche und Gesellschaft verlassen fühlen müssten. Im Übrigen seien heroische Akte eine sehr persönliche Angelegenheit und könnten nicht durch eine Gesetzgebung erzwungen werden. Eine Aufhebung des Kompromisses von 1993 würde mehr Schaden als Nutzen bringen. Es sei schließlich nicht ausgeschlossen, dass bei einem künftigen Regierungswechsel eine Partei die Mehrheit erlinge, die ein totales Verbot von Abtreibungen wieder rückgängig machen und durch eine liberale Gesetzgebung ersetzen würde.

Geringe Chance für eine Gesetzesänderung

Abschließend stellt sich die Frage, welche Chancen das drei Tage vor der Erklärung des Präsidiums der Bischofskonferenz vom Parlamentspräsidenten registrierte Gesetzesprojekt der Bürgerinitiative hat, vom

⁷ Ludwik Wiśniewski, *Kąkol i pszenica* (Unkraut und Weizen), ebd., S. 30f.

Sejm angenommen zu werden und, vom Staatspräsidenten unterzeichnet, Gesetzeskraft zu gewinnen. Angesichts der absoluten Mehrheit der der Amtskirche nahestehenden Abgeordneten der Regierungspartei könnte man meinen, diese Initiative werde mit Leichtigkeit die parlamentarischen Hürden nehmen und Verwirklichung finden. Dem ist allerdings nicht so. Medienberichten zufolge kam es zu einem Gespräch zwischen Jarosław Kaczyński, dem mächtigen Vorsitzenden von „Recht und Gerechtigkeit“, und Erzbischof Stanisław Gądecki, dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz und Unterzeichner der Präsidiumserklärung. Bei diesem Zusammentreffen habe Kaczyński den Vorsitzenden der Bischofskonferenz gebeten, die Kirche möge bezüglich einer Verschärfung des Gesetzes von 1993 Zurückhaltung wahren. Dies sowie andere Anzeichen signalisieren, dass PiS kein Interesse an einem totalen Abtreibungsverbot hat. Kaczyński weiß sehr wohl, dass eine Politik gegen die Mehrheitsmeinung in der Gesellschaft mit hohen politischen Kosten verbunden ist und daher das Risiko eines offen ausgetragenen ideologischen Kampfes, einer möglichen innerparteilichen Spaltung und schließlich eines Machtverlustes mit sich bringen könnte. Denn die Umfragen belegen deutlich, dass eine Verschärfung des geltenden Rechts bei bis zu 80% der Bevölkerung auf Ablehnung stößt. Und eine Umfrage unter Ärzten ergab, dass sich lediglich 6% für ein absolutes Abtreibungsverbot aussprechen und sich immerhin 32% eine Liberalisierung des Gesetzes von 1993 wünschen.

Verfolgt Polens Kirche trotz alledem weiterhin das durch die Erklärung des Präsidiums gewiesene Ziel, würde dies neben einer innerkirchlichen und gesellschaftlichen Polarisierung auch den Konflikt mit PiS bedeuten. Polens Kirche könnte dabei nur verlieren. Auch ist kaum zu erwarten, dass sie wegen einer Verschärfung der Abtreibungsgesetzgebung ihre guten Beziehungen zur Regierungspartei aufs Spiel setzen wird. Daher dürfte sich, so ist zu hoffen, die durch die Bürgerinitiative und die Präsidiumserklärung aufgeheizte Stimmung in Kirche und Gesellschaft bald wieder beruhigen und das Gesetzesprojekt auf einem langen Weg durch die politischen Instanzen am Ende scheitern.

"Wir sind Kirche"

Ein außergewöhnlicher Konzilstheologe im Bischofsamt

Wir sind Kirche zum 80. Geburtstag von Kardinal Lehmann am 16. Mai 2016

Die KirchenVolksBewegung *Wir sind Kirche* würdigt Kardinal Lehmann als einen Ausnahmetheologen innerhalb der deutschen katholischen Kirche, der – geprägt vom Jesuiten Karl Rahner – sich zeitlebens mit großem Engagement für die Erneuerung der Kirche auf dem Kurs des Zweiten Vatikanischen Konzils und der Würzburger Synode eingesetzt hat.

Beim Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) war Lehmann Mitarbeiter des Theologen Karl Rahner und von 1964 bis 1967 dessen wissenschaftlicher Assistent. An der bis heute zukunftsweisenden Arbeit der Gemeinsamen Synode in der Bundesrepublik Deutschland („Würzburger Synode“ 1971-1975) hat er maßgeblich mitgewirkt (insbesondere zum Thema der Beteiligung der Laien an der Verkündigung, der Sakramentenpastoral, der pastoralen Dienste in der Gemeinde sowie der Verantwortung des Gottesvolkes für die Sendung der Kirche). Von 1969 bis 1983 war er persönliches Mitglied des *Zentralkomitees der deutschen Katholiken*.

Lehmans theologische Kompetenz, sein pastorales Gespür, seine innerkirchliche Integrationskraft, sein kirchenpolitisches Geschick und sein gesellschaftspolitisches Engagement sind allgemein unbestritten. Viermal haben ihn die deutschen Bischöfe zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Während seiner Amtszeit als Bischof von Mainz (seit 1983) und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz (1987 bis 2008) ist aber auch deutlich geworden, wie sehr sich der Wind in Rom gedreht hat. Mit fundierten

theologischen Argumenten hat Lehmann sich in vielen Fragen an Rom gewandt, sich aber gegen die Machteliten in Rom oft nicht durchsetzen können. Papst Johannes Paul II. hat ihn erst am 28. Januar 2001 zum Kardinal ernannt.

Für die Zulassung von geschiedenen Wiederverheirateten zur vollen Teilnahme an der Eucharistiefeier hat sich Lehmann bereits im September 1993 im Hirtenwort der oberrheinischen Bischöfe (gemeinsam mit Dr. Oskar Saier, Freiburg, und Dr. Walter Kasper, Rottenburg-Stuttgart) ausgesprochen, war jedoch sehr bald vom damaligen Präfekten der Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger, gestoppt worden. Im jüngsten nachsynodalen Schreiben „Amoris laetitia“ hat Papst Franziskus jetzt, wie damals Lehmann, die Bedeutung der Gewissensentscheidung betont – eine späte Genugtuung.

Im Konflikt zwischen seinem Wunsch nach Reformen und seiner Loyalität gegenüber Rom hat er sich immer für Letztere entschieden. So zum Beispiel nach dem strikten „Nein“ Roms zum Verbleib in der Schwangerschaftskonfliktberatung, für die er sich ein Jahrzehnt lang bis zur Zerreißprobe eingesetzt hatte. Er unterstützt die Forderungen nach dem Diakonat der Frau, doch stellt er sich – so wie Rom es immer noch fordert – eindeutig gegen das Pries-teramt der Frau.

In seine Amtszeit fiel auch das KirchenVolksBegehren, dessen Unterschriftensammlung er – anders als die Mehrheit der deutschen Bischöfe damals – in seinem Bistum nicht untersagt hatte. Die notarielle Niederschrift über die Auszählung der 1.845.141 gültigen Unterschriften nahm er in einem Gespräch mit den drei Initiatoren am 2. Dezember 1995 entgegen. In der Öffentlichkeit brachte er jedoch den Reformaktivitäten von *Wir sind Kirche* und anderen Reformgruppen leider zu wenig Wohlwollen entgegen.

Intensiv hat sich Lehmann in all den Jahren um die Ökumene bemüht und sich in der Frage des Kirchenverständnisses deutlich gegen einen Exklusivanspruch der römisch katholischen Kirche ausgesprochen. Im Gegensatz zu dieser wegweisenden Einstellung unterlag er bei einer anderen Problematik einer gravierenden Fehleinschätzung: Als im Jahre 2001 in

den USA das Ausmaß sexualisierter Gewalt durch Kleriker erstmals offenbar wurde, konnte er sich wohl nicht vorstellen, wie sehr auch der Klerus in Deutschland und andernorts davon betroffen sein könnte.

Anfang 2008 trat Kardinal Karl Lehmann aus gesundheitlichen, möglicherweise aber auch aus kirchenpolitischen Gründen von seinem Amt als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz zurück. Es bleibt zu vermuten, dass auch die zunehmenden Divergenzen innerhalb der Bischofskonferenz, vor allem aber die intensiven Auseinandersetzungen mit Rom über die Schwangerschaftskonfliktberatung, über die Ökumene mit den Kirchen der Reformation und über zahlreiche pastorale Fragen über die langen Jahre hin seiner Gesundheit sehr geschadet haben.

Bemerkenswert ist seine jüngste sehr deutliche Kritik an der Art und Weise der Bischofsbestellung durch Rom „leider auch heute und trotz Papst Franziskus“. Lehmann, der selber viele Jahre Mitglied der Bischofskongregation im Vatikan war, beklagt die „nicht legitimen Seiteneinflüsse“ im Ernennungsverfahren und die Missachtung der Namensvorschläge aus den Bistümern. Damit meint er wohl auch die Vorgänge vor zwei Jahren in Freiburg und in Köln, die auch *Wir sind Kirche* kritisiert hatte.

Die KirchenVolksBewegung *Wir sind Kirche* gratuliert dem Mainzer Kardinal Karl Lehmann herzlich zur Vollendung seines 80. Lebensjahres und wünscht ihm weiterhin Gottes Segen, Gesundheit und Kraft, zum Wohle der Kirche zu wirken. (Pressemitteilung München / Mainz, 9. Mai 2016)

Karl Lehmann: Mit langem Atem

Anlässlich des 80. Geburtstag von Kardinal Karl Lehmann am Pfingstmontag 2016 ist ein längeres Interview des Jubilars erschienen, das der ehemalige ZDF-Intendant Markus Schächter („mit dem ich schon seit

Jahrzehnten freundschaftlich verbunden bin“) in vier Halbtagssitzungen mit ihm geführt hat, es ist als Buch veröffentlicht: *Mit langem Atem. Wege – Erfahrungen – Einsichten*, Freiburg 2016.

Darin kommen neben interessanten biographischen Details auch aktuelle kirchenpolitische Themen zur Sprache, nicht nur die in der Würdigung durch „Wir sind Kirche“ wiedergegebene Kritik an den Bischofsernennungen durch Rom (siehe oben: „Ein außergewöhnlicher Konzilstheologe im Bischofsamt“, S. 115). Mit freundlicher Genehmigung des Verlags Herder drucken wir hier diese und weitere Interview-Passagen ab, mit Hervorhebungen als Lesehilfen. (Red.)

Bischofsernennungen

Nochmals zurück zu Ihrer kritischen Bemerkung zum langen Weg der Bischofsernennung: Was muss sich ändern?

Ich bin der Meinung, dass sich da weniger grundlegend im Recht, aber in der konkreten Praxis einiges ändern muss. Manches ist schwierig durch die Konkordate, die vieles zementieren, aber auch manches in Balance halten. Immerhin sind die Konkordate, verglichen mit der Weltkirche, bei uns einzigartig (mit Ausnahme von Bayern). Es ist auch zu diskutieren, ob der Treueid des Bischofs gegenüber dem Staat in der heutigen Form sinnvoll ist. Ich habe ihn 1983 abgeändert (später dazu noch mehr). Er ist praktisch die Verpflichtung auf das Grundgesetz, aber auch auf die demokratische Regierungsform. Ein anderes Problem spitzt sich immer mehr zu. In den letzten Jahren gab es offensichtlich Listen, wo alle Kandidaten, die von den hiesigen Domkapiteln vorgeschlagen wurden, gestrichen wurden und eine ganz neue Liste aus Rom zurückkam. Wenn dem so ist – ich weiß es nicht ganz genau –, aber wenn dem wirklich so ist, dann ist das eine **schwer erträgliche Missachtung der Kirche im Land**. Vor diesem Hintergrund frage ich mich schon, wie es zu dieser oder jener Liste gekommen ist. Und ich glaube, die Stunde ist nicht fern, dass sich auch die Domkapitel fragen werden, wenn Derartiges ruchbar wird im Kontakt miteinander: »Wie kann so etwas passieren?« Im Namen des Rechts müssen die **Seiteneinflüsse, die nicht legitim sind**, zurückgedrängt werden, damit die zu

Wort kommen, die die Vorschläge machen müssen und die nachher auch mit dem gewählten Kandidaten leben müssen. Und noch etwas: Wenn gegen einen Kandidaten wirklich etwas vorliegt, dann müsste der Nuntius oder Rom mit dem Domdekan bzw. Dompropst auch reden und sagen: »Wir haben bei einem Kandidaten das und das festgestellt.« Da muss dann auch die Gelegenheit zu einer Antwort sein, anstatt dass Namen von Rom kommentarlos einfach gestrichen werden. Dies zu klären ist mir ein dringendes Bedürfnis. **Es ist einfach schon zu viel passiert**. Sonst wird immer mehr das ganze Verfahren infrage gestellt werden.

Mit der Bischofsernennung wird auch Politik gemacht!

Dass man mit den Bischofsernennungen Politik macht, ist bei größeren (Erz-)Bistümern vielleicht auch noch verständlich. Dass man also in Rom Interesse hat, wer in München ist und wer in Köln oder Berlin, das kann ich mir vorstellen. Aber wenn mit »normalen« Bischofssitzen, wo man zuallererst gute Seelsorger braucht, Kirchenpolitik gemacht wird, dann ist das für meine Begriffe nicht mehr erlaubt. Zumal man sich fragen kann: **Wer legt diese Kirchenpolitik eigentlich fest?** Dem Vernehmen nach haben die Päpste Pius XII. und Paul VI. nur in gravierenden Fällen die eingereichten Listen geändert. Freilich gibt es auch die Gegenfrage: Sind alle Domkapitel genügend verantwortungsbewusst, wenn sie Listen einreichen und ihren Bischof wählen?

Laisierungen und Professorenernennungen

Es ging konkret um die Weigerung unter Johannes Paul II., aus dem Amt ausscheidenden Priestern faktisch wieder den Status eines »Laien« zu geben, mit der Aufhebung der Zölibatsverpflichtung und der Möglichkeit zur Heirat – was man als Bischof dann zu exekutieren hat.

Dies ist später, Gott sei Dank, wieder gemildert worden. Was mich damals mehr belastete – manchmal bis heute – ist die 1983 neu eingeführte Bestimmung bei der erstmaligen Berufung eines Theologieprofessors auf Lebenszeit, wonach der Bischof die **Lehrbefugnis (»nihil obstat«) nur nach einer vorausgehenden Zustimmung aus Rom** erteilen darf. Dies musste nach mei-

ner Erfahrung zu neuen Konflikten führen. Schwierig wurden dabei vor allem anonyme Gutachten. Unter Kardinal Ratzinger als Präfekt der Glaubenskongregation ist es dann besser geworden. Ich will aber auf diese sehr komplexen Fragen hier nicht näher eingehen.

„Adsum“ zu Karl Rahner

Schließlich habe ich trotzdem klar »Ja« gesagt. Eigentlich deswegen, weil ich bei der Priesterweihe »Adsum« – »Ich bin bereit!« gesagt habe. Normalerweise sucht man sich als Priester nicht heraus, wohin die Berufung führt. Ich habe zwar später selber entscheiden können, dass ich als Professor nach Mainz gehe, und dann auch, dass ich Freiburg wähle. Sonst bin ich eigentlich immer nur gebeten worden. Oder ich habe quasi einen Befehl bekommen. Ich wollte zum Beispiel Kaplan sein, wie es geplant war, Aber Karl Rahner hat zweimal darauf bestanden, dass er mich in der Konzilszeit als Assistenten brauche. **Es wurde über meinen Kopf hinweg entschieden, dass ich zu Rahner gehen sollte.** Deswegen war ich nie hauptamtlich in der Seelsorge, wenn ich auch immer seelsorglich tätig war. Ja, und ich habe dann gedacht: Wenn es jetzt nur nach meinem Willen geht und ich sage: »Ich tue das nicht, ich möchte lieber hier bleiben!«, komme ich in große Schwierigkeiten mit dem »Adsum«, das ich gesprochen habe. Weiß ich jetzt besser, was für mich gut ist, als andere meinen, was ich tun sollte? Und dann habe ich »Ja« gesagt. Aber ich hatte schon auch einiges Zögern verspürt.

(Wissenschaftlicher) Theologe und Bischof – „Kölner Erklärung“

*Sie haben zu Ihrer üblichen bischöflichen Arbeit auch Ihren wissenschaftlichen Eros mitgebracht. Sie wollten gleichzeitig Bischof und Theologe sein. Und das in einer Zeit, in der die Beziehungen zwischen Bischöfen und Theologieprofessoren, zwischen akademischem Lehramt und kirchenamtlichem Lehramt, nicht immer einfach waren. Am Dreikönigsfest 1989 haben mehr als 160 Professoren eine Erklärung veröffentlicht, die sogenannte »Kölner Erklärung«: Wider die **Entmündigung – für eine offene Katholizität.***

Zunächst: Es war mir, wie schon gesagt, klar, dass die Annahme des Rufs auf den Bischofsstuhl nach Mainz einen Berufswechsel bedeutet und ich nicht mehr Professor sein konnte, wohl aber Theologe bleiben wollte. ... Ich habe mich aber gefreut, dass ich sowohl in Mainz als auch in Freiburg Honorarprofessor geworden bin und so weiter mit den Theologischen Fakultäten, an denen ich selbst schon tätig war, verbunden bleibe, auch mit den Universitäten. Ich habe in der Folgezeit in der Bischofskonferenz auch viele Aufgaben übernommen, die mit Theologie zu tun haben. Die sogenannten »**Mainzer Gespräche**« wurden nach den Kölner Schwierigkeiten, nach der Berufung von Kardinal Meisner nach Köln (1988), von mir auf Bitten von Theologen ins Leben gerufen. Diesen Dialog zwischen Bischöfen und Theologieprofessoren gibt es seit 1989 bis heute. Ich bin auch Vorsitzender der Glaubenskommission und betreibe weiter ziemlich intensiv Ökumenische Theologie. Ich bleibe schon mit der Theologie verbunden. **Wir Bischöfe müssen etwas mehr theologisch denken**, und zwar nicht einfach nur im Stil unserer früheren Ausbildung. Es geht darum, auch als Bischof theologisch die heutige Diskussion weiterzuverfolgen. Ich habe mehrfach gesagt, auch jetzt wieder beim Besuch in Rom im November 2015, vor den Entscheidungen über die Wahl oder Ernennung eines neuen Bischofs müsse man, wie es eigentlich im Kirchenrecht vorgesehen ist, **viel stärker auf die theologische Kompetenz schauen.** Ich war wohl fünfzehn Jahre Mitglied in der römischen Kongregation für die Bischofsernennungen und habe immer angemahnt, dass man nicht bloß darauf achtet, dass der neue Bischof im formalen Sinne orthodox ist, sondern auch darauf, dass er eine Offenheit mitbringt, neue Herausforderungen theologisch anzugehen. Das ist überall ein Manko, obwohl es selbstverständlich in der Deutschen Bischofskonferenz sehr viele theologisch qualifiziert ausgebildete Bischöfe gibt. Diese Kompetenz wird m. E. zu wenig in Ausschlag gebracht. Gemeint ist ja nicht nur die akademische Theologie. Es bringen, Gott sei Dank, viele Bischöfe theologische Einsichten mit, die sie in der Praxis gewonnen und bewährt haben.

Das Konzil – Rahner und Ratzinger (und Küng)

Karl Rahner sagte am Ende des Konzils, das sei der Anfang des Anfangs gewesen. Die entsprechende Veröffentlichung trug den Titel Das Konzil – ein neuer Beginn. Was hatte denn neu zu beginnen?

Für Rahner war sehr klar: Von dem Augenblick an, in dem das Konzil Geschichte war, blieb zunächst einmal nur »Papier« übrig. Deshalb musste ihm zufolge ein neuer Anlauf in der Verwirklichung kommen, wobei er das auch als eine Pflicht jedes Einzelnen gesehen hat. Die Kirchenversammlung war vorbei, jetzt würde es darauf ankommen, dass das Licht in den Herzen der Menschen und in der Begeisterung von Theologen weiterbrennt. Als er mit Kardinal Döpfner am 12. Dezember 1965 aus Rom zurückkam, hat er im voll besetzten Herkulesaal in der Münchner Residenz eine flammende Rede gehalten – eben unter dem Titel **Das Konzil – ein neuer Beginn** –, die eine unglaubliche Resonanz fand. ... Karl Rahner hat instinktiv gespürt, dass in der Realisierung des Konzils nicht ein neues Klein-Klein, nicht ein neues Kompromisslertum dominieren dürfe. Trotz Konsens und klaren Ergebnissen sah er die große Gefahr, dass die Chance vertan werden könnte.

Dennoch blieb Kritik am Konzil nicht aus, und sie war bisweilen sehr heftig. Joseph Ratzinger formulierte später, das Konzil habe sich in einem Anfall von Euphorie und Optimismus der Moderne geöffnet. Das war doch schon ein Generalangriff.

Die Stärke von Joseph Ratzinger, auch beim Konzil, bestand nicht zuletzt darin, dass er ein **unbestreitbarer Zeuge der großen Tradition** in der Kirche war, die er eindrucksvoll neu zur Sprache bringen konnte. Er hatte ja über Augustinus und Bonaventura gearbeitet. **Mit der Neuzeit und den Aussagen der Theologie im 19. und 20. Jahrhundert war er dagegen nicht im selben Maß »von innen her« vertraut**, auch wenn er sie natürlich kannte. Auf jeden Fall musste man immer auf ihn hören. Gegen Ende des Konzils ist im Streit über die letzte Fassung der Pastoralkonstitution die bis dahin relativ geschlossene **Front der »Reformer« auseinandergebrochen**. Einerseits war man nach vier Jahren sehr

müde geworden, auch im Blick auf das Streiten müde. Andererseits haben sich damals auch Theologen wie Rahner und Ratzinger leicht voneinander wegbewegt, von **Hans Küng** einmal ganz abgesehen. Es bereitete sich ein Stück weit der Streit vor, der nachher im Blick auf die Auslegung des Konzils Wirklichkeit wurde.

Zukunftspläne

Ich mache mir jetzt keine großen Pläne. Die macht auch ein anderer. Aber Meditation und Nachdenken, Schreiben und Aufklären, Ausruhen und Beten gehören auch in Zukunft ganz wesentlich zu meinem Leben. Ich freue mich auch, wenn ich den Sonntag wieder mehr für mich habe.

Aus Freiburg haben Sie damals eine Hobelbank mitgebracht. Die Lust am Machen: heute mit Büchern bedeckt.

Die Zeit solcher geradezu jugendlichen Hobbys ist wohl vorbei. Es war einmal ...

Welche Bücher sind noch zu schreiben?

Welche Themenfelder warten auf Sie?

Ideen habe ich genug, aber ich werde sie nicht zu sehr preisgeben. Ich kann meine Träume doch nicht alle verwirklichen. Ich werde gewiss Texte veröffentlichen, die schon bestehen, die ich jedoch noch vertiefen will, zum Beispiel zur **Ökumene**, zu den jüngsten Versuchen einer **Pastoral für wiederverheiratete Geschiedene** und vor allem auch zu einer **angemesseneren philosophisch-theologischen Klärung der menschlichen Leiblichkeit**, was ebenso das Verhältnis zur Geschlechtlichkeit des Menschen und zur Anthropologie der Geschlechter einschließt. Auch die Kür nimmt in Pflicht. Künftig will ich zuerst mehr Freiheit haben...

Abschiedlichkeit

Sie hatten eine Reihe von Krankheiten und Beschwerden, wie ernst haben Sie das genommen?

»Mitten im Leben sind wir vom Tod umfassen«, das war mir immer gegenwärtig. Aber es ist nicht nur der physische Tod, es gibt viele Abschiede, die man immer wieder geben oder hinnehmen muss. **Abschiedlichkeit ist ein wesentliches Kennzeichen für uns Menschen**. Dazu gehören auch die Minderungen unserer physischen Kräfte und gesundheitliche Beeinträchtigungen.

Sie sprechen Krankheiten und Beschwerden an: Ich war viele Jahrzehnte gesund und habe keinen Arzt besuchen müssen und kein Krankenhaus als Patient von innen gesehen. Aber dann hat sich auch der jahrzehntelange Raubbau meiner Kräfte gerächt. Doch auch in dieser Zeit hatte ich Glück. Ich habe tüchtige Ärzte und viele hilfreiche Menschen gefunden, regelrechte Lebensretter – für sie möchte ich gerne Zeit haben, um ihnen zu danken.

Es ist sehr schwierig, zum jetzigen Zeitpunkt das geplante TTIP kritisch zu analysieren. Leider sind die Textvorlagen unbekannt, ebenso unklar ist, was schließlich in einem Vertrag stehen wird, zum Dritten ist noch nicht entschieden, ob TTIP tatsächlich Realität wird, weil die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament zustimmen müssen. Aber es gibt Vorläufervereinbarungen, die tatsächlich harte Kritik verdienen. Im Folgenden veröffentlichen wir einen Beitrag, der die kritischen Gesichtspunkte aus befreiungstheologischer und lateinamerikanischer Sicht verbalisiert (Red.).

Willi Knecht

Poker um die letzten Ressourcen

Kritische Stellungnahme zum geplanten Freihandelsabkommen TTIP zwischen EU und USA - aus der Sicht der armen Kirchen

Selbstverständlich ist es längst überfällig, dass zwei weltweit bestimmende Handelsblöcke viele Hindernisse untereinander aus dem Weg räumen, damit Handel und Wandel besser funktionieren. Zu viele nationale Eigenheiten, Vorschriften, Einschränkungen und staatliche Eingriffe bremsen die

Dynamik des freien Handels und die Wachstumskräfte, die notwendig sind, um auch in Zukunft im Wettbewerb mit aufstrebenden Mächten bestehen zu können. Zudem sind bessere Bedingungen für den freien Handel deshalb notwendig, um das stetige Wachstum generieren zu können, ohne dass diese Art des Wirtschaftens nicht funktionieren kann. Und solange die Mehrheit unserer Bevölkerung noch Spargel, Mangos und Bananen zu jeder Jahreszeit und möglichst billig auf dem täglich schon überreich gedeckten Tisch haben will, wird diese Spirale sich weiterdrehen können. Und die Flüchtlingsströme werden noch weiter zunehmen, weil ihre Lebensgrundlagen zerstört werden.

Mit der zu Beginn der Neuzeit um 1500 beginnenden Eroberung der Welt durch die Europäer wurde auch deren Kosmvision zum Leitbild für alle anderen Völker und Kulturen erklärt. Der abendländischen Christenheit, ausgehend von griechischer Philosophie und römischem Recht auf unbeschränktes Privateigentum fiel es daher nicht schwer, die Eroberung fremder Völker und jahrhundertlange Sklaverei zu rechtfertigen. Auch die daraus entstandene Wirtschaftsordnung mit dem absoluten Vorrang des Kapitals - das Geld als Gott, wie Papst Franziskus dies nennt - wurde nun globalisiert. Nachdem spätestens seit den 1980er Jahren und verstärkt seit 1990 das Kapital und der freie Handel von den letzten Fesseln sozialer Verantwortung befreit wurden, nehmen die Verwüstung der Erde und die Vertreibung der Menschen exponentiell zu.

Die EU hat bereits Freihandelsabkommen mit Mexiko, Chile, Kolumbien, Peru sowie Zentralamerika geschlossen. Den „Entwicklungsländern“ wird angeboten, im Weltmarkt mitspielen zu dürfen. Die Spielregeln aber bestimmen die reichen Länder. An bereits bestehenden Freihandelsabkommen wie zum Beispiel zwischen den USA und Mexiko (NAFTA, 1994) lassen sich grundlegende Mechanismen des Freihandels aufzeigen:

1. Die EU und noch mehr die USA schotten ihre eigenen Märkte ab, subventionieren ihre eigenen Produkte und zwingen die armen Länder, ihrerseits ihre Märkte zu öffnen. Sie zerstören damit die einheimischen Märkte und die Ernährungssouveränität der armen Länder.

2. Vorläufer und Vorbild sind die Strukturanpassungsmaßnahmen seit Ende der 70er Jahre, die von IWF und Weltbank den arm gemachten Ländern aufgezwungen wurden: Abbau von Schutzzöllen; freier Zugang von Auslandsinvestitionen; eine rein am Export orientierte Landwirtschaft; drastischer Abbau staatlicher Leistungen u.a. im Bildungs- und Gesundheitswesen; Privatisierung von Staatsbetrieben; Aufhebung staatlicher Vorschriften zum Arbeits- und Umweltschutz, u.v.m.
3. Die Rechte und Freiheiten von Konzernen und Finanzinvestoren werden geschützt. Sie stehen über dem Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Staaten. Die armen Länder werden auf ihre Rolle als „Vorratslager der Welt“ reduziert (Rohstoffe, Landflächen, Viehfutter usw.), auf das beliebig und in „voller Freiheit“ zugegriffen werden kann.

In Mexiko sprechen Bauernverbände und Indigena-Organisationen bereits von einer Zweiten Conquista: Den indigenen Völkern wird nun auch noch der letzte Wert geraubt: Das Recht auf eigene Ernährung, d.h. das Recht auf ihre heimischen Pflanzen. Mais ist nicht nur ein Grundnahrungsmittel, sondern hat einen sehr hohen kulturellen-religiösen Wert und ist Teil ihrer Identität. Ihre Angst: Wenige Konzerne werden das weltweite Monopol auf Nutzpflanzen und Tiere besitzen und können so die ganze Weltbevölkerung kontrollieren. Mexiko kann als Versuchslabor bzw. Modell verstanden werden, wie durch Freihandelsabkommen die Vormachtstellung „des Westens“ und seiner Werte stabilisiert werden kann. Konkreter: Der Staat hat lediglich die Funktion, „die Freiheit der Märkte“ zu garantieren und die Interessen der Investoren zu schützen. Die Interessen des Kapitals haben absoluten Vorrang. Zu dieser Wirtschaft und Politik gibt es keine Alternative, sie ist absolut.

Diese Maßnahmen und Verhaltensweisen sind das Ergebnis und die logische Folge der etablierten Weltordnung. Das Fundament ist eine ganz bestimmte Weltsicht (Ideologie, Glaube), die als absolut verstanden wird. „Freiheit“ ist einer ihrer Schlüsselbegriffe. Es gibt aber keine Freiheit „an sich“, wie es auch den Menschen „an sich“ nicht gibt. Ein Sklave versteht unter Freiheit etwas anderes als sein Besit-

zer, der für sich in Anspruch nimmt, frei über seinen Besitz verfügen zu können. Im Rahmen der bestehenden Welt- und Werteordnung haben einige wenige Menschen Startvorteile, die andere nicht werden aufholen können. Im so genannten „Freien Wettbewerb“ werden sie keine Chance haben. Das Reden von einer Chancengleichheit - sowohl für Einzelne als auch für ganze Völker - dient dazu, all denen, die es zu "nichts bringen", als Versager abzustempeln und ihnen auch noch einzuschulden, selbst schuld an ihrem Schicksal zu sein. Dieser Glaube (Religion) ist der am weitest verbreitete Glaube unserer Zeit. Er ist inzwischen bis in die letzten Winkel unserer Erde und unserer Seelen vorgedrungen und vergiftet zunehmend das menschliche Zusammenleben.

Der vom Evangelium ausgehende Widerstand gegen eine solche Weltordnung und Geisteshaltung kann ebenfalls als Ideologie oder Glaube bezeichnet werden. Christen aber, wenn sie Christen sind, bekennen sich zu diesem Glauben. Die Option für die Armen – für die Opfer und nicht für die Sieger – ist nicht beliebig. Sie bildet den Kern der Worte und Taten Jesu, des Christus.

Von dieser christlichen Perspektive aus ist das geplante Freihandelsabkommen zwischen USA und EU zu deuten. Katholische Basisgruppen in Lateinamerika bezeichnen daher Freihandelsabkommen als „*das Betriebssystem und das Instrument der neoliberalen Weltordnung*“. Von deren Standpunkt aus bedeutet das nun geplante Freihandelsabkommen USA – EU eine weitere Verschlechterung für die Menschen in Lateinamerika (und Afrika, Asien). Es bedeutet noch mehr Extraktivismus, noch mehr industrielle und rein exportorientierte Landwirtschaft und damit noch mehr Vertreibung, noch mehr Zerstören der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, noch mehr prekäre Arbeitsverhältnisse, noch mehr Sozialabbau und mehr Ausplünderung der natürlichen Lebensgrundlagen von Mensch und Natur.

Was bisher schon USA und EU jeder für sich praktiziert haben, soll nun u.a. durch die Einführung einheitlicher Standards besser abgestimmt und somit noch effektiver werden. Wenn aber ein System, das schon jetzt wachsende Ungleichheit produziert, sowohl global als auch innerhalb der

einzelnen Länder in Nord und Süd, optimiert werden soll, werden auch die Ungleichheiten optimiert. Die Kluft zwischen arm und reich, lokal wie global, wird noch größer als bisher.

TTIP kann für die Wirtschaft und Finanzinvestoren in den USA und der EU zum Segen werden. Für die Menschen in der globalen und lokalen Peripherie wird sie zum Fluch. Sie suchen Zuflucht, aber wir verriegeln unsere Türen und Herzen.

Diese authentisch christlich-biblische Perspektive ist ansatzweise schon im Konzil, dann aber vor allem von der lateinamerikanischen Kirche wiederentdeckt worden. Das bedeutet, aus der Perspektive derer, die unter die Räuber gefallen und ausgeschlossen sind, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu analysieren und im Lichte der Botschaft und der Praxis Jesu Christi neu zu deuten.

„Wir befinden uns mitten im Dritten Weltkrieg, aber auf Raten. Es gibt Wirtschaftssysteme, die Krieg führen müssen, um überleben zu können. Damit sanieren sie die Bilanzen einer Wirtschaftsweise, die Menschenopfer darbringt, um ihren Götzen zu huldigen. ... Sie denken nicht an die hungernden Kinder, sie denken nicht an die zwangsweise Umgesiedelten, nicht an die zerstörten Wohnungen und nicht an so viele Menschen, denen ein würdiges Leben verweigert wird“ (Papst Franziskus, Ansprache an die Volksbewegungen am 28.10.2014, eigene Übersetzung).

Beim Transatlantischen Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zwischen den USA und der EU geht es – das kann nicht deutlich genug hervorgehoben werden – um mehr als ein bloßes Handelsabkommen. Es geht um die Frage, wie und nach welchen Werten wir in Zukunft leben wollen. Es geht um unser Verhältnis zu Natur und Umwelt, zur Art und Weise unseres Wirtschaftens und unseres Zusammenlebens in Gesellschaft und Staat.

Dazu ein „winziges“ Beispiel: Am 1. April 2015 trat in Baden-Württemberg – fast unbeachtet – eine Verordnung für nachhaltige Beschaffung in Kraft. Land und Kommunen dürfen und sollen bei öffentlichen Ausschreibungen Sozial- und Umweltstandards berücksichtigen, z.B. keine Produkte aus Kinderarbeit. Dies ist ein großer Erfolg der

Zivilgesellschaft, deren Vorschläge für neue „Entwicklungspolitische Leitlinien des Landes Baden-Württemberg“ nahezu identisch vom Landtag übernommen wurden. Die beiden großen Kirchen leisteten einen großen Beitrag. Aber ein solches Engagement widerspricht dem „Geist von TTIP“ und könnte in Zukunft ins Leere laufen. Auch in Kommunen und Landkreisen formiert sich daher der Widerstand gegen TTIP. Denn die USA und europäische Konzerne wollen ungehinderten Zugang zur öffentlichen und kommunalen Wasser-, Energie- und Verkehrswirtschaft in Europa. Das liegt in der Konsequenz einer Ideologie, die wie ein Mantra heruntergebetet wird: Immer mehr Privatisierung und immer weniger Staat. Wenn aber die öffentliche Daseinsfürsorge und öffentliche Güter, die dem Gemeinwohl aller dienen, vorrangig der Profitmaximierung privater Konzerne unterworfen sind, werden sie zum Spielball von Spekulationen und der Interessen von einigen Wenigen. Das, was eine Gemeinschaft im Grunde zusammenhält, gerät in Gefahr zu verschwinden bzw. zerstört zu werden. Die Gesellschaft wird noch mehr gespalten.

Im geplanten Handelsabkommen bestimmen allein die Konzerne, wie, wo und unter welchen Kriterien sie investieren. Die Mitsprache der Bürger in ihren ureigenen Angelegenheiten wäre in Gefahr. Die „Freiheit der Märkte“ und die Interessen der Konzerne (Wirtschaft) sind sakrosankt, denn nur sie garantieren – so die herrschende Lehre – Wachstum, Wohlstand und Sicherheit. Inzwischen gibt es zahlreiche Stellungnahmen zum geplanten Handelsabkommen. Bürgerinitiativen, Kirchen, Verbände und Kommunen äußern darin ihre Überlegungen, Bedenken und Kritikpunkte. Daher hier die zehn am meisten genannten Kritikpunkte, vornehmlich aus kirchlichen Kreisen (Basisgruppen):

1. Schiedsgerichte: Konzerne könnten Staaten auf Schadensersatz in Milliardenhöhe verklagen, wenn ihre Gewinnpläne von demokratischen Entscheidungen durchkreuzt werden.
2. Verbraucherschützer befürchten einen Wettlauf zum Abbau der Anforderungen an Sicherheitstests von Gebrauchsgütern und Lebensmitteln.
3. Abbau von sinnvollen Regelungen und Subventionen, die dem Ziel einer Wirt-

schaft im Dienste des Menschen und einer Lebensweise im Einklang mit Natur und Mitmensch dienen.

4. Zunehmende Privatisierung von lebenswichtigen Leistungen wie Wasserversorgung, Energie, Abfall, Verkehr, Gesundheitsversorgung und Bildung.
5. Ausbau der industriellen Landwirtschaft zu Lasten der kleinbäuerlichen (Bio-) Landwirtschaft.
6. Einseitige Bevorzugung von Gentechnologie und Extraktivismus (u.a. Fracking).
7. Weitere Deregulierung von Finanzdienstleistungen (u.a. Gefahr für Genossenschaftsbanken) und Abbau sozialer Standards für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.
8. Patentierung (Eigentumsrechte) von genmanipulierten Pflanzen und Medikamenten.
9. Einschränkungen demokratischer Grundrechte und demokratischer Selbstbestimmung. Auswirkungen auf arme Länder und deren Ernährungssouveränität (Landraub, Bergbau etc.).
10. Agrarkonzerne der USA und EU werden ihre globale Vormachtstellung ausbauen können.

Grundsätzlich wird befürchtet, dass die demokratische Willensbildung der „Freiheit der Konzerne“ untergeordnet wird. Kultur (Literatur, Musik), Bildung und Datenschutz werden rein ökonomischen Kriterien („muss Gewinn bringen“) unterworfen. Bio- und andere Labels gelten als Behinderung des freien Wettbewerbs. Einem aus Lobbyisten gebildeten Regulierungsrat wird das letztgültige Entscheidungsrecht übertragen. Unternehmen werden quasi zu „Gesetzgebern“. Widerstand dagegen wird als Rückfall in eine unfreie Gesellschaft diffamiert. Auffallend ist, dass die Auswirkungen auf die arm gemachten Länder fast nicht thematisiert werden, am ehesten aber noch in kirchlichen Stellungnahmen.

„Dies alles geschieht, wenn im Zentrum der Wirtschaft nicht der Mensch steht, sondern Mammon, das Geld als Gott. Im Zentrum der gesamten Gesellschaft muss aber die menschliche Person stehen, das Ebenbild Gottes - geschaffen, um dem Universum einen Sinn zu geben. Wenn der Mensch zur Seite gedrängt und Mammon an seine Stelle

gesetzt wird, dann kommt es zur Umkehr aller Werte.“

Die staatstragenden Parteien befürworten das Handelsabkommen, wenn auch mit Einschränkungen und dem Vorbehalt von Korrekturen. Sie befürchten den Abstieg Europas im Wettbewerb mit den Schwellenländern. Sie fürchten um Wachstum und Wohlstand. Es geht ihnen zudem um die „Verteidigung unserer Werteordnung“, die seit 500 Jahren darin besteht, andere Völker „in aller Freiheit“ ausbeuten zu dürfen. Auch die deutschen Kirchen (-leitungen) setzen immer noch auf Wachstum. Für Kardinal Marx ist ein allerdings erheblich verbessertes TTIP notwendig, um besser und nachhaltiger wachsen zu können und um die europäische Wirtschaft in Partnerschaft mit den USA konkurrenzfähig zu halten.

Sind wir als deutsche Kirche vielleicht doch noch zu sehr von wirtschaftlichem Wachstum abhängig? Es ist höchste Zeit (ein Zeichen der Zeit), wieder den Anschluss zu finden, anschlussfähig nicht zum herrschenden Mainstream der herrschenden Weltordnung, sondern anschlussfähig an eine „Kirche der Armen“, an Papst Franziskus und an alle Bewegungen, die im Widerstand gegen die „Götzen dieser Welt“ aufstehen. Eine Kirche, die ihr Vertrauen – de facto – vorrangig in ihren Besitz und irdische Güter und Werte setzt, kann nicht die Kirche Jesu Christi sein.

Auf der Zweiten Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe in Medellín (1968) wurde der Geist des Konzils konkret auf die Lebenswirklichkeit der Menschen angewandt. Die Bischöfe kamen zu dem Schluss: So wie die Menschen in Lateinamerika leben, als arm Gemachte, das ist nicht der Wille Gottes. Das ist eine Ungerechtigkeit, die zum Himmel schreit. Gott will nicht, dass Kinder verhungern, obwohl es Nahrungsmittel im Überfluss gibt. Diese theologische und gesellschaftspolitische Analyse wurde so in Europa und speziell in Deutschland nicht durchgeführt. Wäre dem so gewesen, hätte man sich vielleicht als eine Kirche entdeckt, die selbst in ein ausbeuterisches System eingebunden ist und von den herrschenden Verhältnissen mit profitiert. Das wäre eine sehr bittere Selbsterkenntnis gewesen. Aber gerade diese Einsicht ist notwendig, sonst kann es keine

Umkehr geben. Als Christen sind wir nicht von dieser Welt, aber mitten in diese Welt gesandt, um sie im Geist Jesu Christi zu verwandeln.

„Einige von euch haben es so ausgedrückt: Dieses System kann man nicht mehr ertragen. Wir müssen es ändern. Wir müssen die Würde des Menschen wieder ins Zentrum rücken und dann auf diesem Pfeiler die alternativen gesellschaftlichen Strukturen errichten, die wir brauchen. Hartnäckig sein, aber ohne Fanatismus. Leidenschaftlich, aber ohne Gewalt. Wir brauchen dazu viel Mut, aber auch Intelligenz. Wir Christen haben etwas sehr Schönes, eine ‚Gebrauchsanweisung‘, ein revolutionäres Programm gewissermaßen. Ich rate euch sehr, es zu lesen....!“ (Beide Zitate aus der

Ansprache des Papstes auf dem „Welttreffen der Volksbewegungen“, 28.10.14, eig. Übersetzung).

(Dr. Willi Knecht ist promovierter Theologe. Von 1976 bis 1980 arbeitete er als Pastoralreferent in Cajamarca/Peru. Danach war er bis zu seiner Pensionierung 2010 als Religionslehrer und als Referent in der kirchlichen Erwachsenenbildung tätig. Die kritische Stellungnahme zum geplanten TTIP resultiert aus zwei Kommentaren, die unser Autor zuerst für weltkirchliche Publikationen des Bistums Rottenburg-Stuttgart verfasste).

Muss Religion verfassungskonform sein?

In der Debatte um den Anti-Islam-Kurs der AfD weist der frühere Verfassungsrichter Dieter Grimm darauf hin, dass Religionen nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sein müssen. Diese Frage sei müßig, schreibt er in einem Gastbeitrag für die "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Mehrere AfD-Politiker hatten in den vergangenen Wochen betont, bestimmte muslimische beziehungsweise islamistische Positionen seien nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Dies verlange das Grundgesetz gar nicht, betont Grimm. Die Religionsfreiheit gewährleiste vielmehr, "dass die Glaubensgemeinschaft den Inhalt ihres Bekenntnisses und die daraus folgenden Verhaltensanforderungen an die Gläubigen selbst bestimmt". Keine der Weltreligionen könnte existieren, wenn sie ihre Inhalte an den jeweiligen Staatsverfassungen ausrichten müsste: So wäre auch der Katholizismus nicht mit

dem Grundgesetz vereinbar, etwa durch das Heiratsverbot für Priester.

Davon zu unterscheiden sei die Frage, welche "Verhaltensanforderungen an die Gläubigen der freiheitliche demokratische Staat hinzunehmen hat und welche er verbieten kann", führt der Rechtswissenschaftler aus. Glaubensgemeinschaften könnten ihre Inhalte zwar frei bestimmen, aber nicht ungehindert verwirklichen. "Freiheit der Religion gibt es in multireligiösen Gesellschaften nur, wenn es keiner Religion gestattet ist, ihre Wahrheit allgemeinverbindlich zu machen."

Auch die freiwillige Unterwerfung unter religiöse Vorschriften werde durch grundgesetzliche Prinzipien begrenzt, so Grimm, etwa durch die Menschenwürde.

Bischof Krätzler fordert Reformen fürs Priesteramt

Der emeritierte Amazonasbischof Erwin Krätzler hat Reformen in der katholischen Kirche bezüglich des Priesteramts angemahnt.

"Wir müssen dringend die Zulassungsbedingungen zum Weihenpriestertum überdenken", sagte er vor Journalisten in Osnabrück. Das Zustandekommen einer Eucharistiefeier dürfe nie davon abhängen, ob ein zölibatär lebender Priester vorhanden ist.

Krätzler verwies auf einen Vorschlag des aus Deutschland stammenden langjährigen katholischen Missionsbischof von Aliwal in Südafrika, Fritz Lobinger. Dieser spreche sich dafür aus, dass Gemeinden ohne Priester durch ein "Team of Elders", eine Gruppe sogenannter Ältester, geleitet werden. Er empfehle, diese Ältesten zu ordinieren, damit sie mit ihren Gemeinden Eucharistie feiern können.

"Es sind also nicht Priester, die von Ort zu Ort ziehen und mal hier, mal dort der Eucharistie vorstehen ohne eine tiefere Beziehung zur Gemeinde zu haben, sondern sie sind für ihre und nur für ihre Gemeinde da." Sie könnten einem Zivilberuf nachgehen und müssten auch nicht wirklich alt, sondern vielmehr in der

Gemeindeleitung erfahren sein, "unabhängig davon, welchen Alters oder Geschlechts sie sind".

Die immer wieder vertretene These, "viri probati" (bewährte Männer) zu weihen, habe er immer als diskriminierend empfunden. "Welche Kriterien machen einen Mann zum 'vir probatus'?"

Oder andersherum: Sind denn zölibatäre Priester von vornherein 'viri probati'?"

Es fordere nicht eine Debatte für oder gegen den Zölibat, betonte der langjährige Bischof der brasilianischen Amazonasdiözese Xingu. Sich für ein eheloses Leben zu entscheiden, um ganz für Gott und sein Volk da sein zu können, sei eine besondere Gnade und solle nie abgeschafft werden. Es gehe aber um die Erfüllung des Auftrags Jesu: "Tut dies zu meinem Gedächtnis".

Der 76-Jährige kritisierte die Zusammenlegung von Gemeinden als "Palliativtherapie", die nur versuche, den zunehmenden Priestermangel zu lindern.

Prager Kardinal: Merkel hat Angst erzeugt

Der Prager Kardinal Dominik Duka nimmt sein Land gegen den Vorwurf mangelnder Aufnahmebereitschaft für Flüchtlinge in Schutz. Im einem Interview mit der Zeitung "Lidove noviny" gab er Bundeskanzlerin Angela Merkel Mitschuld an einer Spaltung der deutschen Gesellschaft und an der Angst der Europäer vor den Flüchtlingen. Duka verweist in dem Interview u.a. auf Unterschiede zwischen den europäischen Katholiken und Papst

Franziskus in der Flüchtlingsfrage: "Die Empfindsamkeit von Franziskus für die soziale Problematik ist eine andere als unsere in Europa." Das habe mit der Herkunft des Papstes aus Lateinamerika zu tun; dort sei die Schere zwischen Armen und Reichen sehr viel größer.

Der Kardinal erklärte, dass Tschechien nicht in der Lage sei, große Mengen von Flüchtlingen aufzunehmen. "Wir haben hierfür keine Tradition und auch keine Leute, die mit den Flüchtlingen kommunizieren könnten."

Neues Verwaltungszentrum des Erzbistums München-Freising

Am 25. April haben 442 von rund 850 kirchlichen Mitarbeitern ihre Büros im neuen Ordinariatsgebäude der Erzdiözese München und Freising im Zentrum der bayerischen Landeshauptstadt bezogen. Die Immobilie war bereits 2006 für knapp über 90 Millionen Euro vom Erzbischof aufgekauft worden. 2011 begannen Umbau- und Sanierungsarbeiten, die 55 Millionen Euro kosteten.

Das Gebäude ist nach Auskunft von Generalvikar Peter Beer „barrierefrei erschlossen“. Die Kosten für Möblierung beliefen sich auf 1,1 Millionen Euro. Die Ausstattung mit Informationstechnik kostete 1,8 Millionen Euro, und der Umzug der Mitarbeiter schlug mit 250.000 Euro zu Buche. Durch die Aufgabe von angemieteten Räumen, so

Beer, spare die Erzdiözese nun jährlich 871.000 Euro.

Papstbrief an Hans Küng zur Unfehlbarkeitsdebatte

Hans Küng hat kürzlich Post aus dem Vatikan bekommen. Wie der Tübinger Theologe mitteilte, habe Papst Franziskus auf seinen im März abgesandten Brief geantwortet, in dem er für eine ergebnisoffene Diskussion über die „Unfehlbarkeitsproblematik“ plädiert hatte. Das Dogma, das auf dem Ersten Vatikanischen Konzil 1870 verabschiedet worden war, gilt als eine der größten Belastungen für die Ökumene und wird selbst von Katholiken mehrheitlich als „überholt“ abgelehnt.

Küng erklärte, dass der Papst seinem Wunsch entsprochen habe, „einer freien Diskussion des Dogmas der Unfehlbarkeit Raum zu geben“. Dieser neue Freiraum, so Küngs Folgerung, müsse genutzt werden, „um die Klärung der in der katholischen Kirche und in der Ökumene umstrittenen dogmatischen Festlegungen voranzutreiben“.

Betroffene fordern mehr Transparenz bei Verfahren der Glaubensbehörde

Eine internationale Gruppe von 15 katholischen Bischöfen, Priestern, Schwestern und Laien hat dem Vatikan konkrete Vorschläge für ein stark überarbeitetes Verfahren der römischen Glaubenskongregation gemacht. Sie alle haben persönliche Erfahrungen mit der intransparenten Vorgehens-

weise dieser Behörde und kritisieren eine mangelnde Ausrichtung des Gremiums an den urchristlichen Werten von Gerechtigkeit, Wahrheit, Integrität und Barmherzigkeit. Die Theologinnen und Theologen aus Australien, USA, Irland und Spanien wandten sich an die Öffentlichkeit, weil sie auf ihre Vorschläge aus Rom keine Antwort erhalten hatten.

Die Glaubenskongregation, so die Verfasser des Schreibens, praktiziere „Rechtsprinzipien, Verfahren und Haltungen des Absolutismus des 16. und 17. Jahrhunderts in Europa“. Diese stünden in eklatantem Widerspruch zu den derzeit akzeptierten „Vorstellungen von Menschenrechten, Rechenschaftspflicht und Transparenz, wie sie die Welt von einer christlichen Gemeinschaft erwartet und wie sie auch die katholische Kirche von weltlichen Organisationen einfordert.“

In acht Punkten verdeutlichen die Unterzeichner des Briefes, zu denen u.a. der gemäßregelte australische Bischof William Morris, die amerikanische Loretto-Schwester Jeannine Gramick und der irische Ordenspriester Tony Flannery gehören, wie sich das herrschende Verfahren ändern müsse und wie die einzelnen Verfahrensschritte transparenter werden könnten.

Diözesanrat des Bistums Aachen: Nächstenliebe hat Vorrang

Nach der Veröffentlichung des Apostolischen Lehrschreibens "Amoris Laetitia" fordert der Diözesanrat der

Katholiken im Bistum Aachen eine rasche Verbesserung der Situation von wiederverheirateten Geschiedenen in der Kirche. Die deutschen Bischöfe, so der Ratsvorsitzende Lutz Braunöhler, könnten für eine schnelle, „tragfähige Lösung“ u.a. auf das Hirtenwort der oberrheinischen Bischöfe Oskar Saier, Karl Lehmann und Walter Kasper von 1993 zurückgreifen. Dieses hatte ausführliche Vorschläge für die "seelsorgliche Begleitung von Menschen aus zerbrochenen Ehen, Geschiedenen und wiederverheirateten Geschiedenen" gemacht. Die Nächstenliebe, so Braunöhler, sei nach den Worten von Papst Franziskus „das vorrangige Gesetz der Christen“.

Eine Wiederezulassung von wiederverheirateten Geschiedenen zu den Sakramenten und zur aktiven Teilnahme am kirchlichen Leben sei das Ziel. Lutz Braunöhler fordert eine einheitliche Regelung für ganz Deutschland: "Es darf nicht sein, dass betroffene Christinnen und Christen in Hamburg eine andere Behandlung erfahren als in München, in Aachen eine andere als in Erfurt."

Burundi: Gefahr eines neuen Bürgerkriegs

Im ostafrikanischen Burundi ist nach Ansicht von vielen Beobachtern in den vergangenen Monaten die Gefahr eines neuen Bürgerkriegs gewachsen. Als Hauptgrund für diese Gefahr nennen sie den Beschluss von Staatspräsident Pierre Nkurunziza im April 2015, für eine dritte, ver-

fassungswidrige Amtszeit die Regierungsgeschäfte zu führen. Nkurunziza war dafür vor allem seitens der katholischen Kirche scharf kritisiert worden.

Unter Berufung auf Röm 13,1, wonach es keine staatliche Gewalt gibt, die nicht von Gott stammt, nimmt der Präsident ein „göttliches Mandat“ für sich in Anspruch, tritt auf den von seinem Regierungsteam organisierten „Glaubenskreuzzügen“ regelmäßig als Prediger auf und bezeichnet seine Gegner pauschal als „Feinde Burundis“ und als „Verbündete Satans“. Die katholischen Bischöfe des Landes hat er wiederholt „Terroristen“ genannt.

Rolle der Ordensfrauen

Nach Auffassung der Präsidentin der österreichischen Vereinigung der Frauenorden (VFÖ), Schwester Beatrix Mayrhofer, sind Ordensfrauen weltweit aufgerufen, mit dem völlig veralteten Rollen-Image der Klosterfrauen zu brechen. Denn längst seien sie keine Kindergartentanten, Köchinnen, Putzkräfte und Messnerinnen mehr. Leider sei das Bild von den „frommen Dienerinnen“ innerkirchlich noch stark verfestigt, erklärte Mayrhofer. „Wir müssen diesen klerikalen Mittelbau überwinden und sagen: Liebe Herren, eure Vorstellung von Ordensfrauen stammt noch aus alten Seminarszeiten. Und die Sakristei müsst ihr selber aufräumen.“

Dialog mit Piusbrüdern

Papst Franziskus erklärte in einem Interview mit der französischen Tageszeitung „La Croix“, dass er den Dialog mit der traditionalistischen Piusbruderschaft fortsetzen werde.

Die 1969 vom französischen Erzbischof Marcel Lefebvre gegründete Priesterbruderschaft St. Pius X. lehnt zentrale Bestandteile der Konzilsbeschlüsse ab. Dies betrifft vor allem Aussagen zu Liturgie, Religionsfreiheit und Ökumene.

Die seit längerem erörterte Schaffung einer Personalprälatur für die Piusbrüder nannte Franziskus „eine mögliche Lösung“. Zuvor müsse es jedoch eine „grundlegende Übereinkunft“ geben. Ob es sich dabei um die Unterzeichnung der vom Vatikan 2011 vorgelegten sogenannten Präambel handelt, blieb offen. Zuletzt war in Rom spekuliert worden, Franziskus könnte theologische Abstriche an den Forderungen gegenüber der Piusbruderschaft machen und möglicherweise auf eine Annahme des Dokuments durch die Traditionalisten verzichten. Franziskus war im April erstmals zu einem Gespräch mit dem Oberen der traditionalistischen Piusbrüder, Bernard Fellay, zusammengetroffen. 2015 war der Papst den Piusbrüdern überraschend entgegengekommen, als er allen Gläubigen gestattete, während des derzeitigen Heiligen Jahres auch bei Priestern der Bruderschaft zu beichten. In jenem Schreiben betonte Franziskus: „Ich vertraue darauf, dass in naher Zukunft Lösungen gefunden

werden können, um die volle Einheit mit den Priestern und Oberen der Bruderschaft wiederzugewinnen.“ Mitte Mai gab Fellay gegenüber der US-amerikanischen Wochenzeitung „National Catholic Reporter“ bekannt, dass es für die Bruderschaft „keinen Kompromiss“ geben werde.

Skandal um Berater des Vatikans

Der bekannte französische Priester und Psychotherapeut Tony Anatrella, Mitglied des Päpstlichen Rates für die Familie und Teilnehmer der letztjährigen Familien-Synode, steht seit Wochen unter dem schweren Verdacht, mit „angehenden Klerikern während der Therapie Sex gehabt zu haben“. Anatrella hatte in der Vergangenheit wiederholt vor den Gefahren von „Schwulen-Lobbies“ und vor „Gender-Ideologien“ gewarnt und bei einem Kurs für neu ernannte Bischöfe in Rom die Auffassung vertreten, dass Diözesanbischöfe „generell nicht verpflichtet sind, pädophile Vergehen von Priestern staatlichen Behörden zu melden“. Dem widersprach Kardinal Sean O'Malley, Chef der Päpstlichen Kinderschutz-Kommission. In einer Pressemitteilung erklärte er es als moralische und ethische Pflicht aller Kirchenmitglieder („über die staatliche Strafgesetzgebung hinaus“) jedweden Verdacht des sexuellen Missbrauchs in kirchlichen Einrichtungen den zuständigen zivilen Behörden zu melden.

Muslim wird neuer Oberbürgermeister von London

Bei den Wahlen zum Amt des Londoner Oberbürgermeisters hat im Mai dieses Jahres der muslimische Kandidat der Arbeiterpartei, Sadiq Khan, den Sieg davon getragen. Der Jurist ist pakistanischer Abstammung. An die Adresse des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump gerichtet, vertrat Khan die Ansicht, dass dieser „noch viel dazulernen muss“. Trump hatte zuvor verkündet, dass er bei dem von ihm geforderten strikten „Einreiseverbot für Muslime“ für Londons neuen OB eine Ausnahme machen würde, falls Khan zu Besuch in die USA kommen möchte.

Selbstkritische Reflexion?

Franz-Peter Tebartz-van Elst, der frühere Bischof von Limburg, ist Ende Mai 2016 erstmals wieder seit seinem – nicht ganz freiwilligen – Rücktritt im Oktober 2013 in der Öffentlichkeit aufgetreten. Er hielt im Campo Santo Teutonico in Rom, als Delegat im Päpstlichen Rat für die Neuevangelisierung zuständig für die Katechese, vor der Görres-Gesellschaft einen Vortrag über „Wider das Verstummen. Warum die Kirche Katechese braucht“. Er sprach damit zu „seinem“ Thema, das ihn schon seit seiner Promotion 1993 und der Habilitation 1998 verfolgt, womit er auch eine Professur für Pastoraltheologie und Liturgiewissenschaft an der Universität Passau –

zum Erstaunen vieler Fachkollegen - erlangen konnte. Man durfte also tiefschürfende Ausführungen eines Pastoraltheologen und Katechetikers erwarten. Stattdessen erging sich Tebartz-van Elst, wenn man der FAZ vom 23. Mai 2016 („Tebartz-van Elst fordert Selbstkritik“, S. 4) glauben darf, in Kirchenkritik - was eine kritische Zeitschrift wie *imprimatur* ja grundsätzlich nur gutheißen könnte, wenn, ja wenn die ‚Richtung‘ nur stimmen würde! Er forderte zu einer „selbstkritischen Reflexion“ über die religiöse Unterweisung auf, die „nicht auf das Verkürzte oder Kuschelige – Achtung: Tautologie! - redu-

ziert werden“ dürfe. Er kritisierte auch generell eine vermeintliche Offenheit der Kirche, die nicht zu einer Nichtregierungsorganisation zum „Bespaßen oder Unterhalten“ werden dürfte, sondern eine „Kontrasterfahrung“ anbieten müsse, um der „Welt Größeres entgegenzusetzen“. In diesem Zusammenhang nannte er den Schriftsteller Navid Kermani vorbildlich, der als Muslim bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels tat, was sich die Kirche oft nicht mehr traue: zum Gebet aufrufen. Von Kermani bzw. seinem „Weckruf“ könne Kirche lernen, ihre „Versuchung zum Schweigen“ zu

überwinden. Seine eigene diesbezügliche Versuchung hat der Vortragende offenbar nicht ganz überwunden: Er lehnte Journalistenfragen nach seiner Rede ab. Das erübrigt eigentlich jeden weiteren Kommentar. Ältere Kundige unter den etwa 60 Zuhörern werden sich vielleicht an das Jahr 1983 und die zwei Katechetischen Reden in Frankreich des damaligen Präfekten der Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger, erinnert gefühlt haben. Sie lösten damals einigen Unmut aus. Solcher dürfte Tebartz-van Elst erspart bleiben – dazu kommt dieses „remake“ zu spät und ist inhaltlich zu dürftig.

Das Interview

„Gelegen oder ungelegen - ich habe meine Meinung gesagt“

Im Juli vorigen Jahres feierte Dr. Franz Brendle sein Goldenes Priesterjubiläum. Dem Dialog zwischen den christlichen Kirchen verpflichtet und seit vielen Jahren treibende Kraft in der deutschen Sektion von „Religionen für den Frieden“, hat der erfahrene Gemeindeseelsorger an vorderster Front die häufig sehr dramatischen Auseinandersetzungen um das Erbe des 2. Vatikanischen Konzils miterlebt. Sackgassen, ausweglose Konflikte, so Brendle, habe es jedoch nie gegeben, auch wenn in jüngster Zeit kaum noch zu leugnen sei, dass zwischen seiner Generation und vielen jüngeren Priestern des Bistums Rottenburg/Stuttgart manchmal Welten liegen. Mit dem aus Stuttgart-Degerloch stammenden Geistlichen sprach unser Redaktionsmitglied Horst Hohmann:

Frage: Herr Brendle, als Sie im Juli 1965, kurz vor Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils, in Rottenburg zum Priester geweiht wurden, durfte man davon ausgehen, dass künftig ein „frischer Wind“ durch die Kirche wehen würde. Hatten Sie und die anderen Neupriester damals bereits eine Vorstellung von bestimmten Reformen, die Sie als unausweichlich betrachteten?

Antwort: Während meines Studiums habe ich mit großem Interesse das Konzil verfolgt. Konzilsberater wie die Professoren Rahner und Küng ließen auf Ergebnisse hoffen, die eine Öffnung der Kirche für die Probleme der Zeit mit sich bringen konnten.

Vor allem die Gottesdienste in unserem Land waren noch von einer Liturgie geprägt, die in Sprache und Form nur wenig Gläubige begeistern konnte. Auch die Haltung zu anderen christlichen Kirchen und zu den Weltreligionen war eher geprägt vom Lehrsatz: „Außerhalb der (Römisch-Katholischen) Kirche gibt es kein Heil“. Auch im Blick auf die vielen konfessionsverschiedenen Ehen und die in vielen Gemeinden praktizierten ökumenischen Gottesdienste war eine Reform überfällig.

Frage: Mit der Veröffentlichung der sogenannten Pillen-Enzyklika „*Humanae Vitae*“ von Paul VI. wurde dann 1968 ein

Das Interview

Großteil des Kirchenvolkes und der Seelsorger aus allen ihren Träumen gerissen – ein Keulenschlag hatte sie getroffen. Die meisten Katholiken reagierten mit ungläubigem Staunen oder blankem Entsetzen. Und per Amtsblatt kamen bestimmt auch sehr bald für Sie aus dem Ordinariat genaueste Anweisungen, wie Sie unten an der kirchlichen Basis mit der Enzyklika umzugehen hätten?

Antwort: Ja, die Veröffentlichung der Enzyklika „*Humanae Vitae*“ wirkte bei vielen Gläubigen wie ein Keulenschlag. Unter Theologen hatte es sich herumgesprochen, dass Papst Paul VI. einem Minderheitenvotum (vor allem aus kurialen Kreisen) gefolgt war. Die meisten Eheleute folgten aber bezüglich der Geburtenplanung und –regelung dem Rat ihrer Ärzte. Und auch im pastoralen Gespräch wurde dies akzeptiert und empfohlen.

Dass diese Praxis in der Sprache der Enzyklika „verwerflich“ sei (Nr. 14), führte zu erregten Diskussionen in den Gemeinden. Die meisten Priester bezogen in den Gottesdiensten nach Veröffentlichung der Enzyklika Stellung. Es gab in meiner Diözese aber hierzu keine Anweisung. Meist wurde die wenige Wochen später erschienene „Königsteiner Erklärung“ der Deutschen Bischöfe zitiert, die den seelsorgerlichen Ratschlag enthielt, „die verantwortungsbewusste Gewissensentscheidung der Gläubigen zu achten“ (Nr. 16).

Frage: Vom Ausmaß des Konflikts, in den eine große Zahl von Priestern durch „*Humanae Vitae*“ und durch spätere lehramtliche Verlautbarungen aus Rom gestürzt wurde, vermögen wir Laienkatholiken uns meist kein genaues Bild zu machen. Schildern Sie uns, wie das ist, wenn man zwischen die Fronten gerät und dann irgendwann nur noch seinem eigenen Gewissen folgt.

Antwort: Soweit mir bekannt ist, wurde in meiner Diözese niemand in ausweglose Konflikte „gestürzt“, auch wenn es in Gottesdiensten und Gemeindeversammlungen wegen der Enzyklika „*Humanae Vitae*“ oder wegen anderer fragwürdiger amtskirchlicher Verordnungen bisweilen zu sehr heftigen Auseinandersetzungen kam. Nicht selten war das dann natürlich für uns Seelsorger ein gefährlicher Spagat zwischen dem „geschuldeten Gehorsam, der

innerlich und äußerlich dem kirchlichen Lehramt zu leisten ist“ – so in der Enzyklika (HV 28) – und den Aussagen des Konzils in der Kirchen-Konstitution „*Lumen Gentium*“ (Nr.12) über alle Christgläubigen, deren Glaubenssinn „vom Geist der Wahrheit geweckt und genährt wird“. Ich selbst und viele meiner Kollegen haben auf diese Feststellung der Konzilsväter verwiesen, wenn wir die uns anvertrauten Menschen ermutigten, bei allen wichtigen Entscheidungen ihrem eigenen Gewissen zu folgen.

Frage: Sie haben sich immer das Recht herausgenommen, zum Bischof nach Rotenburg zu fahren und Dampf abzulassen – dem Georg Moser zu sagen „Jetzt langts“, dem Walter Kasper „Ohne mich“ und dem Gebhard Fürst ein umgangssprachlich einwandfreies „Verarsche lass i mi net“. Mussten Sie da auch schon mal mit einer kleinen Abmahnung nach Hause fahren?

Antwort: Ich habe mich bemüht, gepflegte Ausdrucksformen meinen Bischöfen gegenüber zu benutzen. Trotzdem habe ich in den 51 Jahren im Dienste der Diözese immer - auch dem Bischof gegenüber - meine Meinung vertreten, „sei es gelegen oder ungelegen“. Mir war es nicht wichtig mit Schlagworten, sondern mit Argumenten zu diskutieren, und ich wurde auch nie in irgendeiner Weise gemaßregelt. Diese offene kollegiale Atmosphäre zwischen Bischof und Priestern in unserer Diözese ist wohl nicht überall die Regel.

Ich darf hier aber auch wiederum nicht verschweigen, dass in den letzten Jahren die Kluft zwischen meiner Generation und manchen jungen Priestern größer geworden ist. Ich beobachte, wie junge Kollegen eher dogmatisch und kirchenrechtlich argumentieren und dabei die pastorale Situation gelegentlich aus dem Auge verlieren. Ein gedeihlicher Dialog ist dann kaum möglich und die älteren Kollegen ziehen sich dann eben oft resigniert zurück.

Frage: Viele Firmen bedanken sich für brauchbare Verbesserungsvorschläge bei ihren Mitarbeitern mit Prämien. Wie waren da ihre Erfahrungen beim Dienstleistungsunternehmen Kirche? Stimmt es, dass man sich dort mit Reformempfehlungen meist nur Ärger einhandelt und Ge-

Das Interview

fahr läuft, als Unruhestifter abgestempelt zu werden?

Antwort: Das kann ich nicht bestätigen. Wenn es um pastorale Vorschläge ging, so kann man sie ohnehin nicht mit Prämien honorieren. Reformvorschläge werden meist mit den engsten Mitarbeitern des Bischofs besprochen. Wenn sie dann nicht akzeptiert werden, muss man das – wenn auch zähneknirschend – einfach zur Kenntnis zu nehmen. Das ist in Firmen nicht anders üblich.

Frage: Herr Brendle, Sie haben nach langen Jahren der Gemeindeseelsorge über den aus Aschaffenburg stammenden Radiologen, Physiker und Philosophen Friedrich Dessauer promoviert – einen Katholiken, der bei seinen medizintechnischen Forschungen zum Wohl der Menschheit im wahrsten Sinne des Wortes sein Leben riskierte. Wirkt es angesichts solcher Größe nicht peinlich, wenn sich Christen wegen Kleinigkeiten in den Haaren liegen?

Antwort: Sie haben Recht. Friedrich Dessauer war ein großer Physiker und engagierter Katholik. Mit innerkirchlichen Querelen hat er sich meines Wissens nie befasst. Vielleicht sollten wir ein globales Denken über den begrenzten Horizont hinaus von ihm lernen.

Dessauer versuchte immer, den Geheimnissen unserer Welt auf die Spur zu kommen. Er sah seine Aufgabe darin, die Wirklichkeit zu „entbergen“, auch wenn diese letztlich eine Aporie, ein Geheimnis bleibt, weil er hierin die Wirklichkeit des Göttlichen sah. Insofern kann man Dessauer auch als Brückenbauer zwischen Religion und Naturwissenschaft sehen. Er suchte nach Wegen für eine christliche Rezeption der modernen Naturwissenschaften, wenn er sich auch in kritischer Distanz zur theologischen Bevormundung der Naturwissenschaften positionierte.

Solange es seine durch Röntgenstrahlen geschädigte Gesundheit zuließ, hat er sich mit seiner Forschung in den Dienst der Menschen gestellt. Er entwickelte eine Apparatur zur Röntgen-Kinematografie, die vor allem in der Kardiologie damals Anwendung fand.

Frage: Als Sie voriges Jahr in St. Eberhard in Stuttgart Ihr Goldenes Priesterjubiläum feierten, hielt Bischof Martin Hein von der

Evangelischen Kirche Kurhessen-Waldeck die Predigt. Ihr eigener Bischof, Gebhard Fürst, hatte zuvor ausdrücklich gefordert, dass bei dem Festakt auf keinen Fall der Eindruck einer „Konzelebration“ entstehen dürfe. Blutet angesichts solcher „Sorgen“ einem der Ökumene verpflichteten Priester nicht das Herz? Verstehen Sie das als Chef der deutschen Sektion von „Religionen für den Frieden“ nicht manchmal doch die Welt nicht mehr?

Antwort: Die Bitte des Bischofs konnte ich nur insofern verstehen, weil dieser Gottesdienst in seiner Stuttgarter Domkirche stattfand. Vermehrt kommen zu dem sonntäglichen Zwölf-Uhr-Gottesdienst sehr konservative und fundamentalistische Christen, die sich oft sogar an Kleinigkeiten stören (z.B. „der Kelch wurde bei der Wandlung nicht hoch genug gehalten“). Diese Christen wissen natürlich ganz genau, dass eine ökumenische Konzelebration nicht erlaubt ist. Wäre der ev. Bischof am Altar gestanden – obwohl er als Lutheraner das gleiche Abendmahlsverständnis hat –, hätte dies sicher einen unliebsamen Briefwechsel nicht nur zwischen mir und meinem Bischof, sondern gleich mit dem Nuntius und den römischen Behörden, die oft direkt von diesen Leuten angeschrieben werden, zur Folge gehabt.

Am Schluss des Gottesdienstes sagte ich allerdings unter lang anhaltendem Beifall der über 500 Mitfeiernden: „Sollte ich noch einmal ein Jubiläum feiern und ein evangelischer Bischof wäre anwesend, so wünschte ich mir nichts sehnlicher als dass wir endlich gemeinsam am Altar die Eucharistie feiern können“.

Frage: Verraten Sie uns: was hat Ihnen Bischof Gebhard Fürst zum Goldenen Priesterjubiläum geschenkt?

Antwort: Anlässlich des Goldenen Priesterjubiläums erhielten ich und die anderen Jubilare einen persönlichen Dankesbrief des Bischofs sowie die Einladung zu einer Begegnung mit gemeinsamem Gottesdienst und festlichem Mittagessen. Als kleines Geschenk bekamen wir eine Kerze mit bischöflichem Wappen.

Frage: Sie haben sich immer glücklich und bereichert gefühlt, wenn Sie im Nahen Osten oder in Asien mit Reisegruppen un-

Welt des Islam

terwegs waren oder mit Freunden in Afrika oder Lateinamerika Urlaub machten. Sie haben die Weltanschauungen sowie die Denk- und Lebensweise fremder Völker aus nächster Nähe kennengelernt und gleichzeitig beobachten können, dass unsere katholische Kirche halt doch noch lange nicht überall „angekommen“ ist. Könnte das nicht auch bedeuten, dass die Offenbarung doch noch nicht so ganz abgeschlossen ist?

Antwort: Bei allen Reisen habe ich immer den Kontakt zu katholischen und evangelischen Gemeinden und zu anderen Religionsgemeinschaften gesucht. Ich habe vielfach sehr lebendige Gemeinden erlebt, von denen wir viel lernen könnten, vor allem die Freude und das Engagement auch außerhalb der Kirchentür. Wenn das Christentum noch nicht überall angekommen ist, hängt dies meines Erachtens auch damit zusammen, dass die Inkulturation vielfach von vatikanischen Behörden ausgebremst wurde und wird. Eine Kirche mit „westlichen Formen und Riten“ wird sich im asiatischen und afrikanischen Raum sehr schwer tun.

Frage: Nennen Sie uns einige Erfahrungen der vergangenen 50 Jahre, die Sie in guter Erinnerung haben und auf die Sie stolz und zufrieden zurückblicken.

Antwort: Dazu gehört zweifellos das Privileg, dass ich viele Menschen auf ihrem Lebensweg begleiten durfte. Ich durfte mit ihnen feiern, durfte sie aber auch beraten, ermutigen und trösten.

Sodann fand ich es immer sehr beglückend, dass meine Predigten und theologischen Vorträge neben kritischen Interventionen bei vielen Christen großen Anklang fanden und dankbar aufgenommen wurden.

Schließlich rechne ich zu den schönen Erfahrungen auch, dass ich immer wieder offene und dialogbereite KollegenInnen und Bischöfe fand und damit wusste, dass ich nicht allein unterwegs bin.

Paul Glotter

Eine entwaffnende Frau

Porträt der Afghanin Sakena Yacoobi

Als die schwerbewaffneten Taliban-Krieger an jenem Wochenendnachmittag in den frühen 1990er Jahren das Büro von Sakena Yacoobi in Kabul stürmten und ihre Schnellfeuerwaffen drohend in Anschlag brachten, stand für die junge Frau sofort fest, dass die schwarzuniformierten Glaubensfanatiker weder zum Tee noch auf ein ruhiges, klärendes Gespräch gekommen waren. Wild durcheinander geschrien hätten sie, erinnert sich die heute 66-jährige Bio-Wissenschaftlerin und diplomierte Gesundheits-Expertin. Hätten wütend darauf hingewiesen, dass man sie jederzeit standrechtlich erschießen könnte, weil sie verbotenerweise Mädchen unterrichtete und rund 200 junge Frauen in ihren Grundschulen angestellt habe.

Auch nach so langer Zeit empfinde sie es noch immer als ein richtiges Wunder, gesteht die aus der westafghanischen Stadt Herat stammende Pädagogin, dass sie den finsternen Eindringlingen damals furchtlos in die Augen geblickt und mit fast schon provozierender Gelassenheit gesagt hatte: „Wir geben hier keinen Schulunterricht. Wir unterweisen eure künftigen Frauen im Koran und in der hohen Kunst, ihre häuslichen Aufgaben jederzeit treu und gewissenhaft zu erfüllen!“

Wenn Sakena Yacoobi von solchen zum Alltag gehörenden „Drohgebärden“ der Staatsmacht in ihrer geliebten Heimat erzählt („Da schätzt du dich jedesmal glücklich, mal wieder mit blauem Auge davongekommen zu sein!“), huscht gewöhnlich ein listiges Lächeln über ihr Gesicht. Dann sagt sie trotzig und mit herausforderndem Ton in der Stimme: „Man muss sich zu helfen wissen!“

Das bedeute vor allem, schärft sie den unter ihrer Anleitung arbeitenden Frauen bei Fortbildungskursen ein, gedanklich immer einen kleinen Tick schneller zu sein als die Männer, die sich – stumpfsinnig, unbe-

Welt des Islam

lehrbar und waffenstrotzend – ein ums andere Mal als „Befreier und Retter des Vaterlandes“ aufgespielt hätten.

Seit nahezu 40 Jahren hätten Männer Milliarden von Dollars in ihre Bürger- und Stellvertreterkriege in Afghanistan gesteckt und statt des versprochenen Friedens nur Leid, Flucht und Zerstörung gebracht, betont Sakena Yacoobi. Die Russen seien 1979 einmarschiert und hätten laut verkündet: das schaffen wir – mit Waffengewalt! Dann hätten die untereinander heillos zerstrittenen islamistischen Mudschaheddin nach dem Abzug der Russen mit Hilfe des amerikanischen Geheimdienstes die Macht an sich gerissen und abermals proklamiert: das schaffen wir – mit Waffengewalt! Schließlich hätten die Taliban-Milizen 1992 ihre Schreckensherrschaft begonnen, hätten in sehr kurzer Zeit das ganze afghanische Staatsgebiet unter ihre Kontrolle gebracht und den entsetzten, ausgehungerten Bürgern des Landes versprochen: wir schaffen ein neues, gottgefälliges Afghanistan – mit Waffengewalt! Ja, und zuallerletzt seien die Amerikaner und ihre Alliierten gekommen, um den „terroristischen Dschihadisten“ den Garaus zu machen – mit Waffengewalt!

Über die Todesopfer während der kriegerischen Auseinandersetzungen, sagt Sakena Yacoobi, gebe es nur Schätzungen – von mindestens 1,2 Millionen müsse man allein in Afghanistan ausgehen. Zeitweilig seien mehr als 7,5 Millionen ihrer Landsleute, ein Viertel der Gesamtbevölkerung, in Flüchtlingslagern untergebracht gewesen - verjagt und ausgebombt, im eigenen Land sowie in den Nachbarländern Iran und Pakistan.

„Als ich auf Drängen meines sehr fortschrittlich gesinnten Vaters in den 1970er Jahren in den USA studierte und promovierte und an einer der Westküsten-Unis dann auch sehr schnell eine Assessoren-Stelle bekam“, verrät Frau Doktor, „hatte ich über Monate hinweg keinerlei Kontakt mit meiner Familie zuhause. Meine Eltern und Geschwister waren plötzlich wie vom Erdboden verschwunden. Weg, einfach weg. Dank intensiver Nachforschungen via Vereinte Nationen stieß ich schließlich auf eine Spur, die in ein Flüchtlingscamp im Iran führte, wo man dann auch tatsächlich wenig später meine Familie ausfindig machen konnte.“

Sakena erzählt, wie sie keinen Augenblick gezögert und alle Hebel in Bewegung gesetzt habe, um ihre Eltern und ihre vier Brüder in die USA zu holen. „Insbesondere meiner schon immer etwas kränklichen Mutter war ich das schuldig“, sagt sie und erwähnt beiläufig, dass ihre Mutter („wie so viele Frauen in Afghanistan!“) sechzehnmal schwanger gewesen sei, doch nur fünf ihrer Kinder zur Welt gebracht habe.

Einfach einen Schlusstrich ziehen, sich von der alten, so hoffnungslos zerrissenen Heimat verabschieden – auf Nimmerwiedersehen?

„Nein“, erklärt die leidenschaftliche Patriotin, „das hätte ich nie übers Herz gebracht!“

1990 setzt sie sich mit all ihrem Ersparten (20.000 Dollar) in den Flieger und kehrt nach Afghanistan zurück. Ein neuer Abschnitt beginnt in ihrem Leben, „Der wichtigste, wie sich bald herausstellen sollte“, sagt sie. „Ich hatte lange, sehr lange nachgedacht und mich in jener Zeit vor allem mit meinem Vater beraten. Er stärkte mir für den geplanten humanitären Einsatz in Afghanistan den Rücken. Das war entscheidend.“

Es sei ihr damals partout nicht aus dem Kopf gegangen, ergänzt Sakena Yacoobi, wie ihre eigene schulische Bildung und ihr Studium in den USA einen selbstbewussten, fragenden Menschen aus ihr gemacht hatten – einen Menschen, der den Dingen auf den Grund geht und auch mit einfachen Worten erklären kann, was er auf dem Herzen hat. Und konsequenterweise sei sie dann zu dem Schluss gekommen, dass eine gediegene Bildung („an Stelle der Gewehre, Bomben und Kanonen!“) letztlich vielleicht doch die wirksamere „Waffe“ ist, um in ihrer Heimat eine Wende herbeizuführen und aus Afghanistan ein Land des Wohlstands, des zivilisierten Zusammenlebens und der Sicherheit für alle Bürger zu machen.

„Zuerst habe ich nach meiner Rückkehr unter alten Freundinnen und Freunden sondiert und die Fühler ausgestreckt“, berichtet die Pädagogin. „Ich war entsetzt über die weit verbreitete Angst der Leute, ihre Meinung zu sagen oder sich in irgendeiner Form festzulegen. Keiner schien dem anderen über den Weg zu trauen.“

Geduldig, klug und mit dem ihr angeborenen Charme gelang es Sakena, viele der verzweifelten und ohne jegliches Einkommen dastehenden jungen Kriegswitwen für ihre ehrgeizige Bildungs-Offensive zu gewinnen. Die Zusicherung eines festen Einkommens tat selbstverständlich ein Übriges.

Knapp über 60 „Untergrundschulen“ waren es zunächst, in welchen unter größtmöglicher Geheimhaltung Jungen und Mädchen Unterricht erteilt wurde. „Von Anfang an legten wir großen Wert auf kreatives Lernen“, betont Sakena Yacoobi. „Basteln, Töpfern und Malen standen auf dem Stundenplan. Musik wurde gepflegt, über die Grundpfeiler einer Demokratie wurde gesprochen, über die Rechte und Pflichten der künftigen Staatsbürger - ein anspruchsvolles Programm also, das irgendwann dann mal Voraussetzung für ein Weiterstudium sein konnte.“

Die inzwischen weit über die Grenzen ihrer zentralasiatischen Heimat hinaus bekannte Reformerin darf heute stolz resümieren, dass ihr trotz aller kriegsbedingten Widrigkeiten „Historisches“ gelungen ist: das von ihr 1995 gegründete „Afghan Institut of Learning“ (AIL) ist heute Träger von mehr als 320 in Afghanistan und in der west-pakistanischen Provinz Peshawar betriebenen Schulen sowie eines populären Radiosenders, der mit seinen Nachrichten, seiner Musik und seinen Unterrichtssendungen selbst in den entferntesten Bergtälern gehört wird.

Sakena, die in ihrer Kindheit mal Ärztin werden wollte, betrachtet es als eine „große Genugtuung“, dass es ihr mit großzügiger Unterstützung aus dem Ausland und unter Zuhilfenahme der vielen Preisgelder, die sie in Anerkennung ihres Werkes während der letzten Jahre weltweit einheimen konnte, gelungen ist, vier kleine, ambulant operierende Krankenstationen und ein großes Krankenhaus einzurichten. „Das läuft prima“, sagt sie. „Und wenn man bedenkt, dass wir mit unserem Angebot bisher rund 12 Millionen meiner Landsleute erreichen konnten, haben wir allen Grund, in unseren täglichen Gebeten dem Allmächtigen zu danken!“

Markus Groß

Das Märchen vom der andalusischen Toleranz

Das Paradies auf Erden zu finden ist ein alter Menschheitstraum, der von den Zeiten der Hochkulturen des Alten Orients bis in unsere Zeit immer wieder neue literarische und in letzter Zeit auch (pseudo-)wissenschaftliche Früchte getragen hat. Ein Beispiel für letzteres ist die sogenannte „Mead-Freeman-Debatte“ aus dem letzten Jahrhundert. Die Ethnologin Margaret Mead veröffentlichte im Jahre 1928 ein später berühmt gewordenes Buch¹, in dem sie die angebliche sexuelle Freizügigkeit der Kultur der Samoaner in schwärmerischen Tönen beschrieb. Zu Beginn ihrer achtmonatigen Feldforschung konnte sie zwar kein Wort Samoanisch – man bedenke, was herauskäme, wenn ein konfuzianisch gebildeter Japaner ohne Kenntnis einer westlichen Sprache, christlicher Religion und europäischer Geschichte eine solche Studie über die Stadtbevölkerung Roms, über das Saarland oder Island anfertigen würde – aber ihre vorgeblichen Forschungsergebnisse passten zur damaligen, und mehr noch zur etwas späteren Stimmungslage: Sie hatte bewiesen, dass der „Urzustand“ des Menschen eine Gesellschaft ohne Eifersucht (stets frei wählbaren sexuellen Kontakten), ohne materialistische Gier und ohne bürgerliche Zwänge sei. Vor allem in den 50er und 60er Jahren, zur Zeit der Beatnik- und später der Hippie-Generation, war sie eine oft eingeladene anthropologische Expertin, die für die wissenschaftliche Untermauerung der neu propagierten alternativen Lebensweise angesehen wurde. Dies änderte sich schlagartig durch die Publikationen von Derek Freeman², der unter anderem

¹ Mead, Margaret (1928): *Coming of Age in Samoa. A Psychological Study of Primitive Youth for Western Civilisation.* New York.

² Freeman, Derek (1983): *Liebe ohne Aggression. Margaret Meads Legende von der Friedfertigkeit der Naturvölker.* München; und ders. (1999): *The Fateful Hoaxing of Margaret Mead. A Historical Analysis of Her Samoan Research.* Boulder, Colo;

Welt des Islam

die Gewährspersonen seiner Kollegin aufsuchte und die gesamte Studie als (z.T. vielleicht unbewusste) Fälschung entlarvte.

Die Themen und Träume der letzten zwanzig Jahre sind weniger durch Sexualität bestimmt – mittlerweile ist ja eh alles erlaubt – als vielmehr durch die Probleme im Zusammenleben Angehöriger verschiedener Kulturen. Das neue Paradies, das nun als Modell für eine multikulturelle (moderndeutsch oft auch „pluri“-kulturelle) Gesellschaft propagiert wird, ist das maurische Andalusien (al-Andalus, Spanien). Die UNESCO hat dazu eine auch als PDF verfügbare Broschüre herausgegeben, in der das Loblied auf diese Epoche kultureller Blüte, gesellschaftlicher Toleranz in malerischer Umgebung gesungen wird³.

Inwieweit diese Vorstellung eines südspanischen Paradieses der Wirklichkeit entsprach, war unter anderem Thema des Buches *“The Myth of the Andalusian Paradise: Muslims, Christians, and Jews Under Islamic Rule in Medieval Spain”*, von Darío Fernández-Morera. In Kanada ist dazu mittlerweile eine Rezension erschienen, die hier in deutscher Übersetzung folgt⁴:

„Warum ist Geschichte wichtig? Manche meinen, weil es Lektionen erteilt, die man beachten sollte. Andere sehen es als etwas an, was von vorneherein mit Fehlern behaftet ist, und dessen Unzulänglichkeiten heraus- und bloßgestellt werden sollten. Wieder andere befeißigen sich einer wohlwollenden Herangehensweise. Sie wählen besondere historische Momente aus und präsentieren sie als exemplarische Fälle von bedingender Vorgeschichte. Solche Strategien mögen populär sein, neigen aber zur Mythenbildung und sind daher von Grunde auf mit Fehlern behaftet.

eine Zusammenfassung der Debatte findet sich unter: David Johannes Berchem: Samoa Revisited? – Sexuelle Freizügigkeit in der Mead/Freeman-Kontroverse oder: Zur Validität ethnographischen Wissens; <http://www.zeitschriftenplatz.de/2011/09/samoa-revisited/>

³ “The routes of Al-Andalus – Spiritual Convergence and Intercultural Dialogue”; <http://unesdoc.unesco.org/images/0011/001144/114426eo.pdf>

⁴ Nirmal Dass, „Andalusia, or The Legend of Islamic Spain“, übers. und kommentiert vom Verf.; Originaltext unter: <http://newramblerreview.com/book-reviews/history/andalusia-or-the-legend-of-islamic-spain/>; erschienen in: Wilmingon: Intercollegiate Studies Institute, 2016

Denn sie leugnen, dass [das Fach; Übers.] Geschichte einen realen Zweck verfolgt, nämlich unter Verwendung der Vernunft die dingliche Wahrheit herauszufinden.

Für solche Mythenbildung gibt es zahlreiche Beispiele. Eines davon ist der Mythos des Islamischen Spanien, oder des utopischen Andalusien: eine erfolgreiche und harmonische Gesellschaft, in der urbane und weise muslimische Herrscher die brutalen und barbarischen westgotischen Fürstentümer in ein elysisches Reich voller Toleranz für alle Glaubensrichtungen verwandelten. Der Begriff hierfür lautet *convivencia*, harmonische Koexistenz. In beiden Fällen handelt es sich um Rückprojektionen eines zeitgenössischen Wunschenkens, wobei historische Präzedenzfälle gesucht werden, um aktuelle Vorstellungen der idealen Gesellschaft zu rechtfertigen – in diesem Falle: Multikulturalismus. So ehrenwert solche Bemühungen auch sein mögen, sie widersprechen der [geforderten] Wahrhaftigkeit der Geschichtswissenschaft. [Bemerkung des Übers.: *History* wird in der Rezension oft als wissenschaftliche Disziplin verstanden]. Im Falle von Andalusien hat sich Darío Fernández-Morera, Professor für mittelalterliche spanische Literatur und Geschichte an der Northwestern Universität, zur Aufgabe gemacht, Fakten und Fiktion zu trennen. Er tut dies sowohl stilsicher als auch gründlich, indem er die neuesten europäischen Publikationen (von denen das meiste bisher nicht ins Englisch übersetzt worden ist) ebenso heranzieht wie archäologische Quellen und Dokumente.

In Wirklichkeit war das muslimische Spanien ein Schreckenland/ *Dys-topia* [Anm. Übers.: *U-topia* = englisches Wortspiel von Thomas Morus; *U-topia* – *Nirgendland* würde genauso ausgesprochen [ju...] wie *Eu-topia* – das *gute/perfekte* Land. Das Gegenteil von letzterem wäre *Dys-topia* – das *schlechte* Land]. Fernández-Morera stellt die muslimische Eroberung von Spanien in den Kontext des Jihad, wie durch den [mittelalterlichen muslimischen Historiker; Anm. Übers.] Ibn Khaldun bewiesen wird: „In einer muslimischen Gemeinschaft ist der heilige Krieg (jihad; im Original) eine religiöse Pflicht aufgrund des universalen Charakters des Islam ebenso wie die Verpflichtung zur Bekehrung aller zum Islam entweder durch Überzeugung

Welt des Islam

oder durch Gewalt. Daher ist das Kalifat und die königliche Autorität [die politische und religiöse Macht] im Islam vereinigt. ' Wer sich nicht überzeugen lässt, könne als *Dhimmi* [Anm. Übers.: "Schwacher"; Schriftbesitzer, d.h. Juden und Christen im Islam; nicht jedoch Nicht-Monotheisten, die man als *Kāfir*, Pl. *Kuffār* oder *Kāfirūn* bezeichnet] weiterleben, als ein in Unsicherheit lebender Untergebener, der die Kopfsteuer (Schutzsteuer, *ji-zya*, im Original.: *jaziya*) zahlen musste, die aber selbst noch keine Garantie für Toleranz sei. Antichristliche Pogrome waren häufig, in denen Kreuzigungen, Pfählungen und Enthauptungen an der Tagesordnung waren, und christliche Kinder wurden [ihren Eltern] weggenommen und als Muslime erzogen. Zeitweilig wurden Juden zwar zu Verbündeten der Islamischen Herrschaft, an ihrem subalternen Status änderte dies aber nur wenig. So geschah es dann im Jahre 1066, dass die Juden von Granada vom muslimischen Mob niedergemetzelt wurden, während die Karäer [eine vom Hauptstamm des Judentums abgespaltene Religionsgemeinschaft; Anm. Übers.] überall in Andalusien systematisch vernichtet wurden. In den Worten des Maimonides, des jüdischen Philosophen, der Zeuge dieser Greuelthaten wurde: 'Nie hat eine Nation [die Muslime; im Orig.] uns dermaßen schikaniert, gedemütigt, entwürdigt und gehasst wie diese.' Frauen wurden abgeschottet, mussten den Schleier tragen und lebten unter der Fuchtel eines männlichen Verwandten oder des Ehemannes, während das Steinigen von Frauen wegen Ehebruchs zur rechtlichen Tagesordnung gehörte (der Sharia; im Orig.). Außerdem war das Halten von weiblichen Sexsklaven eine häufige Praxis und war vom Gesetz geschützt. Für gefangene christliche Frauen wurden in der muslimischen Welt hohe Preise veranschlagt und der Handel mit ihnen war hochprofitabel.

Die Realität der [andalusischen] Dystopie war zum Teil Folge der Sharia, wie sie von den vier offiziellen Rechtsschulen im gesellschaftlichen Leben interpretiert wurde. Die in Andalusien vorherrschende Rechtsschule war die malikitische, die für ihre Strenge gegen Nicht-Muslime bekannt war. Der Andalusische Rechtsgelehrte Ibn Abdun schrieb im Jahre 1100: '[Juden und

Christen] müssen verabscheut und gemieden werden. Es ist verboten, ihnen den Gruß *Friede sei mit dir* zu entbieten. Der Satan hat Besitz von ihnen ergriffen und bringt sie dazu, die Warnungen Gottes zu vergessen. Sie gehören Satan an. Ein unverwechselbares Zeichen muss von ihnen getragen werden, so dass sie [als Nicht-Muslime] erkannt werden können und dieses Zeichen für sie zur Quelle der Scham wird.' Aufgrund dessen mussten Christen einen blauen, Juden einen gelben Flicken tragen. Urkunden beweisen zudem, dass es einen Massen-Exodus von Nicht-Muslimen von Andalusien in christliche Territorien im Norden gab. Im Nahen Osten und in Ägypten dagegen, wo eine andere Rechtsschule das Sagen hatte, wurden Nicht-Muslime weniger streng verfolgt.

Viel wird auch immer wieder auf Andalusien als Ort des freien Denkens verwiesen, wo die Philosophie aufgrund eines interreligiösen Dialogs floriert haben soll. In Wirklichkeit hat die malikitische Rechtsschule jedoch solche Duldsamkeit effektiv unterbunden. In der islamischen Welt war Philosophie nur das Steckenpferd einiger weniger Auserwählter, deren Gedankenspiele keinen direkten Einfluss auf das praktische menschliche Leben hatten, denn dies lag im Einflussbereich der Sharia, die allein vorschrieb, was zu tun war und wie man leben musste. Im Islam wird Philosophie einfach nicht benötigt! Dies wird klar durch zwei Denker, die [oft] mit Andalusien in Verbindung gebracht werden: Averroës (Ibn Rushd) und Maimonides [Ibn Maymūn, Anm. Übers.]. Averroës war ein Rechtsgelehrter und Handhaber der Sharia, während Maimonides sein Leben durch Flucht retten musste, weil er Jude war. Die Werke von beiden konnten nur populär werden, als das christliche Europa sie im 13. Jahrhundert entdeckte und übersetzte, denn das Abendland brauchte immer die Philosophie als Leitfaden für das soziale und persönliche Leben. Weiterhin suggeriert der Begriff 'Islamisches Spanien', dass die muslimische Herrschaft vom 8. bis zum 15. Jahrhundert stabil und dauerhaft gewesen sei, als [schließlich] die [Katholischen; Übers.] Könige Ferdinand und Isabella im Jahre 1492 [als Abschluss der] Reconquista die letzten muslimischen Herrscher aus Gra-

Welt des Islam

nada vertrieben. Aber die Geschichte lehrt uns einen anderen Ablauf der Ereignisse. Der erste muslimische Einfall im Jahre 711 n. Chr. erreichte zwar den Douro, das eroberte Land zerbrach aber kurz darauf in kleinere islamische Fürstentümer (taifas), die sich gegenseitig die Kontrolle über die Ressourcen auf kriegerische Weise streitig machten. Von der Zeit des Pelagius von Asturias und der Schlacht von Covadonga im Jahre 722 an war die christliche Rückeroberung (Reconquista) ein kontinuierlicher und permanenter Prozess. Bis zum 11. Jahrhundert war die islamische Herrschaft bis auf eine Linie knapp nördlich von Madrid zurückgedrängt worden, bis zum 13. Jahrhundert reichte sie nur noch bis nach Sevilla, bis zum 14. Jahrhundert waren nur noch die Städte Málaga und Granada muslimisch. Im Jahre 1492 war schließlich allein Granada übrig geblieben, dem man das Existenzrecht beließ, weil es König Ferdinand gute Einkünfte verschaffte. Als sein muslimischer Herrscher allerdings Verhandlungen mit den osmanischen Türken aufnahm, deren Reich im Aufstieg begriffen war, nahm Ferdinand auch Granada ein (der letzte Akt der langen Reconquista), um zu verhindern, dass die Osmanen in Spanien Fuß fassen konnten.

Was das architektonische Erbe des islamischen Spanien angeht, so wird der westgotische Beitrag oftmals ignoriert. In Wirklichkeit kann man die Westgoten kaum als „Barbaren“ bezeichnen, denn sie schufen eine vibrierende, hochentwickelte Gesellschaft, in der Kunst und Architektur eine Blüte erlebten. Archäologische Zeugnisse verweisen auf Luxusgebäude, die von den muslimischen Invasoren zerstört wurden. Die Westgoten gehörten zur ‚Romanitas‘, zur Römischen Kultur, jenem in alle Bereiche ausstrahlenden und dauerhaften Gebäude griechisch-römischer Gelehrsamkeit und Kultur, die sich über den gesamten Mittelmeerraum, Zentralasien und darüber hinaus bis nach Indien erstreckte. Auch der Islam entstand und verbreitete sich innerhalb dieser klassischen Umwelt (wie die neueren Arbeiten der Inarah-Forschergruppe klar beweisen). Der französische Philosoph Rémi Brague bemerkte, dass der Islam immer ein großer „Verdau-er“ gewesen sei. [*Anm. Übers.: Brague sieht einen Unterschied zwischen Orient*

und Okzident in deren Übernahme von altem Kulturgut. Während der Islam alles Alte ‚verdaut‘ (frz.: digestion) und zu etwas völlig Neuem umgearbeitet habe, habe das Abendland die alten Texte so belassen, wie sie waren und sie stattdessen in die eigene, neue Kultur ‚aufgenommen‘ (frz.: inclusion). In der Tat sind von der griechischen Kultur im Islam nur die rein technischen Werke, z.B. Euklid, Galen, die logischen Werke des Aristoteles usw. rezipiert worden, während die gesamte schöne Literatur, allen voran Homer, die Dramatiker und die Historiker, völlig ignoriert wurden. Während das technische Wissen ohne größere Änderungen übernommen werden konnte, wurde die Philosophie radikal an die islamische Dogmatik angepasst. Auch sollte nicht vergessen werden, dass die Kenntnis von Fremdsprachen (in diesem Falle v.a. des Griechischen) bei islamischen Gelehrten kaum je vorhanden war und man sich eher auf Übersetzungen von Christen und Juden verließ.]

In diesem Sinne kann man die ‚islamische‘ Architektur als die Umstrukturierung griechisch-römischer Ästhetik betrachten. Die zum Kultsymbol gewordene Alhambra, gebaut zu einer Zeit, als die islamische Herrschaft in Spanien schon so gut wie verschwunden war, ist ebenfalls ein überschwängliches Aufatmen einer lange verschütteten westgotischen Zivilisation. Gedanken verschwinden nicht einfach. Es gibt nie eine völlige kulturelle Amnesie. So gründlich und aufschlussreich die Analyse von Fernández-Morera auch ist, so hätte er doch auch das größere Problem der arabischen Urkundenbelege für die Invasion Spaniens im Jahre 711 ansprechen müssen, denn diese stammen aus späterer Zeit. Die Chronik des Mauren Rasis beispielsweise kennen wir nur aus einer Rezension des 15. Jahrhunderts, während die berühmte Arbeit von Al-Maqqari (Nafh al-tib) erst aus dem 17. Jahrhundert stammt. Wie bei den meisten alten Quellen, auch den arabischen, üblich, wird die Vergangenheit mehr im Sinne eines Lobliedes erzählt, als dass Chronologie oder Fakten im Mittelpunkt stünden. Des weiteren hätte die Analyse von Fernández-Morera von den Arbeiten von Johannes Thomas profitiert, dessen kürzlich erschienene Studie zu Andalusien (die noch ins Englische übersetzt werden sollte) bahnbrechend ist.

Welt des Islam

Alles in allem kann man festhalten, dass es dem Buch unstrittig gelingt, den Mythos der multikulturellen Harmonie in Andalusien zu entlarven. Der Historiker Serafin Fanjul, der auf Spanisch schreibt, hat mit seiner Bemerkung ein Stück Berühmtheit erlangt, dass die *convivencia* (Anm. Übers.: das Zusammenleben der verschiedenen Religionsgruppen in Andalusien) in Wirklichkeit nichts anderes war als brutale Apartheid. Das bitter benötigte Buch von Fernández-Morera hat somit für die englischsprachige Welt die Fakten wieder zu rechtgerückt. Das Interesse der Geschichtswissenschaft hat die Wahrheit zu sein, und nichts als die Wahrheit. (hochgeladen am 20. April 2016; der Rezensent, Nirmal Dass, ist Professor an der Wilfrid Laurier University in Waterloo, Kanada; er hat u.a. eine Übersetzung des ersten arabischen Berichts über die Kreuzzüge veröffentlicht.)

In der Rezension wird moniert, dass die Resultate der Forschungen von Johannes Thomas nicht eingearbeitet wurden. Erschienen sind diese in den Sammelbänden der ebenfalls erwähnten Forschergruppe Inárah⁵. Wären auch diese Veröffentlichungen berücksichtigt worden, so wäre die Beleglage für die Historizität der angeblichen islamischen Eroberung Spaniens noch erheblich dünner erschienen, denn die arabischen Quellen sind Jahrhunderte nach den referierten Ereignissen entstanden und weichen in nahezu allen zeitlichen und örtlichen Angaben zur Eroberung voneinander ab. Das Wort „Islam“ taucht im Übrigen in keiner einzigen Quelle auf. Was wirklich bei der „Eroberung“ Andalusiens geschehen ist bzw. inwieweit

⁵ Diese sind v.a.: Johannes Thomas: „Frühe spanische Zeugnisse zum Islam“, in: Markus Gross / Karl-Heinz Ohlig (Hg.), *Schlaglichter. Die beiden ersten islamischen Jahrhunderte*, Verlag Hans Schiler: Berlin 2008; S. 93-186; ders., „Ibaditen/ ‚Kharidjiten‘/ ‚Mutaziliten‘: Kategorisierungsprobleme, Entstehungslegenden und synkretistisch-agnostische Strömungen im Westen des arabischen Reiches“, in: M. Gross / K.-H. Ohlig (Hg.), *Vom Koran zum Islam*, Berlin 2009, S. 250-321; ders., „Araboislamische Geschichtsschreibung und ihre Auswirkungen auf Geschichtsbilder von al-Andalus (8. Jh.)“, in: M. Gross / K.-H. Ohlig (Hg.), *Die Entstehung einer Weltreligion I*, Berlin 2010, S. 140-232; für den vorliegenden Artikel wurde auch eine von Johannes Thomas zur Verfügung gestellte Zusammenfassung seiner Ergebnisse verwendet.

dies überhaupt rekonstruiert werden kann, wäre Thema eines eigenen Artikels und soll daher hier nicht vertieft werden. Was aber die spätere jahrhundertelange *convivencia* angeht, so hätte man zum Beispiel erwähnen müssen, dass die in der UNESCO-Propaganda behauptete Blüte rationalistischen Denkens in al-Andalus die Tatsache übersieht, dass die rationalistische Philosophie nur für wenige Jahrzehnte unter almohadischer Herrschaft aufblühen durfte, bevor malikitische Rechtsgelehrte die Bücher vernichteten und die Autoren ins Exil zwangen (u.a. Averroes, Maimonides). Thomas weist außerdem nach, dass die Zusammenarbeit jüdischer, islamischer und christlicher Gelehrter nur in einem kleinen Zeitfenster, unter wenigen (eher untypischerweise) toleranten Herrschern stattfand, die aber aus ideologischen Gründen immer wieder als repräsentativ hervorgehoben werden. In Wirklichkeit hatte den Ulemas (islamische Rechtsgelehrte) zuliebe schon Almanzur große Teile der Bibliothek von Córdoba zerstören lassen. Rationalistische Philosophie etwa im Sinne von Ibn Rushd (Averroes) begründet im übrigen keineswegs Toleranz, wie das die Propaganda suggeriert. Einschränkende Anmerkungen drängen sich laut Johannes Thomas auch beim Blick auf den Lobpreis wissenschaftlicher Leistungen in al-Andalus auf. Die *Materia medica* des Dioscurides etwa war ein in ganz Europa zirkulierender Text, und seine frühesten Übersetzer ins Arabische waren keine muslimischen Araber aus al-Andalus, wie in der einschlägigen Literatur suggeriert wird, sondern persische bzw. ibaditische Christen. Später in Córdoba konnten sie sich zugleich der Unterstützung besonders durch jüdische Mediziner versichern. Selbst während der wissenschaftlichen Blütezeiten machten die Schriften zu Philosophie, Theologie und empirischen Wissenschaften insgesamt nur etwa 7 Prozent aller Publikationen aus, der gesamte Rest entfiel auf Koranstudien.

Was soll man also bei dieser Faktenlage zusammenfassend all jenen sagen, die immer noch lautstark die Meinung vertreten, das maurische Andalusien sei ein Modell für das moderne Europa? Vielleicht sollte man ihnen einen „Bildungsurlaub“ empfehlen in einem Land, das gar nicht einmal

Welt des Islam

so verschieden vom damaligen Andalusien ist: Pakistan, und zwar als Gast einer Familie, die zu den religiösen Minderheiten gehört, also z.B. den Christen. Hier wie damals gelten die Bestimmungen der Scharia, in Pakistan eher noch abgeschwächt, so ist die Sklaverei z.B. abgeschafft und Körperstrafen werden nicht konsequent ausgeführt. Auch in Pakistan kommt es sporadisch zu wissenschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Christen und Muslimen (z.B. im Rahmen von Universitätskooperation). Und ebenso wie in Andalusien die wissenschaftlichen Errungenschaften der Griechen rezipiert wurden, hat auch Pakistan nachweislich westliche Wissenschaft und Technik für sich nutzbar gemacht – schließlich hat man es ja mittlerweile zur Atommacht geschafft.

Ob aber irgend einer der Leser – auch als Mitglied der dortigen Oberschicht – im real existierenden Pakistan leben möchte, darf wohl bezweifelt werden.

Helene Bohr

Ästhet vom Dienst

Zu: Navid Kermani, Ungläubiges Staunen. Über das Christentum, München 12015, 6 2015, 303 S.

In der Ewigen Stadt lässt es sich gut schreiben. Als Stipendiat der Bundesrepublik Deutschland verbrachte Navid Kermani 2008 ein Jahr in der Villa Massimo in Rom. Während dieses Aufenthaltes entstand sein Werk „Ungläubiges Staunen“, das im August 2015 im C.H. Beck Verlag erschienen ist.

Auf knapp 300 Seiten versucht Kermani, einer der gegenwärtig meistgefeierten Schriftsteller in Deutschland, sich aus muslimischer Sicht dem Christentum zu nähern. Er will „sein Christentum“, wie er es immer wieder nennt, verstehen und vor allem: fühlen.

Da Religion und Ästhetik für Kermani stets eng miteinander verbunden zu sein scheinen – auch dem Koran widmete er sich in ästhetischer Hinsicht bereits in seinem Buch „Gott ist schön“ (München 1999) –, vertieft er sich in die Bilderwelt. Er wählt 40 Werke aus, vor denen er sitzt, meditiert, fühlt und schreibt. Es sind die Kirchenmalereien Roms (gelegentlich auch anderer Städte), Gemälde der barocken Kunst, Statuen, Kreuze, Madonnendarstellungen und Kirchenfenster.

Begleitet wird er bei seinem Unterfangen von einem unbekanntem katholischen „Freund“, ob in einem inneren Monolog oder tatsächlichem Austausch, bleibt offen. Jedenfalls scheint dieser recht eigentümliche Auffassungen zu vertreten.

Kindliche Beleidigungen

Und auch mit den großen Meistern der barocken Kunst tritt er in einen Dialog, gelegentlich sogar mit den Protagonisten der Gemälde. So beschimpft er etwa Caravaggios Judith, während sie das Haupt des Tyrannen absäbelt. Zu unbeteiligt ist seinem Empfinden nach ihre Mimik, trotz des so gewalttätigen Aktes. Dass Caravaggio bei seiner revolutionären Darstellung von 1598/99 erstmals in der Kunstgeschichte mit der Tradition brach, Judith als strahlende Siegerin darzustellen, erwähnt Kermani nicht. Ebenso wenig, dass es ein Charakteristikum Caravaggios ist, in den Gesichtern seiner Protagonisten jene sanfte Ambivalenz und Melancholie nachzuzeichnen, die sie im Moment der Konfrontation mit der grauenvollen Realität still empfinden.

Stattdessen ergeht sich Kermani in kindlichen Beleidigungen: „Du blöde Kuh“, denkt er sich, oder auch „du dumme Pute“ – was seiner Meinung nach anscheinend eine Steigerung der Beschimpfung darstellt. Immerhin gesteht Kermani als selbsternannter Ästhet vom Dienst der von ihm geschmähten Judith Schönheit und Frische zu, die ihn aber zugleich verwundern. Denn er sieht hinter die Fassade, hinter das „Schmollmündchen“ und die weiße Bluse. Er weiß darum, wie Holofernes sie „begrapscht und beschmiert“ haben muss, mit „Fettfingern und Schweiß“. Kermani vermisst all die Spuren dessen,

was seiner Phantasie nach in dieser Nacht noch geschehen sein mag.

Heteronormativer Altherrenblick

Mit ähnlich sexuell aufgeladenem und heteronormativem Altherrenblick schaut er auch auf Mariotto Albertinellis Gemälde „Heimsuchung“ (um 1503). Kermani ist die hier dargestellte Maria zu spröde, obwohl er anderen Männern großzügig zugesteht, sie aufregend finden zu dürfen.

Im Gegensatz dazu steht, so Kermani, Elisabeth auf demselben Bild, die er nicht direkt hässlich, aber so unsinnlich findet, dass die Intention des Malers ganz klar gewesen sein muss: Sie als absolut unberührbar darzustellen – womit ihre späte Schwangerschaft abschließend geklärt sein dürfte.

Kermani sieht auch in Giottos Darstellung von Joachim und Anna auf dem Bild „Die Begegnung Joachims und Annas an der Goldenen Pforte“ (1304-1306) sofort, dass die beiden keine geübten Knutscher sind, was natürlich eine überraschende und für die Christenheit, wenn nicht gar Menschheit, aufrüttelnde Erkenntnis ist.

Spätestens aber, wenn Kermani die „Visionen des heiligen Bernhard“ (Pietro Perugino, um 1493) als Darstellung einer Wette versteht, die Maria und zwei Engel darüber abgeschlossen hätten, wer von ihnen es schaffen könne, den Heiligen „zu verführen“, ja, „zu bumsen“, wünscht man sich von Kermani mehr Staunen, ungläubiges gerne, am liebsten aber: schweigendes.

(Anmerkung der Redaktion): Der literarische und gesellschaftliche Erfolg Kermanis ist offensichtlich. Auch das hier thematische Buch hat im Erscheinungsjahr 2015 schon sechs Auflagen erlebt. Es werden wohl kaum Muslime sein, die ihn so reüssieren lassen. Sein Resonanzboden und auch seine Käufer werden unter den hiesigen „Intellektuellen“ zu suchen sein.

Warum aber findet er solche Zustimmung? Sicherlich, und das ist ihm hoch anzurechnen, vertritt er einen menschenfreundlichen Islam. Da stört es nicht, dass er für diesen den koranischen Spruch (Sure 5,32) mit einem Mordverbot Gottes an

die Juden für den Islam reklamiert („koranische Bergpredigt“, obwohl letztere mehr als ein Mordverbot propagiert); den folgenden Vers (Sure 5,33), in dem den Anhängern der koranischen Bewegung alle möglichen Untaten gegen Ungläubige zur Pflicht gemacht werden, übergeht er.

Sind es kunstgeschichtliche Erkenntnisse, die er anhand der von ihm analysierten Bildwerke gewinnt? Das wird niemand im Ernst behaupten können, und dies macht auch die kurze obige Rezension deutlich. Wahrscheinlich ist der Grund ein wohliges Empfinden, dass ein (allenfalls halb)aufgeklärter Muslim so positive Dinge zum Christentum, „seinem Christentum“, sagt, ohne seine offensichtlich überlegene islamische Position in Frage zu stellen. Das kommt wohl einem gesellschaftlichen Bedürfnis entgegen, das allerdings – wissenschaftlich gesehen – keineswegs tragfähig ist.

Uwe Wolff

Vor 500 Jahren starb der große Maler Hieronymus Bosch

Betrachtungen eines Museumsbesuchers

Wenn ich in den Museen durch die Abteilungen „Moderne“ gehe, stelle ich fest, dass sich die Bildwerke zwei- und dreidimensionaler Art in der Regel mit minimalistischer Formgebung und ohne differenzierten Gestaltungswillen dem Auge darbieten. Und es fehlt in der Regel die Figur. Endpunkt (Höhepunkt?) dieser „Kunst“-Entwicklung ist die monochrome Leinwand, der behäufelte Sandhaufen, die blinkende Leuchtdiode.

Dabei werden die Gesetze der vielfältigen Wahrnehmung außer Kraft gesetzt. Das handwerkliche Können - so wichtig, um differenziert gestaltete Form ins Werk zu setzen und damit dem das Bild Betrachtenden mittels inhaltlicher im Bildwerk ablesbarer Gegebenheiten Dialoge zu ermöglichen - spielt in unserer gängigen modernen „Kunst-Ideologie“ offensichtlich keine Rolle mehr.

Nach geringen Seherfahrungen in der Abteilung „Moderne“ schlendere ich mehrere Räume weiter. Und mich zieht ein kleineres, dreiteiliges Bildwerk an. Ich stehe vor einer Trilogie von Hieronymus Bosch.

Der umfassende Prozess von sinnlicher Wahrnehmung, d.h. der Vorgang von visueller Wahrnehmung und dem daraus resultierenden, verzweigten Denken, wird hier für mich nun nicht mehr zugunsten nur rationalen, rasterhaften Denkens unterbunden.

Mit der Fülle von reich geformten „Bildern im Bild“ wird das Sehen, das Betrachten, das Schauen überwältigend gesättigt. Das Potential sinnlicher, sensorischer Intelligenz wird gefordert. Die detail-genauen Darstellungen, von Menschen und Tieren, von Pflanzen und Früchten, von Gebäuden, Gehäusen und Behältern, von Fahrzeugen, Geräten und Landschaften wie überhaupt die vielen Kombinationen von alten und neuen Figurationen lassen ein „Bühnenbild“ entstehen, das uns Betrachter regelrecht fesselt. Symbole werden dargestellt, Sprichwörter und Volksweisheiten, Sexualität in vielen Variationen, Mord und Betrug. Überall Handlung, Wandlung, Bewegung, Prozess.

Das Füllhorn einer gemalten Welt, einer phantastischen Welt, wird vor uns ausgeschüttet, und regt immer wieder zu erneutem Betrachten und Entdecken an.

In ihrer Vielgestaltigkeit bilden die Werke des großen niederländischen Meisters eine erstaunliche Einheit, geprägt von der unglaublichen Willenskraft und dem überwältigenden Vorstellungsvermögen des Hieronymus Bosch. Die komprimierte Phantastik und die vieldeutigen Inhalte stehen zeitlos in unserer heutigen schnelllebigen und von Unterhaltungsbildern überfluteten Welt.

Und in und über allen Bildflächen von Hieronymus Bosch der Hauch von Dekadenz, von Apokalypse. Das ist es wohl, warum seine Bildwerke so aktuell sind.

Ein grandioses Beispiel dafür ist das Triptychon *Garten der Lüste*: Wo wir (im Mittelbild) vor einer „aus den Fugen geratene Konsum-Welt“ stehen, einer variantenreichen „Welt der Gefäße“. Wo neben, in, unter und auf den Gefäßen wie auch beim Hantieren mit Behältern ein lustvoll-enthemmtes, ausschweifendes Treiben stattfindet.

Die Gehäuse von Autokarosserien, U-Boot-Hülsen, Flugkörpern, Panzern, die Superzüchtung der Erdbeere in Kalifornien, die phantastischen Architekturen in Abu Dhabi und anderswo - sie werden von Hieronymus Bosch vorweggenommen, ebenso das sexuelle Sich-Ausleben und die in unserer heutigen Zeit praktizierten Formen der Pornographie.

Der Jungbrunnen ist so alt wie der zeitgenössische Jugendkult jung ist. Wir sehen uns in überfüllte Szenarien versetzt, wo es in exotischer Umgebung und inmitten domestizierter Zwei- und Vierbeiner betont lustvoll zugeht (Mittelbild und rechtes Bild).

Die linke Tafel des Triptychons entspricht im *Garten der Lüste* unseren bildungsbürgerlichen Vorstellungen, das Mittelbild vielleicht einer heiteren, üppigen Sommernachmittags-Party. Die rechte Tafel ist für mich besonders überraschend, weil hier in (vorausschauender) Wahrnehmung die Totalität der Musik und die Beschallung samt ihrer verheerenden Folgen optisch dargestellt werden und wo Terror und Exzesse schließlich in einer Feuerbrunst gipfeln.

Ja, und die Eulen (Boten der Weisheit, des Unglücks?), die auf der linken und mittleren Tafel noch warten, werden ihren Flug vermutlich erst dann beginnen, wenn das Inferno auf der rechten Tafel nicht mehr zu stoppen ist.

(Unser Autor Uwe Wolff lebt in Freiburg i. Breisgau. Er ist Maler, Kunstpädagoge und Galerist)

Buchbesprechung

Lutz Lemhöfer

Erinnerung – bedrohlich und befreiend

Zu: Lilo Günzler (in Zusammenarbeit mit Agnes Rummeleit): Endlich reden. 4. Auflage Frankfurt 2015. 226 Seiten, 14,80 Euro.

Am 22. November 2015 ist auf dem Gelände der Europäischen Zentralbank in Frankfurt eine Gedenkstätte eröffnet worden. Bis zum März 1945 waren dort, in der Großmarkthalle, Menschen zusammengetrieben worden, die dann vom benachbarten Ostbahnhof aus in die Konzentrationslager im Osten verschickt wurden. Unter den Gästen war eine kleine 82jährige Frau aus dem Frankfurter Vorort Schwanheim, Lilo Günzler. Als 12jähriges Kind hatte sie ihre jüdische Mutter und ihren Bruder (er stammte aus einer früheren Beziehung der Mutter und wurde deshalb als „Volljude“ bezeichnet) dorthin begleitet, bis sich die Türen des Güterwagens mit Ziel Theresienstadt hinter den beiden schlossen. Das Bild hat sich in ihre Seele eingebrannt.

Einige Jahrzehnte früher wäre sie wohl nicht zu solch einer Gedenkfeier gegangen. Die bitteren Erlebnisse und Erfahrungen, die sie als Kind einer jüdischen Mutter und eines nichtjüdischen Vaters hatte machen müssen – als „Mischling ersten Grades“, wie das damals hieß –, sie waren in ihr wie eingekapselt. Die brennende Synagoge am Börneplatz 1938 und die tiefe Verstörung der Mutter, die sie von dort wegzog. Die strenge Mahnung an das frischgebackene Schulkind, in der Schule nur ja nicht aufzufallen. Was dann im Krieg doch passierte, als sie die Nachfrage nach den letzten Siegesmeldungen im Radio nicht beantworten konnte – zwei Männer in Uniform hatten den ‚Volksempfänger‘ der „jüdisch versippten“ Familie abgeholt. Die Nichtzulassung zur Realschule „aus rassistischen Gründen“, später der Ausschluss von der Kinderlandverschickung

der Frankfurter Schulen, die sie vor den zunehmenden Bombardierungen bewahren sollte. Die hat sie dann hautnah mitbekommen, ebenso wie noch im Februar 1945 den Abtransport von Mutter und Bruder nach Theresienstadt. Dagegen wusste auch der um Hilfe gebetene Stadtpfarrer Dr. Herr kein Mittel – die Familie war zwar kurz nach der Machtergreifung katholisch geworden, aber den NS-Rassideologen war das egal. Nur die kurz zuvor geborene kleine Schwester konnte in einem katholischen Kinderheim untergebracht werden. Und schließlich das Kriegsende, das für Lilo Günzler schon am 29. März 1945 stattfand. Als da ein Soldat an die Haustür hämmerte, hinter der die 12jährige ganz allein war, hatte der nicht nur eine fremde Uniform, sondern auch eine schwarze Haut. Ein Glückserlebnis! Denn „das kann kein Deutscher sein! Das muss ein Amerikaner sein! Der Krieg ist aus!“ Und dann kehrten auch Mutter und Bruder im Juli 1945, zwar beschädigt an Leib und Seele, aber doch lebendig aus Theresienstadt zurück. Zwölf Jahre Schikane und Verfolgung waren vorbei.

Konnte man weiter in Deutschland, in Frankfurt leben? Zuerst konnte die Familie sich das nicht vorstellen; die Auswanderung nach Palästina wurde beantragt, gestützt von der Jüdischen Gemeinde. Alles freilich wäre ihnen dort fremd gewesen: das Land, die Sprache, der jüdische Glaube. Als die Einreisepapiere dann 1948 bereit lagen, überließ der Vater den Kindern die Entscheidung. Schließlich ging es vor allem um ihre Zukunft. Während einer langen Nacht überredete Lilo den Bruder zum Hierbleiben. Die Eltern akzeptierten das, und der Vater bestimmte: „Wir reden nie mehr über diese Zeit.“ Daran hat sich auch Lilo gehalten, über fünfzig Jahre lang. Warum? Um endlich kein Außenseiter mehr zu sein. „Man wollte dazugehören. Das kannst du mit dieser Vorgeschichte nicht.“

Es ist schwer vorstellbar, aber diese dramatischen Kindheitsjahre blieben über Jahrzehnte Lilo Günzlers Geheimnis. Weder in der neuen Schule wusste jemand davon noch ihre Freundinnen und Kolleginnen in der Ausbildung zur Kindergärtnerin. Vielleicht haben sie sich gewundert über dieses Mädchen, das gern den Klassenclown spielte, als wollte es seine Kind-

Buchbesprechung / Fundgrube

heit nachholen. Sie wurde Kindergärtnerin, wie man damals sagte, und Jahrzehnte später noch Lehrerin für Sport und Handarbeit an Grundschulen. Ein auf den ersten Blick sehr normales Leben. 1957 heiratete sie, 1960 und 1963 kamen die Kinder. Keinem, weder dem Mann noch den Kindern, hat sie von ihren Erlebnissen in der NS-Zeit erzählt. „Ich wollte meine Kinder in Frieden groß werden sehen.“ Denn immer noch war sie da, die Angst, dass Schlimmes passieren könnte, wenn ihr Geheimnis offenbar würde. Schließlich waren sie alle noch da, die damals „Juda verrecke!“ gebrüllt und in Nazi-Organisationen kräftig mitgemacht hatten.

1965 zog die Familie nach Frankfurt-Schwanheim, ein westlicher Vorort, in dem niemand sie von früher kannte. Dafür machte sich Lilo Günzler bekannt, durch Mitarbeit in der Kirchengemeinde, im Heimat- und Geschichtsverein, in der Theatergruppe. Die Zeit des bloßen Nicht-Auffallen-Wollens war vorbei. Im Rückblick deutet sie es so: „Ich wollte bei den Leuten beliebt sein. Dann kannst du reden.“ Denn in den 90er Jahren bröckelte das Schweigen – langsam, zögerlich, in immer neuen Etappen. Ab und an gab sie im kleinen Kreis einzelne Erlebnisse aus ihren ersten zwölf Lebensjahren preis, etwa bei vertrauten Mitreisenden auf einer Israel-Fahrt im Jahr 2000, die ihr viel bedeutete. Und bei der sie einen Brief im Andenken an ihre jüdischen Vorfahren in die Klagemauer in Jerusalem steckte – Nichtjuden ist das nicht erlaubt, ihr als Tochter einer jüdischen Mutter schon. Es war ein stilles Bekenntnis zu ihrer Herkunft. Und ein öffentliches folgte 2005 bei einer Gedenkfeier der katholischen Gemeinde zum 60. Jahrestag des Kriegsendes. Man hätte eine Stecknadel fallen hören, als sie, die man doch zu kennen glaubte als lokale Aktivistin und Pfarrgemeinderätin, von den Jahren als „Mischling ersten Grades“ erzählte. Erstmals öffentlich, erstmals am Stück und dies trotz einer Störung durch Neonazis kurz vor Beginn der Veranstaltung. Viele, so sagt sie, haben sie später in den Arm genommen. Und die Anne-Frank-Stiftung kam auf sie zu, gewann sie als Zeitzeugin vor allem für Schulklassen. Eine lästige Pflicht für die Jugendlichen? Nein. „Ich habe einen ganzen Ordner mit Dankesbriefen. Alle wollen davon hören.“

Für ihren Einsatz bekam sie 2009 das Bundesverdienstkreuz verliehen. Und 2014 ließ sich der katholische Stadtdekan im gleichen Zimmer wie 1945 von ihrer damaligen Enttäuschung über mangelnde Hilfe erzählen und machte dies später zum Gegenstand einer Predigt. „Die katholische Kirche hat jetzt Ja zu mir gesagt“: so hat es Lilo Günzler erlebt. Als ein „Ja“ nicht nur zur geachteten Pfarrgemeinderätin, sondern zum kleinen „halbjüdischen“ Mädchen aus der Altstadt.

Nachlesen kann man ihre Geschichte in einem Buch, das Lilo Günzler 2009 veröffentlicht hat: „Endlich reden“. Das ist mehr als ein Anlass zum Stolz. „Das Buch war meine Befreiung.“ Die Erinnerung hat ihren Charakter verändert, von der Bedrohung über das Tabu zur Befreiung. Folgt man einem alten jüdischen Sprichwort, kann man vielleicht sogar von einer Erlösung sprechen.

(erstmal erschienen in der Zeitschrift „Pax Christi im Bistum Limburg“ 1/2016)

Fundsachen

„Mit dem nackerten Arsch“

Als im Spätherbst 2015 der aus der Republik Kongo stammende Pfarrer der oberbayerischen Pfarrei Zorneding, Olivier Ndjimbi-Tshiende, von der Kanzel herunter gegen die abfälligen Äußerungen der CSU-Ortsvorsitzenden Sylvia Boher über die „Flüchtlings-Schwemme“ Stellung bezog, wurde ihm nicht nur Lob und Anerkennung zuteil. Außer anonymen Morddrohungen im Internet erreichten den Pfarrer auch viele namentlich gezeichnete Hass-Kommentare. So schrieb Johann Haindl, CSU-Vize von Zorneding, in der Ebersberger Zeitung: „Der muss aufpassen, dass ihm der Brem (Altpfarrer der Gemeinde) nicht mit dem nackerten Arsch ins Gesicht springt, unserem Neger!“

Fundgrube / Die Glosse

Gefühle

Die Freude der Afrikaner ist nicht schwarz,
der Schmerz der Asiaten nicht gelb,
der Hunger der Indianer nicht rot.
Sie lachen und weinen wie Du.
Ihre Angst kennt nur den einen Schrei –
leise oder laut,
in tausend Sprachen,
gleich.

Evelyne Stein-Fischer

Das Geschäft mit den Flüchtlingen

Bauunternehmer, Makler, Vermieter und Hoteliers möchten immer mehr am boomenden Geschäft mit den Flüchtlingsunterkünften verdienen. Manche Kommunen geraten deshalb im wahrsten Sinne des Wortes vom Regen in die Traufe. In der ZEIT vom 15. Oktober 2015 „Die Goldgrube“ nennen die Autoren als Beispiel Immenstaad am Bodensee (6000 Einwohner): „Vor einem Jahr ging man hier noch von 177.000 Euro aus, die ein Containerheim für 12 Flüchtlinge kosten würde. Dann aber riss der Flüchtlingsstrom nicht ab – und die öffentliche Ausschreibung brachte Ortsbaumeister Ulrich Kohler ein frustrierendes Erlebnis. Mehrere Unternehmen hatten die Unterlagen abgeholt, aber nur zwei gaben ein Angebot ab. Das eine lag bei 678.000, das andere bei 950.000 Euro.“

Sicherheitsrisiko

In einem Artikel vom 6. April 2016 stellte die „Fuldaer Zeitung“ u.a. fest, dass Ortsbischof Heinz-Josef Algermisen mit seiner diesjährigen Osterpredigt beim „Humanistischen Verband Deutschlands“ (HVD) auf wenig Gegenliebe gestoßen sei. Algermis-

sen hatte im Hohen Dom zu Fulda erklärt: „Der Mensch ohne Auferstehungsglaube wird zu einem großen Sicherheitsrisiko für die Mitwelt“. Seine „Daseinsangst“ lasse ihn „zuschlagen und zerstören“.

Die Stirnlappen

In seinem Buch „Das Universum in uns“ (Piper München 2001) schreibt der bekannte irische Neuro-Wissenschaftler Ian Robertson über die prominente Rolle der sogenannten „Stirnlappen“, Teil des menschlichen Gehirns, welcher sich über den Augen direkt hinter der Stirn befindet: „In den Stirnlappen formen wir auch unser Bild von anderen Menschen, einschließlich von all dem, was an Moral, Vertrauen, Aufrichtigkeit und Liebe damit verbunden ist. Ohne die Stirnlappen gibt es kein Bewusstsein, keinen Willen und keine Humanität“.

Nutzfläche

Deutschland hat insgesamt rund 17 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Um die vertraglich vereinbarten Soja- und Sojaschrot-Exporte fürs liebe Vieh in Deutschland sicher zu stellen, müssen in Brasilien 1,7 Millionen Hektar Ackerland (eine Fläche von der Größe des Bundeslandes Schleswig-Holstein) unter den Pflug genommen werden.

Die Glosse

Rauschheim, am Vatertag 2016

Lieber Sepp, alter Sozi,
was waren das für uns von der CSU Zeiten,
als die Partei und die Katholische Kirche
noch ein Kopf und ein Arsch waren. Am

Wahlsonntag stieg der Pfarrer entschlossen auf die Kanzel, um seinen Schafen einzutrichern, wo ihr Kreuz auf dem Wahlzettel hingehört. Für ganz fair hielt das auch unsereiner nicht. Aber der Vorteil verdrängte die Bedenken, und die SPDler, wenn sie schon die Christenstimmen haben wollten, hätten ja ihre politische Überzeugung überdenken können. Man weiß natürlich, dass viele Sozialisten mit der Kirch wenig am Hut haben. Dagegen kann die Kirch bei einer C-Partei auf Gesinnungsgenossenschaft rechnen. Unser CSU-Bürgermeister z.B. zeigt seine Kirchlichkeit jeden Sonntag bei der Messe. Er sitzt dann immer neben dem Weihwasserbecken gleich am Eingang in der letzten Bank. Sepp, ich frage Dich, wann hast Du je den SPD-Vorsitzenden bei der normalen Sonntagsmesse erblickt?

Sepp, und jetzt kommt die Katastrophe. Ich muss davon einem Kamerad berichten, selbst wenn der wie Du ein alter Sozi und verbahrter Gewerkschafter ist. Das einvernehmliche Zusammenleben zwischen CSU und Kirch in Zorneding ist futsch wegen der Flüchtlingspolitik. Es ist unfassbar: Die Partei bekam obendrein auch noch Zoff unter sich, was man sonst ja nur von Euch Linken kennt. Was ist passiert? Die CSU-Vorsitzende Sylvia Boher hat sich im „Zorneding-Report“, ihrem Parteiblatt, ein bisschen drastisch gegen Flüchtlinge ausgedrückt und sie z.B. „Invasoren“ genannt. Im Schlepptau vom Urvater unserer Partei erklärt sie einleuchtend: Wenn FJS noch leben würde, tät er uns Bayern vor der BRD etwa so warnen: „Wir leben in einem Gottesstaat, in dem ein protestantischer Pastor aus der ehemaligen DDR Bundespräsident ist und eine FDJ-Funktionärin und Pastorentochter Bundeskanzlerin“.

Die CSU findet den Artikel in Ordnung, aber der Pfarrer Olivier Ndjimbi-Tshiende, ein Schwarzer aus dem Kongo, nimmt Anstoß an der Überzeugung einer alteingesessenen Bayerin, die wo über 30 Jahre Mitglied unserer CSU ist, schwingt sich auf die Kanzel und predigt gegen diese, als wie wenn sie Fremdenhasserin und Ausländerfeindin wär. Und der Gipfel: Er singt ein Loblied auf die von unserem Ministerpräsidenten bekämpfte „Willkommenskultur“ von der Merkel. Dadrauf legt Sylvias

Stellvertreter nach und bezeichnet den Pfarrer Olivier als „Neger“, was ja bei seiner Hautfarbe nicht zu bestreiten ist. Zum „Münchner Merkur“ hätt der Haindl wörtlich gesagt: „Der Pfarrer muss aufpassen, dass ihm der Brem (Altpfarrer von Z.) nicht mit dem nackerten Arsch ins Gesicht springt, unserem Neger.“ Woher ich das alles so genau weiß? Aus der „Süddeutschen“ wie aus dem Internet unter SZ.de und br.de, auch aus dem Fernsehen.

Seitdem gibt es in der CSU von Zorneding gewaltige Tumulte: Zwei haben ihren Hut genommen und aus der Partei ausgetreten, nämlich die Leiterin des örtlichen Helferkreises für Flüchtlinge und auch der Geschäftsführer der CSU. In Zorneding fliegen die Fetzen.

Danach erst haben die Zuständigen in der Partei unter der Aigner dem Druck in der Öffentlichkeit nachgegeben und die Sylvia mit ihrem Stellvertreter aus dem Amt beseitigt.

Aber damit ist das Tohuwabohu nicht ausgeräumt, denn der Pfarrer Olivier bekommt als Opfer eine Hauptrolle. Bei der fünften Morddrohung (z.B. „Nach der Vorabendmesse bist du fällig“) verlässt er Zorneding. Die Reaktion vom Stammtisch: „Der hat halt nicht her passt nach Zorneding“ und ein Pfarrer von Zorneding müsse schon „ein bisserl ein reißfesteres Nervenkostüm haben.“

Mit gewaltiger Verspätung, erst nachdem Pfarrer Olivier seinen Versetzungsantrag beim Generalvikariat eingereicht hatte, also nicht, als er auf Unterstützung besonders angewiesen war, meldet sich sein Bischof, Kardinal Marx, bei ihm, dann aber bekundet dieser kräftige Solidarität und schlägt sich öffentlichkeitswirksam gegen die Rechtsextremen in die Bresche.

Wo jetzt der Kardinal auf dem Kampffeld aufgetreten ist, meldet sich auch der Ministerpräsident zur Stelle. Wenn der Marx wie der Papst Franziskus wär, hätt er dem Seehofer ins Gesicht gesagt: Der ganze Zoff ist die Frucht Deiner Asylpolitik. Aber dazu kommt es nicht. Seehofer dreht den Spieß um und bestreitet in die Kamera grinsend, so stell ich mir das vor, jede Spur von einem Zusammenhang zwischen der CSU von Zorneding und der Verfolgung von Pfarrer Olivier. Auch Ministerin Aigner bläst ins selbe Horn: „Wir verwah-

ren uns aber auch gegen Unterstellungen, dass die CSU mit den Drohungen gegen Pfarrer Olivier Ndjimbi-Tshiende in irgendeiner Verbindung steht. Einen solchen Zusammenhang herzustellen, ist böswillig“.

Und böswillig wär auch die „linksdominierte“ Presse. Die Aigner behauptet ohne zu wackeln eine „Mitschuld der SZ“ durch „hetzerische Berichterstattung“. Nachdem die Zeitung als Übeltäterin enttarnt ist, halten unsere Oberen die Chose für geklärt. Sepp, das haut dem Fass den Boden aus! Ich, der wo Deine Vorbehalte gegen meine Partei immer für linke Stänkerei gehalten habe, weiß seit Zorneding, der CSU gilt die Gastfreundschaft, die Hilfsbereitschaft, die christliche Nächstenliebe, also alles, was für das C in CSU steht, einen Dreck, und ich muss aufpassen, dass ich nicht in Deine Gefolgschaft gerate. Fast wär ich nach 51 Jahren Mitgliedschaft in der CSU gelaunt, bei der nächsten Wahl mit Dir für die SPD, jedenfalls gegen die

CSU zu stimmen. Ich weigere mich, zu einer AfD/DSU zu gehören!

Bis zum Stammtisch am Donnerstag

Dein irritierter Freund Joseph

P.S.: Sepp, wenn die SPD noch ein bisschen Mumm hat, muss sie im Fall Zorneding ihre Chance wahren und den Keil zwischen Kirche und CSU vorantreiben. Die Wähler, die ja um die Hinterfotzigkeiten in Zorneding wissen, täten folgen. Immerhin gab es über 50 000 Unterschriften für den Pfarrer und kamen über 3000 zur Demonstration für ihn. So könntet Ihr der bis heute unverwüstlichen Klüngelei von CSU und Kirch den Gar ausmachen. Womöglich tät danach die CSU anstatt Deiner SPD (wenigstens in Zorneding) bei 20% herumkrebsen. Sepp, Du siehst, wie mich die Sache aus meiner politischen Richtung stößt.
